

(Beginn: 15:39 Uhr – Ende: 20:57 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 16. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen ist heute Herr Thor-Geir Zimmermann entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Paetzold, Herrn Marx und Herrn Dr. Welpmann sowie als Vertreter Herrn Philippi, Herrn Möring und Herrn Wolter.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind wie immer im Entwurf gesondert gekennzeichnet.

Wir kommen zunächst zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Zum einen wurde von der Fraktion der FDP das Thema „Köln als autofeindlichste Stadt Deutschlands“ vorgeschlagen; dieser Antrag trägt im Entwurf der Tagesordnung die Ziffer 1.1. Der zweite Antrag, den Sie unter Ziffer 1.2 der Tagesordnung finden, wurde von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingebracht. Hier geht es um das Thema „Auswirkungen der Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke auf kommunale Energieversorger“.

Da unsere Geschäftsordnung, wie Ihnen bekannt ist, vorsieht, grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde durchzuführen, frage ich Sie: Gibt es eine Einigung der Fraktionen untereinander? - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Soweit mir bekannt ist, hat es diese Einigung bisher nicht gegeben. - Ich möchte an dieser Stelle noch einmal dafür werben, heute zwei Aktuelle Stunden durchzuführen. Es kann nicht sein, dass der ADAC Köln als „autofeindlichste Stadt Deutschlands“ bezeichnet und es dazu in den Medien und vonseiten der Stadtverwaltung heißt, das sei von der Politik gewollt, wir aber die

Gelegenheit einer Ratssitzung nicht nutzen, um dieses Thema zu besprechen. Ich fände es sehr gut, wenn sich die Mehrheit des Rates dazu durchringen könnte, den Antrag der FDP auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zu diesem Thema hier passieren zu lassen, damit wir heute darüber diskutieren können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gemäß Abs. 5 der Geschäftsordnung - -

(Jörg Uckermann [pro Köln]:
Herr Roters!)

- Es ging hier nur um die Frage der Einigung der Fraktionen untereinander.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln]:
Die Frage ist, ob die überhaupt zulässig sind!)

Zu einer Einigung ist es nicht gekommen, sodass weiterhin zwei Aktuelle Stunden beantragt sind. Wer dafür ist, dass wir auf die Durchführung von zwei Aktuellen Stunden verzichten, also nur eine durchführen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Linken, der Grünen, der CDU und der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist entschieden, dass es nur eine Aktuelle Stunde gibt.

Als Nächstes haben wir zu entscheiden, zu welchem der beiden Themen wir eine Aktuelle Stunde durchführen. Wer für das Thema der FDP ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, die CDU, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Wer für das Thema von SPD und Grünen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linke und die Grünen. Damit ist entschieden, dass wir nur eine Aktuelle Stunde durchführen werden, und zwar zu dem Thema, das von SPD und Grünen vorgeschlagen worden ist.

Wir kommen jetzt zur Festlegung der Tagesordnung.

Die Verwaltung schlägt Ihnen die Zusetzung folgender Tagesordnungspunkte vor: 4.2, 4.3, 4.4, 10.23, 10.24, 17.5, 17.6, 17.7 und 17.8 sowie im nichtöffentlichen Teil 24.5. Abgesetzt werden sollen folgende Tagesordnungspunkte: 6.1.2, 10.1, 10.4, 10.17, 10.20, 10.21 und 17.1 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.1 und 24.3. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Des Weiteren möchte ich Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind, dass wir die Tagesordnungspunkte 4.1, Anfrage der CDU-Fraktion, und 10.13 zusammenlegen. - Das scheint der Fall zu sein. Unter 10.13 wird das zusammengefasst.

Dann kommen wir zur Abstimmung. - Bitte, Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Eine kurze Frage, Herr Oberbürgermeister: Müssen wir nicht auch noch über die Dringlichkeitsanträge unter Tagesordnungspunkt 3.1.12 und 3.1.13 abstimmen?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, zu den Dringlichkeitsanträgen komme ich jetzt. Zunächst zu dem Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 8. September zum Thema „Sanierung und Nutzung des Ratsschiffs 'MS Stadt Köln'“ unter TOP 3.1.12. Die Dringlichkeit wurde bereits schriftlich begründet. Gibt es Gegenstimmen gegen diese Dringlichkeit? - Die CDU ist gegen die Dringlichkeit. Wer enthält sich? - Damit ist die Dringlichkeit bestätigt.

Nun kommen wir zu einem weiteren Dringlichkeitsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Bauliche Großprojekte“ unter Tagesordnungspunkt 3.1.13. Auch hier wurde die Dringlichkeit schriftlich begründet. Gibt es Gegenstimmen gegen die Dringlichkeit? - Gegenstimmen von der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Dringlichkeit bestätigt.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag wurde von der Fraktion pro Köln eingebracht. Er trägt den Titel „Verzicht auf Anhebung der Gewerbesteuer“. Darin heißt es:

Die Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung zu setzen:

Der Rat der Stadt Köln fordert den Oberbürgermeister auf, von den Plänen, die Gewerbesteuer in Köln anzuheben, unverzüglich Abstand zu nehmen.

Herr Uckermann möchte die Dringlichkeit begründen.

Bevor Sie, Herr Uckermann, das Wort ergreifen, gestatten Sie mir noch folgenden Hinweis:

Aufgrund eines technischen Defekts ist es derzeit nicht möglich, unmittelbar am Pult zu verfolgen, wie viel Redezeit noch verbleibt. Ich werde Sie deshalb jeweils eine Minute beziehungsweise eine halbe Minute vor Ablauf der Redezeit entsprechend darauf hinweisen. - Bitte schön, Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Dringlichkeitsantrag, wie er eben hier verlesen worden ist, auf die Tagesordnung gesetzt, weil dieses Thema die Bürger unmittelbar betrifft. Auf der nächsten Ratssitzung am 7. Oktober werden wir den Haushaltsplan beraten. Es ist für uns nicht hinnehmbar, via Presse zu erfahren, dass Sie vorhaben, die Gewerbesteuer anzuheben, und damit ein Gefälle zum Umland schaffen. Das könnte gegebenenfalls dazu führen, dass Betriebe ins Umland abwandern, eben weil dort die Gewerbesteuer niedriger ist. Wir halten das für den falschen Weg.

Sie wollen mehr Steuern einnehmen - -

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

- Wie bitte, Herr Detjen? Ich habe Sie nicht verstanden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sprechen Sie bitte zur Dringlichkeit.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das ist dringlich; weil am 7. Oktober die Haushaltsplanberatungen stattfinden werden

(Jochen Ott [SPD]: Genau!)

und es das falsche Signal ist. Wir müssen stattdessen hier das Signal setzen, dass die Verwaltung einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen wird, ohne die Steuern zu erhöhen. Diese Steueranhebung ist reine Abzocke; sie gefährdet Arbeitsplätze; und das wollen wir nicht. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gegen die Dringlichkeit sprechen. Das ist zwar bei pro Köln vermutlich vergebene Liebesmüh, aber alle Ratskolleginnen und -kollegen wissen seit Jahrzehnten, dass für Anträge ebendieser Art extra die Haushaltsplanberatungen geschaffen worden sind. Insofern kann man über Themen wie „Steuererhöhungen, ja oder nein“ in den Haushaltsplanberatungen sprechen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür, den Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln auf die Tagesordnung zu setzen? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Tagesordnung. Gibt es Gegenstimmen gegen die soeben vorgestellte Tagesordnung? Wer dagegen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nicht der Fall. Wer enthält sich? - Damit ist die Tagesordnung so angenommen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt Aktuelle Stunde auf:

1.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Auswirkungen der Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke auf kommunale Energieversorger“

Ich bitte Herrn Ott, den Antrag zu begründen.

Jochen Ott (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir sind heute hier empfangen worden von Demonstranten, darunter insbesondere viele Kinder und Jugendliche, die gegen die Kürzungspläne protestiert haben. Vor uns liegen sehr schwierige Haushaltsplanberatungen. Wir alle werden uns bemühen und gemeinsame Anstrengungen unternehmen, mit dieser Haushaltssituation vernünftig umzugehen.

Und was passiert zeitgleich in Berlin? Abgesehen davon, dass von dort aus weitere Kürzungen des Sozialstaates auf den Weg gebracht worden sind, die erhebliche Belastungen auch für die Kommunen mit sich bringen - Hoteliers werden in Millionenhöhe

entlastet, private Krankenkassen werden ebenfalls stark entlastet -, werden in Kürze die vier großen Stromkonzerne massiv entlastet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „entlastet“ ist gar kein Ausdruck für das, was aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke resultiert. Das Öko-Institut hat in den vergangenen Tagen ermittelt, dass die großen Stromkonzerne bis 2030 Zusatzgewinne in Höhe von 94 Milliarden Euro erzielen werden. Von diesen 94 Milliarden Euro sollen gemäß den Vorschlägen von Schwarz-Gelb 28 Prozent wieder abgeschöpft werden. Ihnen verbleibt also ein Gewinn von 67 Milliarden Euro. Während sich viele Kommunen in einer außerordentlich schwierigen Finanzsituation befinden und im Sozialbereich weiter gekürzt wird, werden einigen wenigen großen Konzernen 67 Milliarden Euro in den Rachen geworfen.

Die Kanzlerin sagt nun, diese Berechnungen seien falsch beziehungsweise nicht ganz korrekt. Aber selbst wenn sich das Öko-Institut um die Hälfte verschätzt hätte, wären es immer noch 30 bis 40 Milliarden Euro, die den großen Konzernen in den Rachen geworfen würden. Verehrte Damen und Herren, wer so die Gewinne einigen wenigen Leuten zuschanzt, der handelt obszön. Das ist ein großer Skandal. Dagegen wenden wir uns heute auch mit dieser Aktuellen Stunde.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Aber das ist noch nicht alles, es geht noch weiter. Jetzt kommt heraus, dass es dabei Mauscheleien gegeben hat beziehungsweise nicht alles öffentlich gemacht worden ist. In geheimen Zusatzabsprachen wurde nämlich vereinbart, dass Investitionen in die Sicherheit - wenn man schon diesen Weg einschlägt, sollte jedem wenigstens die Sicherheit am Herzen liegen - ab einer bestimmten Höhe mit der jetzt neu eingeführten Brennelementesteuer verrechnet werden können. Das bedeutet letztlich, dass die großen Stromkonzerne vom Steuerzahler noch dafür belohnt werden, dass sie aus der Laufzeitverlängerung der AKWs Profit schlagen können.

Das Ganze ist aber nicht nur eine Frage der Finanzpolitik, sondern auch eine Frage der Wettbewerbspolitik. Ich muss ehrlich sagen: Die FDP erstaunt mich immer mehr. Denn im Bereich der Wettbewerbspolitik werden Oligopole massiv unterstützt. Ich habe mir unter freier Marktwirtschaft immer etwas anderes vorgestellt,

meine sehr verehrten Damen und Herren. Das zeigt: Manche Begriffe sind dehnbar.

(Beifall bei der SPD)

Ich will einen weiteren Aspekt in diesem Zusammenhang ansprechen - Kollege Klipper und Kollege Breite, ich spreche Sie da ganz persönlich an -: Infolge der Laufzeitverlängerung der AKWs wird nicht nur unsere Tochter, die RheinEnergie, sondern auch der Stadtwerkekonzern insgesamt in Millionenhöhe belastet. Die Stadtwerke in Deutschland rechnen mit Belastungen von weit über 3 Milliarden Euro. Schon allein diese Belastungen werden uns als Kommune treffen, ganz zu schweigen davon, dass sich die Gewerbesteuerereinnahmen verringern werden, weil sie verrechnet werden können.

Angesichts der jetzigen Haushaltssituation und der nun noch auf die Kommune zukommenden zusätzlichen Belastungen macht es schon Sinn, mit dem Finger draufzuzeigen und zu fragen: Wie könnt ihr eigentlich zulassen, dass auf Bundesebene eine solche Entscheidung getroffen wird? Wir bitten euch dringend, mitzuhelfen, dass diese kommunalfeindliche Politik endlich gestoppt wird.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis
90/Die Grünen)

Es geht dabei natürlich nicht nur um Finanz- und Wirtschaftspolitik, sondern auch um ökologische Fragen. Ich habe diese aber bewusst an die zweite Stelle gesetzt, um CDU und FDP, die ja gewöhnlich wirtschaftspolitische Fragen immer in den Vordergrund stellen - Stichwort: Versorgungssicherheit - mit ihren eigenen Argumenten zu widerlegen. Jetzt aber zu den ökologischen Fragen.

Im sogenannten Energiekompromiss ist vorgesehen, dass lediglich 15 Prozent der von den vier großen Stromkonzernen aus der AKW-Laufzeitverlängerung erzielten Zusatzgewinne in den Ausbau erneuerbarer Energien fließen sollen. Zudem soll dieser Anteil schrittweise reduziert werden, sodass ab 2016 die Unternehmen nur noch 1 Prozent der Zusatzgewinne dafür aufwenden werden müssen. Das ist skandalös; denn das wird dazu führen, dass der Druck auf die Energiekonzerne, in innovative erneuerbare Energien zu investieren - sie haben das ja nur deshalb getan, weil Rot-Grün den Atomausstieg vorangetrieben hat -, zurückgenommen wird. Das ist nicht nur für die zukünftige Energiesicherheit ein

Riesenproblem, sondern vor allem auch für den Ausbau umweltfreundlicher Energien in diesem Land.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis
90/Die Grünen)

Ziel muss es vielmehr sein, die Förderung erneuerbarer Energien auf Dauer sicherzustellen. Viele Stadtwerkekonzerne haben darauf hingewiesen, dass sich ihre Investitionen in erneuerbare Energien aufgrund der AKW-Laufzeitverlängerung jetzt nicht mehr rechnen und dadurch bemerkenswerte, positive Prozesse gestoppt und rückgängig gemacht werden müssen. In Kenntnis dessen muss man sagen: Das ist ein unglaublicher Vorgang.

Die letzten beiden Argumente, die ich hier anführen will, sind, auch wenn sie am Ende meiner Rede stehen, nicht die unwichtigsten, sondern für viele Menschen in unserer Stadt von besonderer Bedeutung.

Es ist immer noch so, dass die Sicherheit der Kernkraftwerke nicht garantiert werden kann. Atomenergie ist eine unsichere Zukunftstechnologie. Deshalb haben wir zu Recht den Ausstieg beschlossen. Wir sind der festen Überzeugung: Es geht anders, und es geht besser. Deshalb war der Ausstieg richtig.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis
90/Die Grünen)

Außerdem ist die Endlagerfrage bis heute nicht geklärt. Aber das interessiert insbesondere die Südländer nicht. Würde man jedoch vorschlagen, im Salzbergwerk von Bad Reichenhall ein Endlager einzurichten, würde auch den Bayern und den Baden-Württembergern das Lachen vergehen. Aber solange ein Endlager im Norden vorgesehen ist, interessiert sie das nicht. Bezüglich der Endlagerfrage wird ständig nur herumgeeiert, eine Antwort steht noch immer aus. Keiner Bundesregierung ist es gelungen, diese Frage zu klären.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb fordern wir Sie auf: Stoppen Sie diese falsche Politik auf Bundesebene! Sie belastet die Kommunen, sie ist schlecht für die Menschen, und sie ist schlecht für die Umwelt in unserem Land und auf dem Kontinent. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis
90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Breite, bitte.

(Ralph Sterck [FDP]: Es scheint den Grünen sehr „wichtig“ zu sein, wenn sie nichts zu sagen haben! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich bin der Meinung, dass die Antragsteller zuerst vortragen müssen! Oder verzichten die?)

Ulrich Breite (FDP): Lass die doch verzichten. - Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann gut verstehen, dass es der rot-grünen Ratsmehrheit offensichtlich zu peinlich war - darum verzichten die Grünen anscheinend jetzt auf ihr Rederecht -, über die schlechte Verkehrssituation in Köln in einer Aktuellen Stunde zu debattieren;

(Beifall bei der FDP und bei pro Köln)

denn dann hätte die Kölner Bevölkerung sehr schnell begriffen, dass die vielen Staus durch rot-grüne Beschlüsse im Rathaus verursacht werden.

(Beifall bei der FDP und bei pro Köln)

Um dieses brisante Thema von der Tagesordnung zu fegen, hat die Koalition ihre Mehrheit genutzt und selbst einen Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Stunde eingebracht. Deshalb dürfen wir jetzt über ein wahres kommunalpolitisches Highlight sprechen, nämlich die deutschen Kernkraftwerke. Wir haben in Köln ja so viele, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei pro Köln - Martin Börschel [SPD]: Milliardenverluste, Herr Breite! Sie sind im Aufsichtsrat der RheinEnergie!)

Auch ist es für jeden Kommunalpolitiker ein wahrer Herzenswunsch, einmal im Leben über deutsche Kernkraftwerke sprechen zu dürfen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist wie bei Loriots „Weihnachten bei Hoppenstedts“.

(Heiterkeit)

Sie erinnern sich: „Wir bauen uns ein Atomkraftwerk“, ein Kinderspiel für Kinder und Erwachsene.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Also gut, sprechen wir über deutsche Energiepolitik. Das Energiekonzept der Bundesregierung verwirklicht drei wichtige energiepolitische Ziele: Es schafft langfristig die Voraussetzungen erstens für ein hohes Maß an Versorgungssicherheit, zweitens für wirksamen Klima- und Umweltschutz und drittens für eine wirtschaftlich tragfähige Energieversorgung.

(Beifall bei der FDP)

Laut einer Umfrage des ARD-DeutschlandTrends vom September 2010 wären 73 Prozent der Befragten mit einer Laufzeitverlängerung einverstanden, wenn ein wesentlicher Teil der zusätzlichen Gewinne der Stromkonzerne für den Ausbau erneuerbarer Energien eingesetzt würde.

(Jochen Ott [SPD]: 1 Prozent ab 2016! Das ist doch ein Scherz! Das glaubst du doch selbst nicht! Schau dir doch die Zahlen an!)

Genau das steht im Energiekonzept der Bundesregierung. Das können auch SPD und Grüne nicht verschweigen.

Außerdem stellt das Energiekonzept sicher, dass Deutschland auch in Zukunft ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Zu diesem zukunftsfähigen Energiekonzept gehört auch die Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre. Die Grünen haben die Bedeutung unserer deutschen Atomkraftwerke eigentlich auch nicht anders eingeschätzt; denn als sie im Bund mitregierten, haben sie keineswegs die Kraftwerke sofort, das heißt: unverzüglich, abgeschaltet, sondern sogar für Neckarwestheim II eine Laufzeitverlängerung von sage und schreibe 20 Jahren beschlossen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Grüne Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke beschließen, ist das richtig und gut. Wenn aber CDU und FDP Laufzeitverlängerungen beschließen, soll das falsch und schlecht sein. Eine solche Logik ist doch gaga. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]:
Das ist doch wirklich Volksverblödung,
Uli!)

Wie bedeutsam der Zusammenhang von wettbewerbsfähigem Industriestandort und Laufzeitverlängerung ist, haben führende Vertreter der deutschen Industrie in ihrem energiepolitischen Appell verdeutlicht.

(Lachen bei der SPD)

Ich darf zitieren:

Eine starke und wettbewerbsfähige Industrie, die sich global behaupten muss, sichert die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Knapp ein Drittel unseres Wohlstandes und über 90 Prozent unserer Exporte werden von der Industrie erwirtschaftet. Aber nur unter gleichen Rahmenbedingungen, also ohne einseitige Belastungen, können unsere Unternehmen diese Position wahren. Das gilt vor allem für die energieintensive Industrie. Eine sichere, saubere und vor allem bezahlbare Energieversorgung ist deshalb für Deutschland unerlässlich. ... Damit die Preise für alle bezahlbar bleiben, können wir bis auf Weiteres nicht auf kostengünstige Kohle und Kernenergie verzichten.

CDU und FDP haben diesen bedeutsamen Zusammenhang erkannt und sichern mit ihrem Energiekonzept den Industriestandort Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Diesen Appell haben im Übrigen auch die ehemaligen sozialdemokratischen Minister Wolfgang Clement und Otto Schily unterschrieben.

(Lachen bei der SPD)

- Da lachen selbst die Sozialdemokraten.

(Heiterkeit)

So geht man miteinander um. - Die Unterschrift des Sozialdemokraten Dr. Dieter Steinkamp fehlt jedoch. Er vertritt eine andere Meinung als die Vorstandsmitglieder von ThyssenKrupp, Metro, Henkel, Bertelsmann, Oetker, Bayer, HeidelbergCement, BASF, Deutsche Bank, Deutsche Bahn,

(Jochen Ott [SPD]: Bravo!)

BDI und und und. Bei aller Wertschätzung für Herrn Steinkamp - ich höre ihm gerne zu -, aber mit seiner Meinung zu diesem Thema ist und bleibt er innerhalb der deutschen Wirtschaft in der absoluten Minderheit.

(Jochen Ott [SPD]: Der Vertritt eben nicht Lobby-Interessen, sonder Kölner Interessen!)

Den Argumenten der kommunalen Energieversorger halte ich entgegen: Der Anteil der Kernenergie am Stromangebot, das ständig, also in jeder Stunde des Tages, zur Verfügung stehen muss - das ist die sogenannte Grundlast -, beträgt 48 Prozent. Das ist eine Tatsache, die nicht zu leugnen ist. CDU und FDP nutzen die Kernkraftwerke als Brücke in ein Zeitalter der erneuerbaren Energien.

(Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir brauchen die Kernenergie als Übergangstechnologie, bis regenerative Energieträger in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen kann. Dieser Tatsache können sich weder SPD und Grüne noch die kommunalen Energieerzeuger verschließen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie von
Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Brust, bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Breite, die rot-grüne Bundesregierung hat die Laufzeiten damals nicht verlängert, sondern sie zum ersten Mal begrenzt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Sie hat damit klare Verhältnisse für die Zukunft geschaffen. Jeder wusste, das Atomzeitalter geht zu Ende. Nur deshalb ist kräftig in moderne Gaskraftwerke und erneuerbare Energien investiert worden. So ist es auch hier in Köln gemacht worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Durch den Beschluss der jetzigen Bundesregierung werden die Wettbewerbsverhältnisse nun völlig auf den Kopf gestellt. Stadtwerke, die im Vertrauen auf die Erfüllung von Verträgen investiert haben, werden heute vor den Kopf gestoßen, und ihre Anlagen werden entwertet.

Durch den Beschluss der Bundesregierung vergrößert sich das Potenzial der Stromerzeugung auf einen Schlag um etwa ein Viertel, und zwar nicht, wie die Bundesregierung sagt, für acht bis 14 Jahre. Das ist eine Lüge. Es werden nämlich gar keine Jahreszahlen angegeben, sondern Strommengen. Da aber die Strommengen, die die AKWs in Zukunft erzeugen werden, immer geringer werden, weil Strom aus Wind, Wasser und Biomasse Vorrang im Netz hat, kann das bedeuten, dass die letzten AKWs erst weit nach 2040 abgeschaltet werden.

(Karsten Möring [CDU]: Dann wird der Strom billiger, wenn zu viel produziert wird!)

- Zu billigem Strom komme ich gleich. - Für die RheinEnergie und die anderen Stadtwerke, die eigene Erzeugungsanlagen haben, bedeutet das, dass sich die Gewinnerwartungen für ihre Kraftwerke in den nächsten 30 Jahren so nicht erfüllen werden.

Ich will Ihnen einmal vorlesen, was die 8KU dazu schreiben.

(Zuruf: Lobby)!

- Nein, das ist unsere Vertretung. - In den 8KU sind acht große kommunale Stadtwerke bzw. Regionalversorger zusammengeschlossen darunter auch die RheinEnergie. Die 8KU schreiben:

Das Energiekonzept ist ein großer Schritt in die falsche Richtung. Die Laufzeitverlängerung schadet dem Wettbewerb, da sie das vom Bundeskartellamt und von der Monopolkommission immer wieder beklagte Oligopol der vier Großen massiv stützt und im Gegenzug Investitionen von Wettbewerbern nachträglich entwertet und zukünftige Marktchancen einschränkt. Den vier großen Stromerzeugern fallen selbst unter Einrechnung der Brennelementesteuer und der Zusatzabgabe unternehmerisch risikolose Milliardenbeträge zu. Die

Erwartung, eine Laufzeitverlängerung führe zu einer Preisdämpfung, geht fehl. Nur Wettbewerb auf dem Erzeugungsmarkt kann zu Wettbewerb auf dem Strommarkt führen und damit zu niedrigeren Preisen. Eine Laufzeitverlängerung behindert Innovationen; denn das größte Erfordernis für eine auf Erneuerbare fußende Stromerzeugung ist Flexibilität. [# Zitat aus 1. Kurzstellungnahme der 8KU zum Energiekonzept]

Zu diesen schnellen und starken Lastwechseln sind nur Gaskraftwerke wie das GuD-Kraftwerk der RheinEnergie in der Lage, aber nicht die großen Atomkraftwerke. Das heißt, Atomstrom wird in den nächsten 30 Jahren die Netze verstopfen und dazu führen, dass Windanlagen abgeschaltet werden müssen, weil sonst das Netz zusammenbricht. So ist es ja teilweise heute schon.

(Zuruf: Und wenn sie ins Netz investieren?)

- Selbst wenn sie ins Netz investieren. - Man kann nicht mehr Strom erzeugen, als verbraucht wird. Es müssen bei Überangebot immer Kraftwerke abgeschaltet werden, um das Netz stabil zu halten. Das gilt auch für den Fall, dass die Netze gut ausgebaut sind.

Kommen wir nun zu den Preisen. Angeblich soll die Laufzeitverlängerung ja zu Preissenkungen führen. Natürlich, theoretisch führt ein größeres Angebot an Kraftwerken erst einmal zu Preissenkungen an der Börse. Aber entscheidend an der Börse ist immer das Kraftwerk, das zuletzt zugeschaltet wird. Wenn also aufgrund der Grenzkosten das letzte Kraftwerk, das ans Netz geht, ein Kohlekraftwerk ist, dann bestimmt dieses Kraftwerk den Börsenpreis. Das heißt, alle Kraftwerke, die billiger produzieren können wie zum Beispiel die AKWs, fahren Zusatzrenditen ein, weil sie dann auch diesen Börsenpreis bekommen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das wissen wir schon! Das behaupten Sie immer wieder! Es gilt genau das Gegenteil!)

- Es passiert nicht das Gegenteil.

Hinzu kommen für die Stadt Köln und die Bürgerinnen und Bürger noch zwei weitere negative Effekte:

Die Gaskraftwerke werden, weil sie flexibel sind, immer als erste vom Netz gehen müssen. Das

heißt, die RheinEnergie wird massiv betroffen sein, weil ihre Kraftwerke kürzere Laufzeiten haben werden.

(Zuruf von Karsten Möring [CDU])

Die Abschreibungen und die Lohnkosten laufen aber weiter. Diese werden dann entweder den Kölner Bürgerinnen und Bürgern in Rechnung gestellt, oder aber sie führen zu niedrigeren Gewinnen, was unseren Haushalt belasten wird.

Der zweite negative Effekt ist, dass, weil zu viel Strom von AKWs im Netz ist, immer mehr Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien produzieren können, abgeschaltet werden müssen. Das ist heute schon so. Erkundigen Sie sich einmal! Es gibt schon heute Tage, an denen Windkraftanlagen abgeschaltet werden müssen, weil die Atomkraftwerke nicht in der Lage sind, ihre Stromerzeugung herunterzufahren. Die Aufsteller von Windanlagen aber haben gemäß EEG 20 Jahre lange das Recht auf gleichmäßige Vergütung, und die bekommen sie auch, und zwar über die Netzgebühren, die alle Stromverbraucher zahlen müssen. Das heißt, während die Stromverbraucher selbst für stillstehende Windanlagen zahlen müssen, verdienen die AKW-Betreiber das Geld.

(Widerspruch bei der FDP - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Brust. - Nächster Redner ist Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Normalerweise wird eine bestimmte Reihenfolge bei der Worterteilung eingehalten: Zuerst können die Antragsteller ihren Sermon loswerden, und danach können die anderen Fraktionen darauf reagieren. Sie haben die Aktuelle Stunde zu diesem Thema vorgeschlagen und durchgesetzt; das ist Ihr gutes Recht. Aus obengenanntem Grund habe ich mich erst jetzt zu Wort gemeldet.

Der Titel der Aktuellen Stunde lautet: „Auswirkungen der Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke auf kommunale Energieversorger“. In Köln betrifft das die RheinEnergie. Lassen Sie mich zu Beginn zunächst einmal einen Satz zitieren, was aus anderen Staaten zu dieser Diskussion gesagt wird. Ich zitiere:

Die europäische Bewegung der Grünen muss ihre Abwehrhaltung gegenüber der Kernkraft überdenken.

(Lachen von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

- Warten Sie ab! Lachen können Sie später.

Die Fortschritte zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei der Stromerzeugung waren bisher zu langsam. Wenn wir den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 um 80 oder 90 Prozent eindämmen wollen, sollten wir keine Technologie generell ausschließen, die unsere Fortschrittsrate verbessern könnte. Als Grüne dürfen wir die Kernenergie nicht länger dogmatisch und unter allen Umständen ablehnen.

Das Zitat stammt von Chris Goodall, Mitglied der britischen Grünen, Klimaexperte und Autor des Buches „Ten Technologies to Save the Planet“.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte hier auch nicht in die allgemeine Debatte eingreifen, weil das Sache des Bundestages ist und die Debatte nicht hier bei uns geführt werden muss. Aber eines will ich Ihnen sagen, auch wenn ich nicht allzu viel aus den Aufsichtsratssitzungen berichten darf: Als in den Aufsichtsräten von RheinEnergie, GEW und Stadtwerken über dieses Thema gesprochen wurde, haben Grüne und SPD nahezu keinen Beitrag zur Diskussion geleistet. So viel zur Sache.

Als ich heute Morgen mit Herrn Dr. Steinkamp, der leider heute nicht - - Ich sehe gerade, er ist doch hier.

(Martin Börschel [SPD]: Jetzt musst du dir überlegen, was du sagst, Karl! - Heiterkeit)

- Als ich heute Morgen mit Herrn Dr. Steinkamp telefonierte - es war gegen halb zehn -, hatte ich den Eindruck, er käme heute nicht. - Herr Dr. Steinkamp hat mir gesagt, dass es bisher dazu, welche Auswirkungen das haben wird, nur ein Gutachten gibt, nämlich das des Öko-Instituts. Das ist das einzige Gutachten, andere sind jedenfalls bisher nicht bekannt.

(Martin Börschel [SPD]: Uni Leipzig!)

Lassen Sie mich aus diesem Gutachten, das ja von Ihnen wie die Bibel hochgehalten wird, zitieren. Es geht um Abbildung 1 auf Seite 11 - Sie können ja mitlesen - mit dem Titel „Stromerzeugung der deutschen KKW nach dem Laufzeitverlängerungsmodell vom 5. September 2010“. Dieser Abbildung lässt sich entnehmen - Sie können sie sich ansehen; ich kann Ihnen das geben; dann können Sie das verifizieren -, dass im Jahr 2020 die gleiche Strommenge vermarktet werden wird wie im Jahr 2010. Damit stellt sich die Situation für diesen Zeitraum ganz anders dar als von Ihnen hier behauptet.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Lies doch mal weiter, Karl!)

Erst ab dem Jahr 2023 wird sich die Strommenge, die heute bei 140 Terawattstunden liegt, auf ungefähr 100 Terawattstunden reduzieren. Das heißt: Nur für die letzten Jahre der Laufzeitverlängerung gilt, dass es eine erheblich stärkere Zusatzproduktion geben wird. Wenn man über dieses Thema hier ernsthaft diskutieren will, sollte man auch die Zahlen, die das Öko-Institut nennt, mitberücksichtigen und nicht einfach nur fabulieren, dass das Ganze ein Problem sei.

Da ich schon seit längerer Zeit in den Aufsichtsräten der Stadtwerke tätig bin, lassen Sie mich noch Folgendes sagen: Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass schon für die Jahre 2005/2006 - damals ging es um Deregulierung, mehr Wettbewerb und Trennung der Netze - ein Gewinneinbruch für die Stadtwerke befürchtet wurde. Dazu folgende Zahlen für den Zeitraum 2002 bis 2009, auch wenn die meisten bekannt sind: Im Jahr 2002, in dem sich die RheinEnergie konstituiert hat, betrug der Gewinn 118 Millionen Euro. Trotz schwieriger Markt- und Wettbewerbsbedingungen und Wirtschaftskrise ist es der RheinEnergie - und das rechne ich ihr wirklich hoch an - gelungen, im Jahr 2009 einen Gewinn in Höhe von 173,7 Millionen Euro auszuweisen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das muss anders werden!)

- Ja. Sie sind ja auch Mitglied im Aufsichtsrat; Sie kennen die Ergebnisse. Ich will hier keine Geheimnisse ausplaudern. Nur so viel: In diesem Jahr wird das Ergebnis nicht schlechter ausfallen.

Um sich am Markt behaupten und im Wettbewerb bestehen zu können, ist es für den

wichtigsten kommunalen Energieversorger in Köln, die RheinEnergie - und wir sprechen hier nur über die RheinEnergie - entscheidend, dass sein Geschäftsmodell greift, nämlich dass andere die Leistungen, die er vorhält, nutzen. Das ist der entscheidende Punkt, um die RheinEnergie voranzubringen, und nicht eine Diskussion hier im Stadtrat, ob die Laufzeitverlängerung der AKWs mehr oder weniger Nachteile hat. Entscheiden wird letztlich der Verbraucher vor Ort, indem er entweder bei der RheinEnergie bleibt oder zu einem anderen Versorger wechselt. Die entscheidende Frage wird daher sein: Wird die RheinEnergie weiterhin die Chance haben, ihre Leistungen wie bisher in der Kommune anzubieten, oder nicht. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Nächster Redner ist Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wir haben uns gefragt, was das Thema der heutigen Aktuellen Stunde mit der städtischen Ratsarbeit zu tun hat. Aber die Debatte darüber ist ja nun doch recht interessant. Unseren Standpunkt dazu hat Herr Breite bereits auf den Punkt gebracht. Wir könnten eigentlich sagen: Herr Breite, wir stehen an Ihrer Seite. Aber da die anderen jetzt in die Diskussion mit eingestiegen sind, wollen wir nun doch auch die Meinung der Bürgerbewegung pro Köln/pro NRW hier vortragen.

Meine Damen und Herren, wir wollen hier in Deutschland etwas abschalten, nach dem sich andere in der Welt die Finger lecken. In China werden 27 neue Atomkraftwerke geplant. In Polen werden drei neue Atomkraftwerke mit der Begründung geplant, dass Deutschland die Energie braucht. Die kann man dorthin verkaufen. Letzte Woche hat die Bundeskanzlerin in Litauen - das ist auch nicht allzu weit weg - deutsche Hilfe beim Bau von Atomkraftwerken versprochen.

Es kann doch nicht sein, dass deutsche Wirtschaftskraft, deutsche Genialität überall geschätzt wird, nur nicht im eigenen Lande.

(Beifall bei pro Köln - Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Endlager! Endlager!)

Warum soll hier in Deutschland etwas abgeschaltet werden, was von der Technologie her zum Besten gehört, was es auf der Welt gibt?

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Endlager!
Endlager!)

- Natürlich, ich würde Sie gerne auch endlagern, Herr Detjen. Ich halte Sie hier nicht fest.

(Beifall bei pro Köln)

Schauen Sie, Herr Detjen, dazu fällt mir spontan etwas ein. Um die Jahrhundertwende hatte man in New York Angst, dass aufgrund des steigenden Verkehrs durch die Pferdefuhrbetriebe etwa 1920 der Kot dieser Pferde bis zum vierten Stock reichen würde. Dann hat man das Automobil erfunden. Damit will ich sagen: Die Frage des Endlagers ist lösbar. Warum planen denn Ihre Mao-Freunde in China 27 neue Atomkraftwerke? Fragen Sie die doch einmal.

(Beifall bei pro Köln)

Ich sage Ihnen eines: Mir wäre wesentlich wohler, wenn die Chinesen sie nach deutschem Standard bauen würden; denn denen traue ich nicht unbedingt. Wir brauchen kein neues Tschernobyl.

Und ich will Ihnen noch etwas sagen: Die Leute werden den Strom kaufen, der für sie am preiswertesten ist. Gut, wir haben hier einen kommunalen Versorger. Aber wir müssen immer wieder zur Kenntnis nehmen, dass es viele Kölnerinnen und Kölner gibt, insbesondere ältere Menschen, die es sich nicht mehr leisten können, ihre gesamte Wohnung zu heizen. Das ist so. Deshalb stehen wir in der Verantwortung, Energiesicherheit bereitzustellen. Ich bin ja für neue Ideen offen, aber sie müssen auch funktionieren.

Der SPD, die die Debatte zu diesem Thema vorgeschlagen hat, sage ich: Sie hatten ja einmal einen Wirtschaftsminister namens Karl Schiller, der auch immer Probleme mit seiner Partei hatte. Dem kann man sich anschließen und sagen: Genossen, lasst die Tassen im Schrank. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Lieber Herr Breite! Ich bin froh, dass wir über dieses Thema in der Aktuellen Stunde sprechen und nicht über das, was Sie vorgeschlagen haben. Der Herr Beigeordnete Streitberger hat gestern im Wirtschaftsausschuss davon gesprochen, dass die von Ihnen erwähnten Staus eher ein gefühltes als ein reales Problem sind.

(Lachen bei der FDP und bei pro Köln)

Das war für uns Grund genug, eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema abzulehnen.

Meine Damen und Herren, ich bin von der beeindruckenden Demonstration zum „Rettungsbeauftragten für Haushaltslöcher“ ernannt worden.

(Zurufe: Oh! - Karl-Jürgen Klipper
[CDU]: Herzlichen Glückwunsch!)

Andere Kollegen wurden auch dazu ernannt. Die Damen und Herren sitzen jetzt auch auf der Tribüne. Ihrem Auftrag möchte ich jetzt gerne nachkommen. Beim Stadtwerkekonzern wird durch den Beschluss der Bundesregierung ein Haushaltsloch im zweistelligen Millionenbereich entstehen. Deshalb sollte darüber auch hier im Rat der Stadt Köln diskutiert werden.

Lassen Sie mich in der Diskussion auf den Gesichtspunkt zurückkommen, den Herr Brust hier aufgeworfen hat. Ich bin der Meinung: Wir haben hier auch ein Demokratietheorem. Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, mit diesem Beschluss wurde im Prinzip die Demokratie ausgehebelt. So betrachte ich das.

Vielleicht haben Sie zufällig gestern im *Kölner Stadt-Anzeiger* die Karikatur „Der Puppenspieler“ gesehen.

(Der Redner zeigt eine Karikatur)

Sie zeigt, wie von den Konzernen an der Frau Merkel gezerrt wird. Die verschiedenen Bereiche wie zum Beispiel die Banken, aber auch die Atomlobby ziehen an Frau Merkel und versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. Das illustriert das Demokratietheorem, das wir haben. Es wäre eigentlich Aufgabe der liberalen Partei, dem Einhalt zu gebieten. Aber sie macht bei diesem Spielchen mit.

Korruption und Demokratie-Abfall liegen ja nicht weit auseinander. Das sollte man einmal ganz klar sagen.

(Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Der Gewinn, den die Bundesregierung einstreicht, wird nämlich nicht in den Bundeshaushalt eingestellt, sondern auf ein Extrakonto überwiesen. Es wird also ein sogenannter Schattenhaushalt entwickelt. Auch das ist ein Demokratiefeld. Man kann konstatieren: Frau Merkel hat viel von Herrn Kohl gelernt, auch, wie man Geld zur Seite schafft.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, ich möchte Sie bitten, in Ihrer Wortwahl vorsichtig zu sein.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Gut. Das ist eine politische Meinungsäußerung.

(Markus Wiener [pro Köln]:
Ordnungsruf!)

Es gab dazu eine Auseinandersetzung; es hat ja auch Prozesse gegeben. Das ist unbestritten.

Meine Damen und Herren, in dieser Vereinbarung wurde für die Verbraucherinnen und Verbraucher, die letztlich die zusätzlichen Stromkosten zahlen müssen, keine Vorsorge getroffen - Herr Brust hat schon ausgeführt. Auch dieses Problem ist also nicht gelöst. Die Chance, jetzt einmal etwas für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu tun, wurde vertan.

Interessant war, dass Ihr Umweltminister Herr Röttgen am Wochenende gesagt hat, man werde vor dem Bundesverfassungsgericht mit dieser Sache wohl nicht durchkommen. Auch da musste Frau Merkel persönlich aktiv werden und ihren Umweltminister zurückpfeifen.

Wenn der Bundesrat in dieser Sache außen vor gelassen wird, werden unsere Fraktionen in den Landtagen, in denen wir mitregieren, auf jeden Fall den Weg vor das Bundesverfassungsgericht gehen. Karl Marx hat im *Kapital* das Problem relativ deutlich beschrieben: Es geht darum, einen Extraprofit zu realisieren. - Diesen Extraprofit wollen die sich sozusagen anheimstellen. Für diesen Extraprofit hebeln die die Demokratie aus. Das können wir einfach nicht dulden. Deswegen werden wir in dieser Frage nicht nur bundesweit aktiv werden, sondern auch das Bundesverfassungsgericht anrufen.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich den *Stadt-Anzeiger* vom Montag ruhig noch einmal an.

(Der Redner zeigt wiederum die Karikatur)

Das ist Ihre Kanzlerin. – Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz noch auf die Vorredner von CDU und FDP eingehen. Herr Klipper hat ja zumindest andeutungsweise aus dem Aufsichtsrat der RheinEnergie berichtet. Es ist schon richtig, Herr Kollege Klipper, dass im Aufsichtsrat bei den Debatten über das Thema Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke die Vertreter von SPD und Grünen weniger Wortbeiträge hatten als beispielsweise Sie. Gemessen an unserer zurückhaltenden Reaktion auf die Vorträge des Vorstands und der Geschäftsführung sind Sie ja fast aufgeregtem Geplapper anheimgefallen. Könnte das nicht damit zusammengehangen haben – prüfen Sie sich doch einmal -, dass Sie wirklich fast verzweifelt versucht haben, die Thesen von Herrn Dr. Steinkamp und anderen zu widerlegen? Die Thesen, die Herr Dr. Steinkamp vertreten hat, haben nämlich im Wesentlichen dem entsprochen, was Herr Ott und Herr Brust gerade gesagt haben. Das könnte vielleicht das eine oder andere erklären.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Es ist doch vollkommen unbestritten, dass durch die Laufzeitverlängerung, die die Oligopolisten der jetzigen schwarz-gelben Bundesregierung abgetrotzt und abverhandelt haben - man muss es leider auf diesen skandalösen Punkt bringen -, wirklich Milliardenbeträge in deren Kassen gespült werden. Vollkommen unbestritten ist auch, dass, wenn einer mehr Gewinne auf dem Markt macht, andere weniger Deckungsbeiträge und weniger Gewinne haben. Dass wir mit unserer RheinEnergie ganz unmittelbar von einer solchen Laufzeitverlängerung betroffen sind, liegt doch auf der Hand. Deswegen finde ich, Sie sollten sich nicht darüber lustig machen, dass wir hier

im Rat darüber sprechen wollen, welchen Deckungsbeitrag, welchen Überschuss Stadtwerke oder RheinEnergie in Zukunft noch in unseren Haushalt geben können.

Fragen Sie doch einmal die Demonstranten, die eben vor dem Rathaus gestanden haben, ob es ihnen egal ist, dass die Stadtwerke Köln weiterhin 80 Millionen Euro pro Jahr überweisen können, oder ob ihnen egal ist, dass wir die Bäder oder den öffentlichen Nahverkehr mit diesen Gewinnen finanzieren können. Das ist aus unserer Sicht fundamental wichtig. Uns ist das nicht egal, anders als Ihnen, Herr Kollege Klipper.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich würde, um das eine oder andere hier noch klarstellen zu können, gerne den anwesenden Vorstandsvorsitzenden der RheinEnergie und den Sprecher der Geschäftsführung der Stadtwerke zu zwei oder drei Elementen, die in der Debatte eine Rolle gespielt haben, befragen.

Zum einen würde ich gerne wissen, ob aus Ihrer Sicht, Herr Dr. Steinkamp, anders als von CDU und FDP behauptet, der Ausbau erneuerbarer Energien durch die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken signifikant verzögert wird.

Zweitens würde ich gerne wissen, ob die von Herrn Klipper in dieser Debatte angeführte These stimmt, dass es wirklich nur das Gutachten des Öko-Instituts gibt, oder ob nicht vielmehr schon eine Reihe anderer Gutachten, wie beispielsweise die Kurzstudie der Uni Leipzig, vorliegen.

Drittens würde ich gerne wissen, ob Sie schon eine Einschätzung treffen können, welche Deckungsbeiträge den deutschen Stadtwerken oder noch genauer der RheinEnergie nach Ihren bisherigen Erkenntnissen durch diese Atomkraftwerk-Laufzeitverlängerung verloren geht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Börschel hatte ja gerade Herrn Steinkamp angesprochen. Ich hätte auch noch eine Frage an Sie, Herr Steinkamp. Ist es richtig, dass Stadtwerke wie die Stadtwerke München von dem Beschluss profitieren, weil sie mehr auf Kernenergie gesetzt

haben, und läuft damit der Vorwurf, hier sei grundsätzlich etwas gegen die Stadtwerke getan worden, eigentlich ins Leere,

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]:
AKW Köln! AKW Köln!)

wenn Stadtwerke wie die in München eigentlich dadurch profitieren?

(Martin Börschel [SPD]: Aber wir doch nicht, Herr Kollege! - Gegenruf von Ulrich Breite [FDP]: Die falsche Politik, Herr Börschel! - Weitere Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als Nächstes Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Steinkamp, ich habe auch eine Frage. In der Organisation Stadtwerke-Konzern GEW RheinEnergie halten wir eine große Menge an RWE-Aktien. Wenn die Beurteilung von SPD und Grünen zutreffend ist, müsste ja der Wert dieser Aktien durch den neuen Beschluss der Bundesregierung erheblich steigen. In dem Zusammenhang möchte ich Ihnen zwei Fragen stellen:

Erstens. Haben Sie vor, die entsprechend geparkten Aktien zu verkaufen, um das Haushaltsloch in diesem Jahr zu schließen? Sie hätten ja dadurch eine Sondereinnahme.

Zweitens. Wollen Sie vor dem Hintergrund, dass zumindest die RheinEnergie 25 Prozent RWE-Anteile hält

(Martin Börschel [SPD]: 20!)

- 20 Prozent, Entschuldigung – und die RWE ja ein schrecklicher Profiteur dieser Politik zu sein scheint, die Zusammenarbeit mit RWE noch einmal überdenken?

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bevor Herr Steinkamp die an ihn gestellten Fragen beantwortet, erhält jetzt noch Herr Wiener das Wort.

Markus Wiener (pro Köln): Es ist erstaunlich, mit welcher Chuzpe Herr Börschel den Leuten hier im Saal, aber auch den Kölner Bürgern Sand in die Augen streuen will, quasi nach dem Motto:

Die deutsche Atomwirtschaft ist schuld daran, dass auf die Bürger hier in Köln finanziellen Grausamkeiten zukommen werden. Angesichts all der finanziellen Grausamkeiten, die Rot-Grün mit Unterstützung der Linkspartei jetzt hier in Köln plant und umgesetzt wird, ist klar, dass Sie davon ablenken wollen und versuchen, hier Nebelkerzen zu zünden. Es wird noch einiges auf die Kölner Bürger zukommen. Die Menschen, die heute draußen demonstrieren, sollten sich immer vor Augen halten, wer die Verursacher dieser Misere sind. Die sitzen nicht irgendwo in Berlin oder in Düsseldorf, sondern hier in Köln. Das sind die Kölner Altparteien, die all die Jahre Misswirtschaft betrieben und den Stadthaushalt gegen die Wand gefahren haben. Herr Börschel kann Nebelkerzen zünden so viel er will. Ich denke, die meisten Bürger draußen werden das schon richtig einschätzen können.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte nun Herrn Dr. Steinkamp, die aufgeworfenen Fragen zu beantworten.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie AG): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst zwei Sätze zum Grundprinzip: Wenn die Gesetzeslage gegenüber der bisher geltenden nun geändert wird und dadurch zusätzliche Kernkraftwerk-Strommengen neu in den Markt kommen, muss bei gleich bleibender Konsumentennachfrage irgendein anderer Strom aus dem Markt herausgedrückt werden. Da für die installierten Erneuerbaren eine Vorrangspeisung gesetzlich vorgesehen ist, werden die Hauptbetroffenen die kommunalen Kraftwerksbetreiber sein, also auch die RheinEnergie.

Nun zu den konkreten Fragen:

Herr Börschel hatte gefragt, ob und inwieweit der Ausbau der Erneuerbaren verzögert wird. – Ja, der Ausbau wird grundsätzlich verzögert. Es gilt zwar immer noch das EEG, das im Prinzip den Ausbau der Erneuerbaren fördert. Aber nach der bisherigen Gesetzeslage wäre bei gleich bleibenden Bedingungen mittel- und langfristig eine Stromlücke entstanden, die durch den vorzeitigen Ausbau der Erneuerbaren hätte gefüllt werden müssen. Wenn diese Stromlücke jetzt zeitversetzt - geschätzt zehn Jahre - später entsteht, ist damit zwangsläufig bei ansonsten

gleicher Gesetzeslage und Fördersituation für die Erneuerbaren eine Verschiebung des Ausbaus verbunden; denn niemand wird Erneuerbare zubauen, wenn der Markt am Ende die Mengen insgesamt nicht aufnimmt. Es steht aber auch zu befürchten, dass das zusätzlich zulasten der kommunalen Versorger geht, die wie wir insbesondere auf Kraft-Wärme-Kopplung gesetzt haben.

Es gibt nach dem politischen Beschluss zur Laufzeitverlängerung bisher ein Gutachten, das sich mit den Auswirkungen auseinandersetzt, nämlich das Gutachten des Öko-Instituts, das Herr Klipper vorhin zitiert hat. Aus der vorangegangenen Diskussionsphase – darüber wird ja schon seit über anderthalb Jahren diskutiert – gibt es allerdings zahlreiche weitere Gutachten, die sich mit verschiedenen Laufzeitszenarien auseinandergesetzt und in ihrer Begutachtung auch das eingangs genannte Grundprinzip vorweggenommen haben.

Des Weiteren gibt es ein Gutachten der Uni Leipzig im Auftrag der acht großen kommunalen Unternehmen, kurz: 8KU. In diesem Bündnis sind neben der Kölner RheinEnergie die kommunalen Energieversorgungsunternehmen von Frankfurt, Hannover, Leipzig, München, Mannheim, Darmstadt und Nürnberg vertreten. In dem Gutachten wird eindeutig nachgewiesen, dass die vier großen Verbundunternehmen durch die Laufzeitverlängerung Zusatzerträge in deutlicher zweistelliger Milliardenhöhe erwirtschaften können, während gleichzeitig aufgrund des Prinzips, dass anderer Strom aus dem Markt herausgedrückt wird, die kommunalen 8KU-Unternehmen, die ich gerade genannt habe, Ertragsminderungen in einer Größenordnung von 3,2 Milliarden Euro hinnehmen werden müssen. Es sind nicht alle gleichmäßig davon betroffen; aber wenn man das herunterrechnet, bedeutet das für die RheinEnergie in den nächsten Jahren schon einen deutlichen zweistelligen Millionenverlust, immer gemessen an der bisherigen Gesetzeslage und gleich bleibenden Bedingungen.

Natürlich will ich die Gelegenheit nutzen und jetzt noch eine Lanze für die RheinEnergie brechen. Wir haben in den letzten zehn Jahren unsere Ergebnisse durchaus positiv entwickeln können. Unser Unternehmen hat sich mit all seinen Beschäftigten der Liberalisierung der Energiemärkte und einer Öffnung hin zu mehr Wettbewerb gestellt. Trotz daraus resultierender geringerer Margen heißt das: Das Unternehmen kann was. Nach all diesen Herausforderungen,

die für kein Unternehmen leicht zu händeln sind, wird nun durch einen politischen Beschluss von Jetzt auf Gleich die Grundlage geändert. Das kommt also noch obendrauf. Es wird die RheinEnergie in ihrer Daseinsberechtigung am Ende nicht so weit treffen, dass wir gar keine Gewinne mehr machen können. Aber Gewinne, die aufgrund dessen verloren gehen, sind immer auch Mittel, die dann dem städtischen Haushalt und den Kölnerinnen und Kölnern fehlen werden.

Wir haben in den letzten Jahren begonnen, uns aktiv am Umbau der Energiewirtschaft zu beteiligen. Neben unseren guten Erträgen haben wir es geschafft, in den letzten Jahren allein in 100-MW-Windkraftleistung zu investieren. Das sind Investitionen, die zwar jetzt nicht perdu sind; aber ob man solche Investitionen weiterhin tätigen kann, muss man jetzt wirtschaftlich anders bewerten. Das gilt auch für andere große Investitionsmaßnahmen.

Zu einer weiteren Frage: Ich kann Ihnen heute noch nicht exakt sagen, was das am Ende tatsächlich unter sonst gleichen Bedingungen für das Ergebnis der RheinEnergie bedeuten wird; denn das sind sehr komplexe Marktmodelle, die im Hintergrund laufen. Aber ich kann Ihnen sagen: Das wird spürbar Geld kosten. Trotzdem können Sie sich darauf verlassen, dass wir versuchen werden, auch weiterhin in der gewohnten Größenordnung Ergebnis für den Haushalt zu generieren.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und den Linken.Köln)

Noch ein Wort zu München. Die Stadtwerke München haben aus den 70er-Jahren eine Beteiligung am Kernkraftwerk Isar I. Das heißt, sie sind auf der einen Seite Betroffene wie wir, aber sie haben auf der anderen Seite als einziges kommunales Unternehmen aufgrund dieser Beteiligung einen zusätzlichen Ergebnisbeitrag. Eine Bemerkung sei mir an dieser Stelle dazu gestattet: Immerhin haben sich die Stadtwerke München und ihr Vorstand uneingeschränkt in die Befürworter kommunaler Interessen eingereiht. Sie nehmen hier also keine Sonderposition ein, sondern sagen: Auf lange Sicht ist dadurch auch unsere Strategie, die massiv mit Investitionen in Regenerative verbunden ist, durchaus negativ betroffen.

Zu den Fragen von Herrn Houben: RWE ist mit 20 Prozent an der RheinEnergie beteiligt. Die GEW hält RWE-Aktien. Allerdings stehen diese RWE-Aktien bezüglich ihrer Größenordnung und der garantierten Dividende in keinem Verhältnis

zu dem, was wir an Ergebniseinbußen befürchten.

Sie hatten auch gefragt, ob wir jetzt unsere Aktien verkaufen würden. – Nein, das werden wir grundsätzlich nicht tun, weil wir natürlich auch an langfristigen Dividenden interessiert sind. Das wird RWE weiterhin garantieren. Im Übrigen sind die Kollegen bei RWE auch keine Feinde von uns.

(Beifall von Reinhard Houben [FDP])

Aber sie haben natürlich eine andere Marktposition als wir. Ein Miteigentümer wie die RWE, mit dem wir grundsätzlich zusammenarbeiten, verfolgt an bestimmten Stellen nicht immer die gleichen Interessen wie wir, und an diesen Stellen artikulieren wir unsere Ziele und unsere Interessen, natürlich auch zugunsten der RheinEnergie und – ich sage das ganz bewusst – zugunsten den Interessen des kommunalen Miteigentümers.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Steinkamp. – Eine Wortmeldung von Herrn Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Steinkamp, ich danke Ihnen für die Klarstellung. Das war wichtig; denn nun kann hier niemand mehr behaupten, es gebe verschiedene Gutachten. Ich danke Ihnen, dass Sie hier richtiggestellt haben, dass es nur ein einziges Gutachten dazu gibt – so hatten Sie es mir ja auch heute Morgen geschildert -, nämlich das Gutachten des Öko-Instituts. Aus diesem Gutachten habe ich zitiert und nicht aus irgendwelchen anderen, die vielleicht im Auftrag der Industrie erstellt worden sind.

Herr Börschel, ich bedaure außerordentlich, dass Sie dieses Thema mit so scharfen Worten angegangen sind. Es ist immer die gleiche Situation hier im Rat: Wenn Sie mit Sachargumenten nicht weiterkommen, werden Sie persönlich oder stellen irgendwelche Vermutungen an, die der Sache nicht dienlich sind. So war es auch bei dem Beitrag, den Sie eben hier gebracht haben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Ihnen, Herr Ott, will ich noch Folgendes sagen – ich gebe Ihnen jetzt eine kleine Nachhilfestunde; jede angefangene Stunde kostet ungefähr 100 Euro –:

(Heiterkeit)

Dass wir weiterhin den sogenannten steuerlichen Querverbund haben, ist ein Verdienst dieser Regierung. Ansonsten wäre er längst weggefallen. Das hätte jedoch zur Folge, dass die Gewinne, die die RheinEnergie erwirtschaftet, nicht mehr mit den Verlusten verrechenbar wären, was sich in den Gewerbesteuererinnahmen, die ja unserem Haushalt zugute kommen, erheblich niederschlagen würde. Dann müssten auch erheblich mehr Körperschaftsteuern, die ja hälftig an Land und Bund geht, gezahlt werden. Ich sage noch einmal: Das ist etwas anderes.

Ein Wort noch zu dem, was Herr Dr. Steinkamp zum Schluss gesagt hat: Der entscheidende Punkt hier in diesem Rat ist nicht die Diskussion „Kernkraftwerk, ja oder nein“, sondern dass wir im Aufsichtsrat, in dem wir im Übrigen hervorragend zusammenarbeiten, ein Geschäftsmodell für die Zukunft finden, das dem Unternehmen zum einen ermöglicht, Gewinne in Höhe von 180 bis 200 Millionen Euro zu erzielen, und das zum anderen dafür sorgt, dass das Unternehmen 70 Millionen Euro, die aufgrund des steuerlichen Querverbunds übrig bleiben, weiterhin an die Stadt abführen kann.

Ein letzter Punkt: Auch diese Gesellschaft, nämlich der Stadtwerke-Konzern – es geht hier ja nicht mehr um RheinEnergie, sondern um den Stadtwerke-Konzern – braucht Geld, um seine Kapitalbasis zu verstärken. Ansonsten werden diese Abführungen auf Dauer nicht möglich sein.

(Beifall bei Teilen der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Klipper. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlage ich vor, das Thema zur weiteren Bearbeitung in die zuständigen Fachausschüsse zu überweisen. Wer gegen eine Überweisung in die Fachausschüsse ist, bitte ich um das Handzeichen. – Dagegen ist niemand. Wer enthält sich? – Damit ist das Thema an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 2:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme der Schenkung der Software „Schlaumäuse“ der Firma Microsoft Deutschland GmbH 2039/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Ebenfalls nicht. Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist die Schenkung angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Schnütgen hier: Gotisches Holzrelief mit der „Anbetung der Heiligen Drei Könige“ 3283/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist auch diese Schenkung so angenommen.

Ich bedanke mich im Namen des Rates ganz herzlich sowohl bei der Firma Microsoft als auch bei Frau Edda und Herrn Friedrich-Wolfgang Tegethoff aus Wachtberg für ihre Schenkung zugunsten des Schnütgen-Museums.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion betreffend Förderung umweltschonender Mobilitäts-Befreiung von Parkgebühren für umweltschonende Fahrzeuge“ AN/1431/2010

Gibt es den Wunsch, diesen Antrag zu begründen? – Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Mobilität in unserer Zeit und hier insbesondere die Mobilität in unseren Städten und Großstädten bedarf unter vielen Gesichtspunkten, insbesondere jedoch unter dem Gesichtspunkt klima- und umweltfreundlicher Mobilität, einer anderen Betrachtungsweise und anderer Lösungsansätze, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Dabei geht es nicht um einen stumpfen Dualismus zwischen Individual- und Massenverkehrsmitteln. Nein, meine Damen und Herren, es gilt auch zukünftig die vielfältigen Anforderungen einer modernen und mobilen Gesellschaft zu jeder Tages- und Nachtzeit zufrieden zu stellen. Fachleute sprechen hier vom sogenannten Modal Split, also der Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel.

Daher sind wir geradezu gezwungen, neue Wege zu gehen, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass auf der Agenda eine deutliche CO₂-Reduzierung steht, zu der wir uns als Stadt im Rahmen des Europäischen Bürgermeisterkonvents verpflichtet haben und zu der wir uns im Rahmen der Beratungen um das Klimakonzept auf den Weg machen werden. Aber auch Feinstaub, Smog, die zunehmende Anzahl von PKWs in den Städten und der Anspruch an individueller Mobilität stehen im Fokus dieser umfassenden Betrachtung.

Es gibt heute leider noch keinen Königsweg zur Erfüllung all dieser Ansprüche. Vielmehr ergänzen sich verschiedene Lösungsansätze und Strategien, von der ganz einfachen Variante eines individuellen Verzichts auf motorisierten Transport auf kurzen Strecken oder unnötigen Wegen über den wirtschaftlich verträglichen Ausbau des ÖPNV bis hin zur gemeinschaftlichen Nutzung von Kraftfahrzeugen, dem Carsharing.

Einer dieser Ansätze ist der Einsatz elektrisch betriebener Fahrzeuge, sprich: E-Mobilität. Die Bundesregierung hat hier mit dem Nationalen Aktionsplan E-Mobilität erste Akzente gesetzt und Ziele formuliert und vorgegeben. Ganz konkret startete in Köln im Februar dieses Jahres das Projekt „CologneE-Mobil“, das unsere Stadt zum Vorreiter in diesem Bereich macht.

Die CDU ist sehr stolz, dass Köln auch in diesem Bereich eine hervorgehobene Position innehat. Dieses Projekt verdient unsere weitergehende politische Unterstützung. So verstehen wir unseren Antrag als Beihilfe und Unterstützung sowie als einen weiteren Baustein zu einer Gesamtlösung, Mobilität umwelt- und klimaverträglich zu organisieren und einen

entsprechenden Rahmen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

E-Mobilität mit ihren vielen Komponenten ist eine bedeutende Zukunftstechnologie, eröffnet Köln eine bedeutende Chance und wird ein wichtiger Faktor für den hiesigen Automobil- und Wirtschaftsstandort sein. Deshalb sollten wir alles unternehmen, was dazu beitragen kann, die Bevölkerung hin zur Nutzung der E-Mobilität zu führen, diese im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und die Entwicklung und Markteinführung von Elektrofahrzeugen zu unterstützen.

Klimaschutz und die Förderung nachhaltiger und innovativer Technologien sind für Köln und die CDU-Fraktion von allergrößter Bedeutung. Durch die Befreiung elektrobetriebener Fahrzeuge von den Parkgebühren wollen wir einen zusätzlichen Anreiz schaffen, indem wir umweltbewusste Autofahrer belohnen. Wir wollen damit aber auch für mehr Akzeptanz sorgen und die Entwicklung und den Absatz umweltfreundlicher Fahrzeuge fördern.

Wir wissen, dass dies aufgrund geringer Zulassungszahlen eher nur ein symbolischer Schritt ist, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Deshalb enthält der Antrag außerdem eine weitere Komponente, mit der die Entlastung klimaschonender Fahrzeuge mit emissionsarmen Verbrennungsmotoren vorbereitet werden soll. Hier gilt es in einem ersten Schritt, den finanziellen und personellen Aufwand abzuschätzen.

Meine Damen und Herren, wir verstehen diesen Antrag auch als einen ersten Anstoß zu einer Debatte, die wir in den nächsten Jahren führen wollen und führen müssen. Unser Ziel ist es, wie eingangs schon gesagt, neue Ideen und Konzepte für die Mobilität in unserer Stadt zu entwickeln und zu implementieren.

Ein Wort zum rechtlichen Rahmen: Dieser wird gesteckt durch das Straßenverkehrsgesetz. Das StVG ermöglicht es, Gebühren zu erheben. Ich denke, es gilt im Geflecht von rechtlichen Zusammenhängen eine Lösung zu finden. Sollten die Kollegen und die Verwaltung dagegen Bedenken vortragen, sind wir gerne bereit, Ihnen in Punkt 1 unseres Antrags entgegenzukommen und einen Prüfauftrag zu formulieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Kiel und andere Städte haben es uns vorgemacht. Setzen wir als Rat der Stadt Köln heute ein Zeichen und unterstützen wir gemeinsam das Projekt E-

Mobilität, indem wir den vorliegenden Antrag gemeinsam beschließen. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Kienitz. – Als Nächstes hat Frau dos Santos Herrmann das Wort.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Gestatten Sie mir, vorab eine Frage zu stellen, Herr Oberbürgermeister?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Hat die Verwaltung eine Meinung zu diesem Antrag der CDU, beziehungsweise welche rechtliche Position vertritt sie in dieser Frage, die eine Bewertung erlaubt?

(Zuruf: Stimmt denn die Regie nicht mehr?)

- Doch. Die Regie stimmt schon.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Ralph Sterck [FDP]: Wer erteilt denn hier jetzt das Wort?)

Frau dos Santos Herrmann, ich war geneigt, auf Ihre Frage mit Ja zu antworten. Das wäre aber wahrscheinlich wenig höflich gewesen.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Dann möchte ich meine Frage präziser formulieren.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Bitte, tun Sie das.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Können Sie mir eine rechtliche Bewertung der Verwaltung zu diesem Antrag darstellen?

Beigeordneter Bernd Streitberger: Keine abschließende. Ich will nur so viel sagen: Wir

haben im Augenblick nur zwei wesentliche Informationen: Erstens. Wir wissen, dass die Stadt Kiel das praktiziert. Zweitens. Wir wissen aber nicht, auf welcher Rechtsgrundlage. Nach unserer Einschätzung der Parkgebührenordnung, die ja auf der Straßenverkehrsordnung basiert und die wiederum auf dem Straßenverkehrsgesetz, gibt es im Moment keine rechtliche Handhabe, wie solche Ziele entsprechend rechtssicher unterstützt werden können. Ich will aber auch ganz deutlich sagen, dass wir das noch nicht abschließend bewertet haben.

Insofern bin ich Herrn Kienitz dankbar - ich war ja darauf vorbereitet, zu den rechtlichen Fragen heute Stellung zu nehmen – für sein Entgegenkommen, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln, weil es, wie ich denke, wirklich wichtig ist, in Kiel noch einmal genauer zu recherchieren, welche rechtlichen Grundlagen dort zur Anwendung kommen. Ich glaube, wir werden da auch mithilfe des Deutschen Städtetages absolute Klarheit erreichen können. Das war in der Kürze der Zeit bisher leider nicht möglich. Dafür bitte ich um Verständnis.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, dass Sie mir diese Frage gestattet haben.

(Ralph Sterck [FDP]: Ist die Redezeit von Frau dos Santos jetzt vorbei?)

- Die beginnt gerade erst, Herr Sterck.

(Zurufe: Nein! - Unruhe)

- Doch, selbstverständlich. Ich hatte den Oberbürgermeister um Erlaubnis gebeten, und er hat freundlicherweise meiner Bitte stattgegeben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Verwaltung kann sich jederzeit zu Wort melden.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Verehrte Kollegen von CDU! Das, was Herr Streitberger gerade gesagt hat, bestätigt mich im Wesentlichen in meiner Auffassung, dass Ihr Antrag zwar gut gemeint, aber schlecht gemacht ist. Sie fordern hier etwas, wofür es - jedenfalls zurzeit - noch keine rechtliche Grundlage gibt. Deshalb können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

Wir teilen allerdings Ihre Meinung, dass das ein wichtiges Ziel ist, wobei Ihr Antrag eher eine Maßnahme auf dem Weg hin zu einem umfassenden Klimaschutzkonzept für unsere Stadt ist, das wir im Übrigen schon vor drei Jahren auf den Weg gebracht haben. Lieber Herr Kienitz, bei allem Respekt für Ihr Engagement: Da kommen Sie drei Jahre zu spät.

(Zuruf von der CDU: Warum ist das noch nicht umgesetzt? Sie haben doch die Mehrheit!)

- Die Verwaltung hat bereits vor einiger Zeit einen Zwischenbericht vorgelegt. Ich gehe davon aus, dass sie weiter am Klimaschutzkonzept arbeitet und uns entsprechende Ergebnisse vorlegen wird.

Ich betrachte Ihr Anliegen in der Tat als einen Baustein für ein solches Klimaschutzkonzept. Wenn irgendwann die rechtlichen Grundlagen geschaffen worden sind, dies umzusetzen, sollte man diese Möglichkeit nicht außer Acht lassen. Die rot-grüne Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart – Zitat -:

Wir werden die Förderzwecke des GVFG auf Infrastrukturen für eine klimaschutzorientierte Mobilitätspolitik erweitern (Elektromobilität, Carsharing, Verknüpfung von Individual- und öffentlichem Verkehr) ...

(Zuruf von Karsten Möring [CDU])

Das heißt, wir haben dieses Ziel im Blick. Jetzt müssen die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen werden. Das Land NRW hat sich da auf den Weg gemacht. Offenbar hat die Vorgängerregierung da etwas versäumt.

Wir erwarten von der Stadtverwaltung – wir sind auch optimistisch, dass entsprechende Vorschläge kommen -, dass sie das Anliegen aufgreift und uns praktikable Vorschläge macht, wie wir dieses Anliegen umsetzen können. Elektromobilität und alternative Antriebssysteme sind auch uns ein Anliegen. Wir glauben, dass wir entsprechende Impulse geben können und sollen. Aber wir sehen nicht, dass wir das mit diesem Antrag tun können. Deswegen lehnen wir ihn ab.

Dass andere Städte mit anderen Ideen vielleicht eine rechtsfestere Auffassung haben und uns den einen oder anderen Hinweis geben können, will ich nicht ausschließen. Ich würde deswegen die Verwaltung bitten: Schauen Sie über den

Tellerrand unserer Kommune hinaus und stellen Sie fest, was in anderen Städten gemacht wird. Kiel wurde hier schon angesprochen. Es soll aber noch weitere Kommunen geben, die das tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau dos Santos Herrmann. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Tull, bitte.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen es sehr, dass die CDU Köln sich über umweltschonende Mobilität Gedanken macht. Das ist auch dringend nötig; denn die Bundesregierung heckt gerade einen teuflischen Plan zur Förderung von spritschluckenden und CO₂-emittierenden Autos aus.

(Zurufe bei der CDU und der FDP: Oh!)

Das Ganze nennt sich – aufgepasst! - Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung und führt dazu, dass beispielsweise ein Porsche Cayenne eine bessere Bewertung erhält als ein Smart. Aber das nur am Rande.

(Zurufe)

- Das ist leider so. Es ist sehr traurig, aber wahr.

Leider vermag es auch der hier vorliegende Antrag nicht wirklich, der CDU ein umweltpolitisches Profil zu verleihen; denn bei Licht besehen ist er wenig tauglich, die gewünschten Effekte zu erzielen.

Erstens geht wohl niemand davon aus, dass die Entscheidung für ein elektrobetriebenes Fahrzeug davon abhängig gemacht wird, wie viel Parkgebühren später dafür anfallen werden. Dabei spielen ganz andere Dinge eine Rolle, zum Beispiel der zurzeit leider noch sehr hohe Anschaffungspreis und die mangelnden Aufladestationen. Hier anzusetzen, wäre viel sinnvoller. Der Erlass der Parkgebühren wäre ein Mitnahmeeffekt und hätte höchstens Symbolcharakter.

(Karsten Möring [CDU]: Dafür sind die Grünen nicht empfänglich! Henk van Benthem [CDU]: Das stört die Grüne Verkehrspolitik!)

Zweitens ist es Elektro- oder Hybridautos äußerlich nicht unbedingt anzusehen, dass es sich um solche handelt. Es wäre deshalb notwendig, eine weitere Plakette oder Ähnliches einzuführen, was zu erheblichem bürokratischen Mehraufwand führen würde.

Drittens sind wir haushaltstechnisch nicht in der Lage, auf Einnahmen zu verzichten.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wer sich ein bisschen mit dem Kölner Haushalt beschäftigt, weiß, dass wir uns im Moment Geschenke und Einnahmeverluste nicht leisten können, auch nicht für wünschenswerte Effekte, die wir hier aber nicht sehen. Notwendig ist deshalb eher eine Erhöhung der Parkgebühren. Wenn wir jetzt auf einen Teil der Einnahmen verzichten würden, müssten wir die Gebühren überproportional auf alle anderen verteilen.

Viertens stimmt der Vorschlag auch von der Systematik her nicht. Parkgebühren werden deshalb erhoben, weil der Raum in der Stadt knapp und stark umkämpft ist. Ein Elektro- oder Hybridauto nimmt genauso viel Raum ein wie andere Fahrzeuge. Wenn wir etwas über Parkgebühren steuern wollen, dann die Entlastung der Straßen vom ruhenden Verkehr und den raschen Wechsel von Fahrzeugen in den Einkaufsgebieten. Beides wäre durch den hier vorliegenden Antrag nicht zu erreichen, eher im Gegenteil.

Um wirklich etwas zur Förderung von umweltfreundlicher Mobilität zu tun, gibt es auch in Köln ganz andere Möglichkeiten, beispielsweise endlich die Umweltzone auszuweiten und die Autos mit roten und gelben Plaketten aus dem Stadtverkehr zu ziehen, wie das andere Städte schon längst machen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

oder die städtische Fahrzeugflotte auf andere Antriebe umzustellen - die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sind hier mit gutem Beispiel vorangegangen – und letztlich auch die Infrastruktur zu schaffen, damit Elektromobilität flächendeckend möglich wird.

Wichtig ist auch, zu klären, woher der Strom kommt. Elektromotoren sind nicht per se umweltfreundlich, insbesondere dann nicht, wenn dafür beispielsweise Atomstrom oder fossile Energien eingesetzt werden.

Eine nennenswerte finanzielle Förderung der Elektromobilität kann aber nicht Aufgabe der

Kommune sein. Hier ist insbesondere der Bund gefragt. Doch diese Bundesregierung hält, wie eben lange diskutiert, an veralteten und schädlichen Technologien fest und verhindert damit auch die Förderung von Innovationen im Mobilitätssektor. Deshalb wäre die CDU Köln gut beraten, ihren Einfluss auf Bundesebene geltend zu machen, statt gut gemeinte, aber höchstens symbolträchtige Anträge zu stellen. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist eigentlich schade, dass hier ein Pflänzchen im Keim erstickt wird. Wenn ich den vorliegenden Antrag richtig interpretiere, soll ein Konzept erarbeitet werden. Aber leider hat niemand darüber gesprochen.

Ich halte es zwar für etwas zu schnell, ein solches Konzept bis zum Ende dieses Jahres vorzulegen. Über den Zeitpunkt kann man aber sicherlich reden. Schließlich muss die Verwaltung wahrscheinlich noch recherchieren. Das Thema ist aber auch nicht so eilig und brennt nicht an.

Ich finde es auch bedauerlich, dass die Kollegen von der SPD so etwas ablehnen; denn die Kollegen von der SPD in Wesel haben dort durch ein Ratsmitglied unter dem Motto „Gemeinsam für Wesel“ auch eine Parkgebührenbefreiung für Ökoautos beantragt. Ich kann allerdings nicht sagen, wie diese Sache ausgegangen ist.

In dem Weseler Antrag wird auch erwähnt, dass die Stadt Kiel eine solche Regelung eingeführt hat. Hier kann ich Herrn Streitberger auf die Sprünge helfen; denn die Kollegen von der SPD in Wesel schreiben, dass die Stadt Kiel den Haltern entsprechender Pkw eine Plakette zum Preis von 5 Euro anbietet, die auf drei Jahre befristet ist und ihnen erlaubt, in der gesamten Stadt gebührenfrei zu parken.

Zurück zum Antrag: Wir würden den Antrag im Prinzip unterstützen. Allerdings können wir, wie gesagt, vielleicht noch einmal darüber reden, wann dieses Konzept vorliegen muss. Da sehen wir nämlich immer noch Schwierigkeiten.

Ich würde einfach den Auftrag an die Verwaltung geben, einmal ein bisschen Gehirnschmalz in die ganze Sache zu investieren und in Kiel und anderen Städten nachzufragen. Es gibt auch in Österreich entsprechende Konzepte. Ich habe gesehen, dass Wien und Salzburg auch schon solche Dinge untersucht haben und zu gewissen Schlüssen gekommen sind. Das sollte man in die Konzeption mit einfließen lassen.

Wie gesagt, finde ich es schade, dass das Pflänzchen im Keim erstickt wird. Vielleicht können sich die Kollegen von SPD und Grünen doch noch dazu aufrufen, zumindest einer Erstellung des Konzeptes zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Kirchmeyer. - Wir kommen dann zu Herrn Uckermann. Bitte schön.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben uns bei den Beratungen gefragt: Was mag den Antragsteller dazu bewogen haben, einen derart unspezifischen Antrag vorzubringen, ohne sich über die Gesamtlage im Klaren zu sein?

In der vorletzten Hauptausschusssitzung haben wir dieses Thema ja in Form einer Anfrage angesprochen. Wir wollten einmal die Gesamtrahmenbedingungen geplant haben. Hier haben wir es mit einem Antrag zu tun, mit dem man wohl auf diesen Zug aufspringen wollte.

In diesem Zusammenhang werden jetzt Dinge genannt wie beispielsweise, dass ein Verwaltungsakt hier mit 5 Euro über die Bühne gehen würde.

Uns würde erstens interessieren: Welche Voraussetzungen sind eigentlich dafür zu schaffen? In der Regel kostet ein Verwaltungsakt ja mindestens 70 Euro. Das Ganze wäre für die Stadt also wieder ein Minusgeschäft. Es soll sich doch zumindest tragen, wenn man die Verwaltung hier mit einer Aufgabe betraut.

Zweitens hätten wir gerne gewusst: Wie soll das in den Parkhäusern funktionieren? Wollen Sie eigene Parkhausdetektive engagieren, die dort herumschnüffeln und die Antriebskonzepte prüfen?

Wir haben uns gesagt, dass das in dieser Form natürlich nicht beschlussfähig ist. So etwas gehört normalerweise in Form einer Anfrage in einen Ausschuss. Das muss man langsam entwickeln.

Wir haben eher den Eindruck, dass es sich hier um „Jugend im Rathaus“ oder „Anfänger machen Politik“ handelt. Ich kann das vielleicht so zusammenfassen: Nicht jeder, der mit einem CSD-Wagen durch Köln fahren kann, versteht etwas von Elektromobilität.

Wir können diesem Antrag nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der CDU, nach der Abwrackprämie nun ein pseudo-ökologischer Antrag!

Ihr geborener Koalitionspartner, die FDP, hat wegen der angeblichen Autofeindlichkeit heute sogar versucht, eine Mitgliederwerbeaktion für den ADAC durchführen zu lassen. Das Motto sollte wohl heißen: Bei flotter Fahrt durch die Innenstadt gehören die Fußgänger unter die Erde.

Sie, meine Herren und Damen von der CDU, wollen ebenfalls noch mehr Autos in die Stadt locken. Einmal abgesehen davon, welche Automarken oder -klassen von kostenlosen Parkplätzen profitieren sollen, führt das doch zu der Konsequenz, dass diejenigen, die sich schadstoffarme Autos leisten können, auch noch mit kostenlosem Parken belohnt werden und diejenigen, die sich das nicht leisten können, aller Wahrscheinlichkeit nach auch noch dafür zahlen dürfen.

Aber jetzt zum Konkreten: In Ihrem Antrag werfen Sie Äpfel mit Birnen und alles mögliche Fallobst durcheinander. Sie unterstellen, dass Elektrofahrzeuge umweltfreundlich seien und einen geringen CO₂-Ausstoß hätten. Klar: Der Strom, egal wie er produziert wird, ist sauber; er kommt ja aus der Steckdose.

Wissen Sie eigentlich, dass zum Beispiel ein Smart Diesel - Sie erinnern sich: fossiler

Brennstoff, Feinstäube - einen geringeren CO₂-Ausstoß als ein Elektroauto hat? Und genau das wollen Sie fördern.

Wie wollen Sie es überhaupt klassifizieren? Es gibt weder ein optimales Prüfverfahren noch eine bundesweite Zertifizierung noch sonst irgendein Siegel oder etwas Ähnliches. Wie wollen Sie Ihr Vorhaben also verstanden wissen?

Es gibt Fragen über Fragen. Eine Antwort kann ich Ihnen aber jetzt schon geben: Das Auto mit dem geringsten CO₂-Ausstoß steht zu Hause oder beim Händler; denn wir fahren mit der Straßenbahn. Ich hoffe, Sie auch bald!

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Stahlhofen. - Jetzt noch Herr Streitberger, bitte.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich fühle mich bemüßigt, noch einmal auf die Ausführungen von Frau Kirchmeyer einzugehen.

Frau Kirchmeyer, ich glaube, ich hatte in meinem ersten Beitrag schon gesagt, dass wir das Beispiel aus Kiel kennen. Wir kennen auch die österreichischen Beispiele. Dort gilt eine andere Straßenverkehrsordnung; ich hoffe, dass Sie das nachfühlen können.

Ich habe hier das Dokument der Stadt Kiel, in dem sie nicht nur Elektrofahrzeugen, sondern allen Fahrzeugen, die bis zu 120 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen - das ist eine relativ hohe Grenze, denke ich -, die Möglichkeit gibt, bis zu zwei Stunden frei in der Innenstadt zu parken. Die Parkzeit muss dann über eine Parkscheibe belegt werden.

An diesem Dokument der Stadt Kiel fällt auf, dass darin keine Rechtsgrundlage genannt wird. Es wird nicht ein einziges Gesetz herangezogen - kein Paragraf. Das finde ich für ein kommunales Dokument bemerkenswert. Deswegen sind wir in dieser Angelegenheit so unsicher.

Frau Kirchmeyer, ich wollte Ihnen nur Folgendes deutlich machen: Wir haben uns um die Sache gekümmert. Aber wir wissen noch nicht, auf welcher Rechtsgrundlage die Stadt Kiel diese Regelung erlassen hat. Und das interessiert uns in der Tat auch noch.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. - Herr Kienitz noch einmal.

(Zurufe: Oh!)

Niklas Kienitz (CDU): Ich werde ja wohl noch etwas sagen dürfen. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wenn man die Debatte zusammenfasst, stellt man fest, dass auch von den Kollegen zu meiner rechten Seite inhaltlich nicht viel Widerspruch kam, sondern eher das dumpfe Gefühl vermittelt wurde: Oje, die haben etwas gefunden, was wir eigentlich ganz gut finden; wir lehnen das einmal in Bausch und Bogen ab und suchen uns Punkte heraus, wie wir das wegbügeln können.

Ich habe in meinem Redebeitrag aber auch angeboten, den Punkt 1 als Prüfauftrag zu formulieren und einmal insgesamt in einem Konzept darzustellen, welche Möglichkeiten es gibt, entsprechend tätig zu werden und CO₂-arme Pkw oder eben Elektroautos von den Parkgebühren zu befreien. Es gibt ja auch noch die Alternative, Sondernutzungsflächen auszuweisen. Beispielsweise beim Carsharing geht das schließlich auch.

Ich möchte also darum bitten, das entsprechend aufzunehmen.

Den zeitlichen Horizont - „bis zum Ende des Jahres“ - würden wir dann auch streichen. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Kienitz. - Sie haben Ihren Antrag ein wenig modifiziert und zwar im Sinne eines Prüfauftrages. Gleichzeitig haben Sie eine Reduzierung um den Passus „bis zum Ende des Jahres“ vorgenommen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag der CDU-Fraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und Herr Hoffmann.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind die klassischen Umweltparteien!)

Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu:

**3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
„Resolution für die Beibehaltung des
Stadtteilbezugs bei
Sonderöffnungszeiten im
Ladenöffnungsgesetz“
AN/1551/2010**

Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr
Oberbürgermeister - -

(Das Mikrophon ist nicht eingeschaltet)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe
Ihnen Saft.

Reinhard Houben (FDP): Danke. Saft und Kraft
durch den Oberbürgermeister! Was kann man
als Liberaler im Rat der Stadt Köln noch mehr
verlangen?

Meine Damen und Herren! Herr
Oberbürgermeister! Wir brauchen bei diesem
Antrag ebenfalls Saft und Kraft, vor allen Dingen
auch Unterstützung aus der SPD. Es geht
nämlich um ihren neuen Minister, Herrn
Schneider, den Arbeitsminister der Regierung
Kraft in Düsseldorf, der sich im Moment
hauptsächlich dadurch hervortut, dass er
unterschiedliche Vorschläge macht, inwieweit
man die Öffnungszeiten und die Arbeitszeiten an
Sonntagen reduzieren kann.

Nun wissen wir aus der Kölner Erfahrung, dass
es zum Beispiel in der Konsensrunde immer
Tendenzen gegeben hat, die gesetzlichen
Möglichkeiten, die die alte Landesregierung
geboten hat, nicht voll auszunutzen. Obwohl wir
uns damals mit unserer, ich sage einmal,
Komplettposition nicht durchsetzen konnten,
glauben wir, dass wir in dieser Konsensrunde am
Ende doch zu einem Ergebnis gekommen sind,
das alle tragen konnten: die Kirchen, die
Arbeitgebervertreter, die Arbeitnehmervertreter
und auch die jeweiligen Initiatoren in der Stadt,
wenn es um Sonntagsöffnungszeiten ging.

Diesen Konsens sollten wir jetzt nicht von
vornherein infrage stellen; denn der
Arbeitsminister - und ich nehme ihn da durchaus
ernst, meine Damen und Herren - hat gesagt:
Wenn es denn um eine Regelung der
Sonntagsöffnungszeiten geht, dann betrachte ich
das stadtweit. - Gut, Herr Schneider kommt aus

Gütersloh; da kann man das vielleicht ein
bisschen anders beurteilen.

Wir in einer Großstadt haben aber natürlich
andere Erfahrungen gemacht; denn wenn wir
uns auf drei offene Sonntage in Köln einigen,
diese aber sowohl in der Innenstadt als auch in
den jeweiligen Stadtteilen durchgeführt werden,
ist das Ergebnis vollkommen klar: In der
Innenstadt brummt es, während in Porz, in Riehl,
in Rodenkirchen und in Lindenthal nichts
stattfindet.

Eigentlich sind wir doch einmal angetreten und
haben gesagt: Wir wollen gerade in der Fläche
die kleineren Unterzentren und Mittelzentren
dadurch unterstützen, dass sie die Möglichkeit
haben, unabhängig von der City am Sonntag
Öffnungszeiten zu organisieren, zum Beispiel im
Rahmen erfolgreicher Straßenfeste. Da gibt es
zum Beispiel das Fest auf der Dürener Straße
und das Fest auf der Berrenrather Straße, aber
auch verschiedene andere Veranstaltungen in
Porz und in Kalk - eigentlich in allen Stadtteilen.

Deswegen bitten wir Sie, Ihrem Minister zu
signalisieren: Vergleiche nicht Hückeswagen-Ko-
beshofen mit der Stadt Köln.

Wir brauchen eine Differenzierung, was die
Ladenöffnungszeiten angeht, damit sich der
Erfolg einstellt, den auch viele dieser
Unternehmen brauchen. Machen wir uns nichts
vor: Einige dieser einzelnen Öffnungstage
bringen erhebliche - zum Teil zweistellige -
Prozentpunkte, was den Jahresumsatz angeht.

Machen wir also nicht diese Möglichkeit kaputt,
indem wir solche Öffnungszeiten auf die
Gesamtstadt beziehen! Am Ende stärken wir
damit die ohnehin starken Standorte in der
Innenstadt, während es in der Fläche Verluste an
Umsatz und Zuspruch gibt. Damit gefährden wir
diese Standorte, die auch für die
Normalversorgung unserer Bürger wichtig sind.

Deswegen würden wir uns freuen, wenn Sie
unserem Antrag zustimmen würden. - Danke
schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke,
Herr Houben. - Wir kommen zu Herrn Schultz.
Bitte.

Alfred Schultz (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Politiker dürfen ja überhaupt nichts annehmen - außer Vernunft. Daher danke ich Herrn Houben und der FDP-Fraktion dafür, dass sie jetzt unseren Vorschlag so dankbar aufgegriffen und daraus eine eigene Resolution erstellt haben. Vielen Dank an die FDP-Fraktion!

Aber wenn man einen Antrag zur falschen Zeit und an der falschen Stelle stellt, passiert es auch schon mal, dass man eine Ablehnung kassiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, für Ihren Antrag gibt es derzeit überhaupt keine Veranlassung, da derzeit überhaupt keine gesetzgeberische Initiative vorhanden ist. Es ist zwar korrekt, dass SPD und Grüne auf Landesebene beabsichtigen, Regelungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen zu treffen. Aber - deswegen muss man ganz einfach sagen, dass die FDP hier unnötigerweise vorprescht und die Pferde scheu macht - die Landesregierung wird die Evaluierung der Gesetze im Dialog mit Handel, Gewerkschaften, Kommunen und Kirchen vornehmen und dann die Wirkung und die Rechtslage bewerten.

Neue Regelungen zu den verkaufsoffenen Sonntagen sollen außerdem - so steht es im rot-grünen Koalitionsvertrag für NRW; den können Sie sich selbst ansehen; er ist im Internet für jeden frei zugänglich - an die Größe und Struktur der Kommunen geknüpft werden. Natürlich inkludiert dies auch den Stadtteilbezug.

SPD und Grüne in NRW wollen die Anlässe für einen verkaufsoffenen Sonntag konkret ausstatten. So werden Schwachstellen, die die schwarz-gelbe Vorgängerregierung eingebaut hat, ausgemerzt.

All dem können wir hier in Köln aber gelassen entgegensehen; denn wir haben die schwarz-gelbe Aufweichung des Sonntagsschutzes nicht mitgemacht und uns über die Konsensrunde schon immer freiwillig beschränkt. Das Maximum an verkaufsoffenen Sonntagen, das uns die FDP in Düsseldorf zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschert hat, haben wir nie ausgeschöpft. Ich habe es im November des vergangenen Jahres hier gesagt und sage es jetzt noch einmal: Das hat dem sozialen Frieden in unserer Stadt gutgetan. - Das in der Konsensrunde gefundene Kölner Modell „21 plus 3“ ist ein vernünftiger Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen.

Aber dieser Antrag war ja von der FDP zu erwarten, die hier im Rat noch im November 2009 für einen vierten verkaufsoffenen Sonntag in der Kölner Innenstadt unmittelbar im Anschluss an die Weihnachtsfeiertage votiert hat.

Sie haben den Antrag allerdings, wie wir soeben festgestellt haben, nicht nur zur falschen Zeit gestellt, nämlich viel zu verfrüht; Sie haben ihn auch noch an der falschen Stelle gestellt, nämlich hier im Rat der Stadt Köln. Warum stellen Sie diesen Antrag nicht dort, wo er hingehört, nämlich im Landtag NRW?

Nach allem bleibt uns nur eine Möglichkeit, nämlich Ihren Antrag abzulehnen. Davon werden wir auch Gebrauch machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Schultz. - Wir kommen dann zu Herrn Gey. Bitte.

Herbert Gey (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade gehört, dass es sich hier um eine Initiative handelt, die diskutiert wird. Es geht also noch nicht darum, dass wir ein bestehendes Gesetz verändern wollen. Wenn es um Initiativen geht, kann man aber auch den Anfängen wehren. Wenn man den Anfängen wehrt, kann man sich eine ganze Menge Ärger im Nachhinein ersparen.

Lassen Sie mich aber zur Resolution kommen. Seit elf Jahren bin ich Mitglied dieses Rates, und seit elf Jahren bin ich Mitglied des Wirtschaftsausschusses. Soweit ich mich erinnere - das können einige Kollegen möglicherweise bestätigen -, führen wir hier in Köln seit elf Jahren jedes Jahr eine Diskussion über einen sogenannten Ladenöffnungskonsens. Ich kann Ihnen nur sagen - für die Kollegen, die noch nicht so lange im Rat sind -, dass wir, gerade die vier demokratischen Parteien, dort immer auf vernünftige Weise zu vernünftigen Ergebnissen gekommen sind. An dieser Stelle muss ich Herrn Schultz recht geben: Es ist nicht jeder zu seinem ausschließlichen Recht gekommen. Aber es war immer ein vernünftiger Konsens, der tragfähig war.

In diesem Zusammenhang möchte ich insbesondere auf den Konsens im Jahre 2009 hinweisen, für den gerade Herr Kahlen mit seiner

Verwaltung wirklich gute Vorarbeit geleistet hat. Das Ergebnis ist von allen in dieser Form mitgetragen worden und wird auch von den Ladeninhabern akzeptiert.

Ich denke einmal, dass wir uns insoweit einig sind. Wenn aber Herr Minister Schneider diese Diskussion aufbringt, müssen wir - das hat Herr Schultz auch schon gesagt - an die Bezirkszentren denken. Wir sind als eine Metropole, als eine Millionenstadt schon anders zu bewerten als eine Stadt wie Bergisch Gladbach. Um Gottes willen; ich will Bergisch Gladbach hier nicht zu nahe treten. Aber wir müssen auch an die Bezirkszentren denken - insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass die Bezirkszentren durch die großen Einkaufszentren in der Tat ziemlich stark gefährdet sind. Deshalb müssen wir verhindern, dass es dort zu einer weiteren Ausblutung kommt.

Wir müssen als vier demokratische Parteien den Mut haben, im Vorfeld dieser Diskussion darauf hinzuwirken, dass es zu einem vernünftigen Konsens kommt, wie ihn das Kölner Modell darstellt. Darum wird in dieser Resolution gebeten. Deswegen können wir dieser Resolution auch zustimmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich gar nicht auf die von Rot-Grün geplante Gewerbesteuererhöhung eingehen. Das ist ein weiterer Schritt, der die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Köln betrifft. Wir sollten alles vermeiden, was diesen Wirtschaftsstandort Köln gefährdet und die Leistungsfähigkeit unseres Handelns in Gefahr bringt.

Liebe Kollegen, wir von der CDU werden dieser Resolution beitreten. Ich habe die Hoffnung gehabt, dass Sie das auch tun. Herr Schultz hat diese Hoffnung mit seinem letzten Satz aber mehr oder weniger enttäuscht. Ich bin der Meinung: Wir sollten diese Resolution alle zusammen mittragen - wehret den Anfängen! - und auf Herrn Schneider im Zweifelsfall so einwirken, dass es bei dem Kölner Modell, wie es zurzeit existiert, bleibt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Gey. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, der von Ihnen vorgelegte Antrag hat schon eine gewisse Kuriosität; denn die FDP war es ja, die im November 2009 in der entscheidenden Ratssitzung mit Verve - um nicht zu sagen: mit Schaum vor dem Mund - den Konsens in Bausch und Bogen abgelehnt hat. Von den demokratischen Fraktionen war sie die einzige, die brachial dagegen gestimmt hat. Von daher frage ich mich: Seit wann interessieren Sie sich überhaupt für dieses Thema?

Des Weiteren muss man festhalten, dass wir uns derzeit überhaupt nicht in einem Novellierungsverfahren des Ladenöffnungsgesetzes befinden. Derzeit gibt es lediglich zwei Äußerungen.

Zum einen hat der neue Arbeitsminister Guntram Schneider in der *Rheinischen Post* vom 22. Juli 2010 auf die Frage „Wird in NRW sonntags zu viel gearbeitet?“ erklärt:

Ja. Natürlich müssen etwa Polizei, Krankenhäuser und Feuerwehren auch sonntags arbeiten. Darum geht es nicht. Aber unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung haben sich so viele Ausnahmeregelungen eingeschlichen, dass die Sonntagsarbeit inzwischen in gefährlich vielen Branchen normal geworden ist. Wir müssen wieder mehr auf den arbeitsfreien Sonntag achten. Ich bin gespannt, wie der katholische Oppositionsführer Karl-Josef Laumann darauf reagiert.

Das ist seine Position. Diese Position ist in den letzten Jahren auch immer wieder kritisch sowohl von SPD als auch von den Grünen thematisiert worden.

Zum anderen ist im Koalitionsvertrag für NRW festgehalten worden, eine Evaluierung des Ladenöffnungsgesetzes vorzunehmen. Es wird also erst einmal eine Untersuchung geben. In diesem Zusammenhang muss geklärt werden, welche Regelungen sich bewährt haben und welche nicht. Anschließend wird diese Evaluierung höchstwahrscheinlich in ein Gesetzgebungsverfahren einlaufen. Da wird es natürlich auch Anhörungen geben; das ist völlig richtig. Dann ist der richtige Zeitpunkt gekommen - wenn wir nämlich überhaupt über die Fakten Bescheid wissen -, zu entscheiden, inwieweit sich der Rat der Stadt Köln dort einmischen soll.

Deshalb besteht überhaupt kein Anlass, sich jetzt zu irgendeiner Detailfrage zu äußern. Vielmehr steht an, dass wir unsere jetzige Regelung fortsetzen, die wir im November 2009 mit breiter Mehrheit beschlossen haben.

Ich verbinde das auch mit der Bitte an die Verwaltung - die ja weiß, dass unsere Regelung Ende des Jahres ausläuft -, die Ausschüsse rechtzeitig damit zu befassen.

Dann steht folgendes an - und da bin ich gespannt -: Nach den Äußerungen der FDP müssten wir dann ja einen nahezu einstimmigen Beschluss hinbekommen. Unser berühmtes Modell „21 plus 3“, müsste dann also auch von der FDP unterstützt werden.

(Beifall von Barbara Moritz
[Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn das so geschieht - wir werden ja den Test machen -, haben wir eine andere Lage. Zuerst muss aber klar sein, wo die FDP wirklich steht. Alles weitere ist dann Angelegenheit des Gesetzgebungsverfahrens.

Jedenfalls ist dieser Antrag nicht ernst zu nehmen. Vor dem Hintergrund der scharfen Polemiken, die von der FDP immer gegen Regelungen, die sowohl dem Schutze des Sonntags als auch dem Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dienen, vorgebracht worden sind, können wir ihn einfach nicht ernst nehmen. Und Anträge, die eher Juxcharakter haben, werden in der Regel abgelehnt. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Dann kommen wir zu Herrn Uckermann. Bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vorweg darf ich sagen: Die Bürgerbewegung pro Köln beantragt die Verweisung dieses Antrags in den Fachausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie in den Wirtschaftsausschuss.

Prinzipiell sind wir diesem Antrag nicht ablehnend gegenüber eingestellt. Ich muss aber doch feststellen, dass man beim Stadtteilbezug, der hier angesprochen wurde, in letzter Zeit nicht immer die Ziele erreicht hat, die man an sich

erreichen sollte. Wenn man wirklich mit den Leuten vor Ort spricht - nicht nur immer mit denen, die sich eine Lobby leisten können, nicht nur immer mit den Filialisten, sondern wirklich einmal mit dem Fachgeschäft vor Ort in Dellbrück, in Neuehrenfeld oder in Longerich -, dann sagen Ihnen die Leute, dass ihnen diese Sonntagsöffnungszeiten nicht immer das bringen, was man verspricht, sondern dass sie höhere Kosten haben und dass der Werbeeffect zweifelhaft ist.

Außerdem - das wird auch immer stärker - nimmt man einen Anlass, der nicht mehr direkt im Veedel zu suchen ist, sondern von außen hereingetragen wird, nämlich irgendeine Straßenkirmes oder ein Straßenfest, das nicht von den Händlern organisiert wird, sondern von Profis, die damit quasi durch Köln tingeln. Dann sind alle gezwungen, mit aufzumachen. Gerade die kleinen Geschäfte, bei denen es sich noch um Familienbetriebe handelt, würden lieber nicht öffnen. Sie machen mit auf, weil die anderen das ja auch alle machen müssen.

Dafür müssen natürlich Lösungen gefunden werden. Die Anlässe müssen konkret im Stadtteil liegen, sodass man dann auch mit seinen Kunden kommunizieren kann. Wenn es eine Kundschaft ist, die von lauter Musik und Tanz angezogen wird, nimmt sie diese kleinen Fachgeschäfte im Veedel gar nicht mehr zur Kenntnis.

Wir sind der Meinung, dass das intensiv in den Fachausschüssen, die ich eben genannt habe, diskutiert werden muss. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte, bitte. - Herr Detjen, bitte schön.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, was von Ihrem Antrag zu halten ist, hat Herr Frank ja relativ freundlich gesagt. Ich finde ihn eher dreist und auch demagogisch.

Sie schreiben in Ihrem Antrag - ich verkürze das Zitat einmal etwas -, die Konsensrunde habe sehr erfolgreich gearbeitet. Historisch ist es aber wie folgt - wir haben es extra noch einmal herausgesucht -: Am 24. März 2003 hat die FDP im Wirtschaftsausschuss den Antrag von CDU und Grünen abgelehnt, eine Konsensrunde zu bilden. Herr Houben soll laut Protokoll gesagt

haben, das sei unverhältnismäßig. - Das war im Jahre 2003.

(Reinhard Houben [FDP]: Wir haben dazugelernt!)

- Ja, ich will das ja nur sagen. - Am 13. November 2008 ging es sogar noch weiter. Die FDP hat nicht nur einen vierten Sonntag beantragt, sondern auch, dass die Konsensrunde aufgelöst wird. Ich weiß nicht, ob Sie Ihre Anträge noch einmal durchgesehen haben. Sie haben beantragt, die Konsensrunde aufzulösen. Und jetzt sagen Sie, die Konsensrunde habe gut gearbeitet! Meine Damen und Herren, wenn man einen solchen Wechsel macht, kann ich das doch gar nicht mehr ernst nehmen.

Herr Gey, ich bin ein bisschen enttäuscht von Ihnen - man kennt doch seinen Pappenheimer, mit dem man da zusammenarbeitet -, dass Sie das nicht wenigstens einmal recherchiert haben und auf diesen Bluff auch noch hereinfliegen.

(Zuruf von Herbert Gey [CDU])

- Herr Gey, Sie waren mal Vorsitzender des Wirtschaftsausschuss. Dass Sie darauf reingefallen sind, verblüfft mich doch - zumal es auch noch ein Zitat der FDP aus dem Jahre 2005 gibt, das ich Ihnen jetzt einmal vorlesen möchte.

(Zuruf von Herbert Gey [CDU])

- Nein, ich bin doch freundlich zu Ihnen. Schließlich haben Sie die Konsensrunde seinerzeit mitgetragen. Die SPD hat damals auch gegen die Konsensrunde gestimmt. Sie und die Grünen haben sie eingeführt. Wir haben sie auch immer gefordert; gar keine Frage. Deswegen gehen wir völlig d'accord.

Die FDP hat im Jahre 2005 erklärt - ich zitiere hier Herrn Marco Mendorf, der die Kirche kritisiert, weil sie gegen die Sonderöffnungszeiten zum Weltjugendtag ist -:

Die Blockadehaltung von DGB und Katholikenausschuss gegen die geplante Sonderöffnung beim Weltjugendtag ist unerträglich, ...

(Beifall bei der FDP)

- Klatschen Sie ruhig. - Das Argument von Frau Barscherer, die Besucher des Weltjugendtages kämen nicht zum Einkaufen nach Köln, lässt er nicht gelten:

Bei der Katholischen Kirche gilt wohl das Motto: Wenn's die Kirche will, stehen alle Räder still.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss wohl nicht weiterreden. Sie haben da in Sachen Ladenschluss keinen richtigen Bündnispartner, glaube ich. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön. - Es hat sich noch einmal Herr Sterck für die FDP gemeldet. Bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Manchmal ist es wirklich schwer, zu ertragen, wie die Argumente hier verdreht werden, damit das Abstimmungsverhalten noch irgendwie begründet werden kann.

Eigentlich habe ich das Gefühl - vor dieser Debatte hatte ich auch die entsprechende Hoffnung -, dass wir in diesem Rat in der Sache ziemlich einer Meinung sind und den Stadtteilen die Möglichkeit erhalten wollen, dass dort verkaufsoffene Sonntage in bisheriger Form stattfinden können.

Jetzt wird hier viel Valium ausgeteilt. Herr Schultz und Herr Frank beteuern, niemand habe die Absicht, den Stadtteilbezug abzuschaffen.

In diesem Zusammenhang hat Herr Frank hier ein Zitat aus der *Rheinischen Post* vorgetragen. Herr Frank, das ist das falsche Zitat, das Sie sich herausgesucht haben oder haben heraussuchen lassen. Sie hätten besser die *Westfälischen Nachrichten* vom 3. August 2010 zitiert. Darin wird die Absicht des Ministers nämlich besser wiedergegeben. Auch da hat er ein Interview gegeben. Auf die Frage „Sie haben angekündigt, Herr Minister, die Regelung zum Ladenschluss zu überprüfen. Was genau haben Sie vor?“ sagt Herr Schneider dort:

Das Ladenschlussgesetz erlaubt jedem Stadtteil pro Jahr vier verkaufsoffene Sonntage. In Städten wie Köln gibt es so faktisch keinen verkaufsfreien Sonntag mehr. Diese Lücke wollen wir schließen.

Dort wird seine ganz klare Absicht deutlich. Köln wird mit der Regelung, die wir hier gefunden

haben, als abschreckendes Beispiel benutzt. Ich werde gleich auch noch etwas zu unserem Verhältnis zur Konsensrunde sagen. Er nutzt Köln also als abschreckendes Beispiel.

Das war für uns der Ansatzpunkt, zu sagen: Dort ist Gefahr im Verzug. Da passiert bei dem Minister etwas. Er hat falsche Vorstellungen. - Auch die Vorstellung, hier gebe es keinen verkaufsfreien Sonntag mehr, ist ja falsch.

An dieser Stelle sind wir auch bei der Konsensrunde. Ich kann Ihnen einmal genau erklären, was die Position der FDP ist. Wir wollten nämlich - und das war immer so - mehr. Wir wollten nicht 21 plus 3; wir wollten 21 plus 4. Das war unser Ansatz. Wir haben gesagt: Das Land gibt uns diese Möglichkeit. Die umliegenden Städte - Frechen, der Hürth Park, das Rösrather Möbelzentrum - nutzen alle die vier verkaufsoffenen Sonntage, während sich die Stadt Köln hier auf Votum der Konsensrunde beschränkt.

Das haben wir als FDP kritisiert. Deswegen haben wir es abgelehnt. Das ist das, was Marco Mendorf früher hier gesagt hat; denn wir wollten mehr für den Kölner Einzelhandel.

Meine Damen und Herren, Sie können hier viel Valium verteilen und sagen, das finde alles nicht statt. Der Minister hat sich in dem von mir zitierten Interview der *Westfälischen Nachrichten* vom 3. August 2010 - ich gebe es Ihnen gerne gleich herüber - entsprechend geäußert. Aus unserer Sicht - deswegen haben wir diese Resolution eingebracht - ist hier Gefahr im Verzug.

Vielleicht regeln Sie das mit Ihren Parteifreunden in Düsseldorf anders. Vielleicht wird das hinter den Kulissen aus dem Verkehr gezogen. Vielleicht kriegen Sie das hin.

Ich sage Ihnen aber, meine Damen und Herren: Wenn der Gesetzentwurf irgendwann einmal vorliegt und der Minister das hat dort hineinschreiben lassen, dann ist es ganz, ganz schwer, von einer solchen Sache wieder abzukommen.

Vor diesem Hintergrund ging es uns darum, hier frühzeitig klarzustellen, welche Position der Rat der Stadt Köln hat. Wir hätten jetzt die einmalige Chance, mit breiter Mehrheit einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Schreiben Sie einen Änderungsantrag; formulieren Sie es, wie Sie wollen. Wir hätten die große Chance gehabt, das heute mit breiter Mehrheit zu

beschließen. Sie wischen das einfach so weg. Das finde ich sehr, sehr schade.

Vielleicht kommen wir noch einmal darauf zurück, wenn der Gesetzentwurf vorliegt. Vielleicht bringen Sie aber auch so den Minister zur Vernunft. Ich will nur, dass die Möglichkeiten für den Einzelhandel gerade in den Stadtteilen erhalten bleiben. Reinhard Houben hat es richtig gesagt: Diese Sonntagsöffnungen sind wichtig für die Straßenfeste, für die ganzen Veedelsfeste, die wir haben. Das bedingt sich alles gegenseitig.

Es wäre ein großer Schaden für die Stadtteile und für die Stadteifeste sowie für den Einzelhandel, wenn wir diese Möglichkeit der 21 Sonntage hier in Köln nicht mehr hätten.

Ich hoffe, dass Sie das auf anderem Wege sicherstellen, wenn Sie schon die Möglichkeit ausschlagen, hier mit breiter Mehrheit eine entsprechende Resolution zu beschließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte. - Herr Detjen direkt dazu.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Sterck, ich habe eine Frage an Sie. Trifft es zu, dass die FDP zur Ratssitzung am 13. November 2008 einen Antrag mit der Überschrift „Umsetzung der Regelungen des Ladenöffnungsgesetzes für den Kölner Einzelhandel“ eingebracht hat?

Dieser Antrag umfasst drei Punkte. In Punkt 3 steht:

Die bisher bestehende Konsensrunde wird aufgelöst.

Punkt, Ende.

Ralph Sterck (FDP): Herr Detjen, Sie hätten Ihre Energie nicht jetzt in Ihre Beine investieren sollen, um zum Mikrofon zu gehen, sondern gerade in Ihre Ohren. Ich habe es nämlich eben gesagt: Die FDP hat die Konsensrunde kritisiert, weil sie uns zu wenig gemacht hat.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Nein, Sie wollten sie auflösen!)

Wir wollten 21 plus 4. Das haben die Vertreter der Gewerkschaften gemeinsam mit der SPD

und die Vertreter der Kirchen gemeinsam mit der CDU in der Konsensrunde verhindert. Deswegen haben wir die Konsensrunde immer entsprechend kritisiert.

Was sie uns aber gebracht hat - und das ist das Positive, was Sie jetzt in unserem Antrag finden -, ist die Zahl 21, also die Tatsache, dass wir an 21 verschiedenen Sonntagen in 86 verschiedenen Stadtteilen Sonderöffnungszeiten haben. Das hat die Konsensrunde uns gebracht. Dieses Lob haben wir ihr jetzt ausgesprochen. Hier besteht also überhaupt kein Widerspruch.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch ein Wort von Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Sterck, ich kann nur Folgendes sagen: Das ist doch einfach nicht fair. Dann muss man wenigstens sagen - - Kritisieren können Sie vieles und immer; gar kein Problem. Wir haben uns über die Ladenöffnungszeiten völlig und oft gestritten; gar keine Frage. Aber Sie haben immer gesagt, die Konsensrunde bräuchten wir nicht. Dann muss man auch schon mal offen und ehrlich sagen: Da haben wir uns getäuscht; jetzt sehen wir die Sache anders. - Das ist wirklich das Mindeste, was dann von den Lippen kommen muss, anstatt einfach so zu tun wie Tulpe.

(Ralph Sterck [FDP]: Er hat doch gesagt: Wir haben dazugelernt! - Was wollen Sie denn noch?)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zum Ende. Wir wollen jetzt nicht einen reinen Dialog führen. - Ein Einwand von Herrn Houben, und dann kommen wir zur Abstimmung.

Reinhard Houben (FDP): Herr Detjen, ich wiederhole es; vielleicht haben Sie es wirklich besser mit den Beinen als mit den Ohren. Ich habe gesagt: Wir haben dazugelernt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Das sind alle Wortmeldungen zu diesem Thema gewesen. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion.

Wir haben zunächst einen weitergehenden Antrag der Fraktion pro Köln, nämlich einen Überweisungsantrag. Wer stimmt dem Antrag der Fraktion pro Köln auf Überweisung an den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie den Wirtschaftsausschuss zu? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Entscheidung über den Antrag der FDP-Fraktion. Wer für den Antrag der FDP-Fraktion ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion pro Köln. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu den weiteren Anträgen, und zwar zunächst zu folgendem Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln:

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Resolution: Al-Aksa TV stoppen!“ AN/1377/2010

(Markus Wiener [pro Köln]: Das ist jetzt ein normaler Antrag!)

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diesen Antrag haben wir als Dringlichkeitsantrag gestellt, als er aktuell war. Daran sieht man, wie lange der Rat nicht mehr getagt hat. Jetzt ist das natürlich ein regulärer Antrag.

Darum haben wir heute auch so viele Anträge auf der Tagesordnung, weil der Rat so lange Pause gemacht hat bzw. weil der Oberbürgermeister nicht wollte - oder nicht konnte -, dass diese wichtigen Themen behandelt werden.

Es geht um Al-Aksa TV. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir in Deutschland Fernsehsender haben, die radikales fundamentalistisches Gedankengut verbreiten. Anlass für den Antrag waren auch die antisemitischen Übergriffe in Hannover. Es hat sich herausgestellt, dass dieses Al-Aksa TV maßgeblich daran beteiligt war.

Unser Antrag zielt darauf ab, dass die Stadt Köln keinerlei Unterstützung für diesen Sender zur Verfügung stellt. Zum Beispiel geht es darum, dass in den Jugendzentren technische

Maßnahmen ergriffen werden, damit Al-Aksa TV dort nicht mehr empfangen werden kann. Außerdem soll die Medienschutzstelle, die wir im Jugendamt haben, dafür sensibilisiert werden.

Wir sehen eine ganz große Gefahr darin, dass dieser importierte Fremdnationalismus hier auf deutschem Boden Fuß greift. Da sagen wir eben: Wehret den Anfängen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu:

3.1.4 Antrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Geplanter Kreisverkehr Roonstraße/ Lindenstraße“ AN/1539/2010

Herr Hoffmann, bitte.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Da bin ich wohl ein bisschen zwischen die Räder gekommen, also zwischen die Anträge einer bestimmten Fraktion. Damit muss man aber leben, auch wenn sich der Saal ein bisschen geleeert hat.

Mein Thema ist der Kreisverkehr.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Mein Thema ist der Kreisverkehr?)

- Ja, Frau Moritz; da kreist doch einiges in der Gegend herum. - Die Diskussion über das Für und Wider des Kreisverkehrs, der in einigen Bereichen auch mit dem Turbokreisel geregelt wird und geregelt werden soll, macht auch in Köln nicht halt - und das zu Recht. Es wird angenommen, dass ein Kreisverkehr in der Regel den Verkehrsfluss positiv begünstigt.

Allerdings ist das nur ein Aspekt. Die Sicherheit gerade für Radfahrer - und davon gibt es in Köln bekanntlich sehr viele - ist in einem solchen

Kreisel nicht gerade die optimale. Untersuchungen haben ergeben, dass die Unfallhäufigkeit hier durchaus steigen kann; die #Peierzgasse ist ein Beispiel dafür. Wenn wir signalgeregelt Kreuzungen in einen Kreisverkehr umbauen, wollen wir aber etwas verbessern - und nach Möglichkeit auch finanzielle Einsparungen nachweisen können.

Ebenso sollten sich diese Veränderungen in einem Gesamtkonzept wiederfinden - einem Verkehrskonzept, das hier den Bereich des Masterplans Innenstadt und die anschließenden Stadtteile berücksichtigt. Bevor wir also Geld in die Hand nehmen, um es in die Umgestaltung der Kreuzung Roonstraße/Lindenstraße zu investieren, sind die Vorschläge Speers mit zu berücksichtigen.

Hier stellen sich unter anderem folgende Fragen:

Wie könnte die zukünftige Verkehrsführung für den Individualverkehr und den öffentlichen Personennahverkehr umgesetzt werden?

Welches sind die vernünftigsten Ausfallstraßen? Vielleicht werden auch Straßen neu umgewidmet.

Welches sind die Maßnahmen für unsere Innenstadt, die so gestaltet werden, dass Menschen hier gerne leben und sich wohlfühlen, aber auch ein Auto besitzen und benutzen können? Davon war heute ja schon öfters die Sprache.

Wie sieht der effektivste Weg für Rettungsfahrzeuge aus? Ist er in einem solchen Konzept auch wirklich angedacht?

Dieser geplante Kreis liegt zwischen der Aachener Straße und dem Barbarossaplatz. Was sind die derzeitigen Planungen in diesen Bereichen? Man hört ja, dass die Aachener Straße nur noch dem ÖPNV-Verkehr überlassen werden soll und die Richard-Wagner Straße - das ist auch schon in der Diskussion - eventuell ganz und gar nur noch dem Individualverkehr.

Wie sieht es mit dem Verkehr aus, wenn die Kyotostraße zurückgebaut wird, damit wir an dieser Stelle endlich von einer Bildungslandschaft sprechen können? Dort befindet sich nämlich noch eine vierspurige Straße.

In diesem Zusammenhang ist es unabdingbar, die Bürgerinnen und Bürger von der ersten Stunde an mit ins Boot zu nehmen und auch Alternativen aufzuzeigen.

Es kann nicht sein, dass man gerade mal schnell die Schaafenstraße zur Einbahnstraße umfunktioniert. Das war ein Schnellschuss.

So etwas schreckt nachvollziehbar auf, wenn kein gesamtes Konzept vorliegt. Das war an dieser Stelle auch der Fall. Ein Gesamtkonzept war bis dahin noch nicht zu erkennen.

Die Ampelanlage zunächst so zu lassen, den Kreuzungsbereich sicherer zu machen und nach der Erstellung eines Gesamtkonzepts die Kreuzungsgestaltung zusammen mit den Anwohnern anzugehen - das ist der richtige Weg.

Ich bin gerne bereit, den Antrag für weitere Beratungen in den Verkehrsausschuss verweisen zu lassen. Ich wollte jetzt nur dazu Stellung nehmen. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Hoffmann. - Gibt es dazu eine Wortmeldung?

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Nein, es gibt einen Antrag auf Verweisung, Herr OB!)

- Ja. - Wer für den Antrag auf Verweisung in den Verkehrsausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, Linke, Grüne, CDU, FDP und die Fraktion pro Köln. Damit ist er verwiesen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

3.1.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Keine kostenlose Altersversorgung für Grüne Ratsfrau_innen“

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann, bevor ich Ihnen das Wort gebe, möchte ich folgende Erklärung dazu abgeben:

Die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mir mitgeteilt:

Mit Bescheid der Bezirksregierung vom 18.06.2010 bin ich gemäß § 70 Abs. 1 Nr. 2 des Landesbeamtengesetzes bis zum 31.07.2017 vom Schuldienst beurlaubt. Ich erhalte keine Bezüge, keine Beihilfe; die Beurlaubungszeit ist nicht ruhegehaltstfähig.

Dies wollte ich Ihnen zur Kenntnis geben. - Jetzt Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bevor ich zur Sache spreche, habe ich eine Frage an Sie, Herr Oberbürgermeister. Wenn ich die Tagesordnung richtig interpretiert habe, kommen jetzt fünf Anträge unserer Fraktion, für die ich als Sprecher vorgesehen bin. Soll ich sie en bloc bearbeiten? Dann habe ich nämlich nicht immer den langen Weg nach vorne. Wie ist Ihnen das am liebsten? Wie hätten Sie es gerne?

Es kommt ja nun - das sollte man vielleicht auch noch einmal sagen - hier im Rat doch auch deshalb immer zu einer merkwürdigen Situation, weil Sie die Anträge anscheinend nicht nach der Aktualität auf die Tagesordnung nehmen, sondern nach der Größe der Fraktionen.

Jetzt ist es wohl so: Wir versuchen hier natürlich aktuell zu sein und - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Diese Kalamität kommt auch dadurch zustande, dass Sie uns als kleinere Fraktion mit einer Vielzahl von Anträgen bombardieren, die unsere Arbeitsfähigkeit nicht gerade steigert. Das muss man noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der Linken sowie von Klaus Hoffmann [Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis])

Jörg Uckermann (pro Köln): Das ist eine Unverschämtheit. Diese Unterstellung weise ich zurück. Das ist doch wirklich eine Unverschämtheit!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Deswegen bin ich damit einverstanden, dass Sie - -

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich möchte eine persönliche Bemerkung abgeben. Es ist eine Unverschämtheit, uns so etwas zu unterstellen. Wir bemühen uns redlich und bringen unsere Anträge hier ein. Beispielsweise haben wir eben beantragen wollen, dass ein Antrag, der hier vollkommen falsch war, in den

Verkehrsausschuss zu verweisen ist. Da haben Sie unseren Redner nicht drangenommen.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Güte! Das ist eine Unverschämtheit.

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie wissen, dass sitzungsleitende Maßnahmen und Entscheidungen des Oberbürgermeisters nicht zu kritisieren sind. Ich verweise auf § 8 unserer Geschäftsordnung und bitte Sie, sich daran zu halten.

Ich gestatte Ihnen, Ihre Anträge en bloc vorzutragen. Wir werden dann en bloc darüber abstimmen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Wenn Sie nicht kritisiert werden wollen, empfehle ich Ihnen, zum Islam überzutreten. Der Prophet Mohammed durfte auch nicht kritisiert werden.

(Henk van Benthem [CDU]:
Normalerweise müsste er raus!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Hiermit erteile ich Ihnen einen ersten Ordnungsruf. Ich weise darauf hin, dass ich nach dem zweiten Ordnungsruf von der Möglichkeit Gebrauch machen werde, dass Sie des Saales verwiesen werden.

Jörg Uckermann (pro Köln): Beim zweiten Ordnungsruf wollen Sie mich rauswerfen? Letztes Mal war es noch beim dritten. Herr Oberbürgermeister, bleiben Sie doch mal bei einer Linie.

(Jochen Ott [SPD]: Nach dem zweiten
direkt raus!)

Ich möchte aber gemäß Geschäftsordnung gleich eine persönliche Bemerkung abgeben.

In was für einer Demokratie leben wir eigentlich, wenn Sie nicht kritisiert werden wollen? Das muss doch möglich sein.

(Michael Zimmermann [SPD]: Es gibt hier eine Geschäftsordnung, in der das entsprechend festgehalten ist!)

Also, wie machen wir es denn jetzt?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, jetzt zu Ihren Anträgen Stellung zu nehmen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Dass ich eine persönliche Bemerkung abgeben will, haben Sie aber bemerkt. Dazu bekomme ich gleich noch einmal extra das Wort. - Danke schön.

Unser Antrag ist seinerzeit entstanden, als die Diskussion um die Altersversorgung einer Ratsfrau der Grünen begann. Wir haben das natürlich bewusst ein bisschen schräg formuliert: Grüne Ratsfrau_innen. Es scheint hier doch Ratsmitglieder erster und zweiter Klasse zu geben. Wie das ausgewählt wird, darf ja nicht kritisiert werden; das haben wir eben gemerkt. Damals wurde verlautbart, dass ein beamtetes Mitglied des Rates von seiner Diensttätigkeit freigestellt wird.

Sie haben dazu eben eine Erklärung abgegeben. Das fasse ich wieder unter den Pro-Köln-Effekt. Immer dann, wenn wir unseren Finger in die Wunde legen, tut sich schon etwas im Vorfeld. Darum stellen wir auch unsere vielen Anträge, obwohl wir wissen, dass sie abgelehnt werden.

(Beifall bei pro Köln)

Wir wissen, dass unsere Anträge hier formal abgelehnt werden. Wir wissen, dass unsere Anträge ans Ende der Sitzung geschoben werden. Das ist uns aber egal. Die Verwaltung erledigt sie dann ja, nur weil wir sie gestellt haben. Das reicht uns.

(Beifall bei pro Köln)

Hier konnten wir in den Medien Folgendes feststellen: Es gab einen Regierungspräsidenten, der der CDU angehörte. Er hat die Rechtslage geprüft und ist zu der Erkenntnis gekommen, dass an diesem Zustand der grünen Ratsdame etwas geändert werden muss, weil die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln selbstverständlich nicht zu einer vollkommenen Dienstbefreiung führt und es insbesondere auch nicht sein kann, dass bei Eintritt in das Pensionsalter eine Altersversorgung erfolgt, obwohl die aktiven Bezüge nicht gezahlt werden. In diesem Fall würde also eine Altersversorgung für Anwartschaften bezahlt, die tatsächlich nicht geleistet wurden.

Wir von der Bürgerbewegung pro Köln haben aufgrund der Anfragen aus der Bevölkerung gesagt: Wie kann das denn sein? Wenn jemand keine Beiträge an BfA oder LVA bezahlt,

bekommt er auch keine Rente. Wenn er als Beamter Mitglied des Rates ist, wird er von der Arbeit freigestellt und hat hinterher Pensionsansprüche. Darin sehen wir einen Widerspruch.

Nun war ja auch zu hören, dass es dort lautstarke Auseinandersetzungen mit Anwälten gegeben habe. Das Problem konnte dadurch gelöst werden, dass der Regierungspräsident abgelöst und durch einen Koalitionspartner der grünen Ratsfrau ersetzt wurde. Schon war eine andere Rechtsgrundlage da. Diese Rechtsgrundlage haben Sie uns eben dargestellt. Die Dame ist freigestellt worden.

Wir wollen hier nur sicherstellen, dass die Volksvertreter gleiche Bedingungen haben und dass sie nachvollziehbare Bedingungen haben. Es kann ja nicht sein - darauf kommen wir nachher noch zu sprechen, wenn es um Bebauungspläne und Investoreninteressen geht -, dass Leute irgendwie komisch abstimmen und wir gar nicht wissen, wer sie eigentlich steuert, wenn sie angeblich gar kein Einkommen haben. Von irgendetwas werden sie ja auch noch leben. Da verlangen wir Transparenz. Wir verlangen Rechtsstaatlichkeit.

Das bedeutet: Herr Oberbürgermeister, Sie haben uns eben aufgeklärt. Damit ist dieser Antrag erledigt. Pro-Köln-Effekt! Der Antrag ist übrigens vom Juli 2010. So viel zur Arbeit des Rates! - Das war dieser Antrag.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommt der nächste Antrag.

Jörg Uckermann (pro Köln): Rufen Sie ihn bitte auf, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich dachte, Sie hätten - trotz der Vielzahl - den Überblick darüber, welche Anträge Sie hier einbringen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, das habe ich. Ich übernehme gerne auch in diesem Punkt die Sitzungsleitung.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters:
Tagesordnungspunkt

3.1.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Nein zur Primarschule, nein zur Einheitsschule, ja zur nachhaltigen Bildung, ja zum gegliederten Schulsystem!“

Bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Es muss ja anständig zugehen. - Wir haben diesen Antrag aufgrund der damaligen Koalitionsverhandlungen in Düsseldorf und aufgrund der Diskussionen in Hamburg gestellt. Es gibt wieder ein rot-grünes Projekt, das „sozialistische Einheitsschule“ heißt. Es kommt mit so schönen Begriffen wie „längeres gemeinsames Lernen“ daher. Dahinter verbirgt sich zum Beispiel eine sogenannte Stadtteilschule. Das heißt: Wenn ich als Eltern nicht möchte, dass mein Kind auf diese Schule geht, bleibt mir nur eins übrig: Ich muss wegziehen.

In diesem Zusammenhang haben wir auch den niederländischen Soziologen - er ist übrigens Mitglied der SPD - zitiert, der konkret gesagt hat: Mit Kindern macht man keine Experimente.

Er lebt in Amsterdam. Man hat ihn gefragt: Schicken Sie Ihre Kinder denn auf eine solche Stadtteilschule? - Darauf hat er ehrlich gesagt - in den Niederlanden heißt das politisch korrekt schwarze oder weiße Schule; man möchte ja niemanden diskriminieren -: Nein, ich schicke meine Kinder auf eine weiße Schule.

Wir wollen solche Zustände nicht. Wir möchten, dass Eltern selber entscheiden können, auf welche Schule ein Kind geht.

Und eins ist ja ganz klar: Eine gute Schule lebt von guten Schülern und davon, dass ein Kind sich dort wohlfühlt und dass es ein homogenes Lernklima gibt. Das wollen wir hier erhalten, statt die Idee zu verfolgen, dass niemand lernen darf, was nicht alle lernen können, oder über den Weg der Schule auf einmal die Migranten zu integrieren, wie Sie das wollen. Das ist ja ein hehres Ziel. Es soll aber nicht zulasten unserer Kinder gehen.

(Beifall bei pro Köln)

Darum haben wir diesen Antrag gestellt. Wir verlangen weiterhin, dass die Eltern entscheiden dürfen, in welchem Stadtteil ihr Kind auf die Schule geht. Wir wollen nicht, dass jemand wegziehen muss, nur weil ein Kind gezwungen

ist, in eine Schule zu gehen, in die die Eltern es nicht schicken möchten.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes:
Tagesordnungspunkt

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Planungsmängel durch fehlerhafte Verwaltungsinformationen bei dem Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel „Äußere Kanalstraße/Iltisstraße“

Bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Auch diesen Antrag haben wir seinerzeit ganz aktuell eingereicht. Übrigens hätten wir ihn schon damals behandeln können. Er ist ebenfalls sehr wichtig. Darin geht es um Planungsmängel durch fehlerhafte Verwaltungsinformationen.

Dazu kann ich Ihnen Folgendes sagen: Es ging darum, dass eine bestehende Wohnsiedlung jetzt zugunsten eines Großinvestors überplant werden soll. Die Anwohner hatten sich an uns gewendet. Es ging um eine Entscheidung in der Bezirksvertretung Ehrenfeld. Ich habe damals das Wort ergriffen und darauf hingewiesen, dass man hier bestehende Strukturen und Wohnverhältnisse nicht auflösen darf und dass man nicht zugunsten eines Großinvestors, der Kontakte zur Politik hat, die Veedel vernachlässigen kann. Das geht zulasten der Menschen. Damals waren viele Betroffene in der Sitzung zugegen.

Aufgrund meiner Äußerungen musste die SPD, weil sie ja angeblich immer sozial ist, dann noch einmal nachfragen, wie das denn nun sei, ob die bestehenden Wohnverhältnisse davon betroffen seien. Daraufhin hat die Verwaltung gesagt, nein, das sei mit diesem Beschluss auf keinen Fall gegeben; es sei gesichert, dass der Wohnraum für die Anwohner erhalten bleibe. Aufgrund dieser Aussage erklärte man dann, dass man den Planungsvorhaben der Verwaltung bzw. dem vom Investor Angeregten zustimmen könne.

Indes hat sich herausgestellt, dass die Menschen, auf Deutsch gesagt, schon verraten und verkauft waren. Sie sind schon an den zukünftigen Investor verkauft worden, der jetzt

alles daransetzt, diese Leute aus den Häusern herauszubekommen.

Das Ganze war eine Falschinformation. Diese Bürger hatten sich an alle Parteien gewandt, und alle haben gesagt: Wir stimmen diesem neuen Planungsvorhaben erst zu, wenn gesichert ist, dass Sie in den Wohnungen bleiben können. - Darauf hatte ich in meinem Redebeitrag ja abgestellt. Dann kam diese fehlerhafte Information der Verwaltung. Daraufhin hat man den Bürgern vonseiten der anderen Parteien gesagt: Wir haben ja die Auskunft der Verwaltung; Ihr Wohnraum ist hier gesichert. - Das ist falsch. Ich habe das im Stadtentwicklungsausschuss vorgetragen. Dort ist mein Beitrag bestätigt worden.

Wir möchten verhindern, dass es zu einem Gerichtsverfahren kommt. Ich fühle mich hier nämlich von der Verwaltung schlecht unterrichtet, bzw. ein ganzes Gremium ist schlecht unterrichtet worden. Wir werden das vor dem Verwaltungsgericht klären lassen. Ich hoffe jetzt, dass der Rat das einsieht und sagt: Wenn die Verwaltung ein Gremium so falsch informiert hat, es so falsch beraten hat und ihm solche falschen Tatsachen mitgeteilt hat, dann muss diese Sitzung wiederholt werden.

Dann wird auch ein anderes Abstimmungsergebnis zustande kommen, nämlich ein Abstimmungsergebnis zugunsten der jetzt dort wohnenden Menschen. - Das ist unser Antrag.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe auf:

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Neue Sitzordnung für den Rat“
AN/1449/2010

Bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sie haben es der Presse auch entnommen: In den Sommerferien soll ein Gericht entschieden haben, dass die Sitzordnung des Rates der Stadt Köln so richtig sei. - Das ist natürlich falsch. Es ist von der Monopolpresse in Köln wieder bewusst falsch dargestellt worden.

Wir sind immer davon ausgegangen, dass es hier mit dem Oberbürgermeister und den Ratsfraktionen einen ehrlichen und vernünftigen Dialog gibt. Dazu gehört natürlich auch eine vernünftige Sitzordnung. Es kann nicht sein, dass eine Fraktion bewusst Sitzplätze zugewiesen bekommt, die ihr an sich gar nicht gebühren.

Der Oberbürgermeister verweigert jede Kommunikation, sodass es uns nur möglich war, den Weg zum Verwaltungsgericht zu gehen. In der Sache hat das Gericht erkennen lassen, dass wir nicht unrecht haben. Das Verwaltungsgericht möchte aber bitte einen Beschluss des Rates der Stadt Köln haben. Wenn die Fassung eines solchen Beschlusses abgelehnt wird, werden wir das wieder vor Gericht tragen.

Ich hoffe, dass man hier doch so viel demokratischen Anstand zeigt, dass eine Einigung auf Dinge erfolgt, die an sich in jedem Parlament Konsens sind. Auch in den vielen Kommunalparlamenten, in denen unsere Freunde von pro NRW vertreten sind, gibt es selbstverständlich Gepflogenheiten, die eingehalten werden. Natürlich wird dort keine Fraktion rechtswidrig benachteiligt.

Diesen Mangel kann der Rat heute mit diesem Beschluss beheben. Ansonsten würden wir es bedauern, dass wieder ein teures Gerichtsverfahren auf die Stadt Köln zukommt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.9 auf:

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Regelmäßige Durchführung der Fraktionsvorsitzendenbesprechung“ AN/1451/2010

Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Dass sich hier im Rat immer wieder seltsame Abläufe ergeben, hat eine konkrete Ursache, und das ist Gegenstand unseres Antrags. Eigentlich sieht die Geschäftsordnung nämlich die regelmäßige Durchführung von

Fraktionsvorsitzendenbesprechungen vor. Auf diesen Fraktionsvorsitzendenbesprechungen sollen die Arbeit in den Ratssitzungen und die organisatorischen Abläufe vorbereitet werden. Damit soll verhindert werden, dass es in der Ratssitzung zu Längen und Unstimmigkeiten kommt. In dieser Besprechung zwischen dem Oberbürgermeister, den Bürgermeistern und den Vertretern der Ratsfraktionen soll ein geordneter Sitzungsablauf abgeklärt werden.

Zu Beginn meiner Ausführungen will ich deshalb auf die von den Mehrheitsfraktionen verabschiedete Geschäftsordnung zurückkommen. In § 35 der Geschäftsordnung, Fraktionsvorsitzendenbesprechung, heißt es wörtlich – ich zitiere -:

Zur Unterstützung seiner Arbeit, zur Erleichterung der Geschäftsführung, insbesondere zur Regelung des Arbeitsplanes, zur Vorbereitung der Ratssitzungen und für Fälle des § 8 Abs. 3 sowie zur Erörterung vertraulicher und eilbedürftiger Angelegenheiten hält die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister Besprechungen mit den Bürgermeisterinnen/Bürgermeistern und den Vertreterinnen/Vertretern der Fraktionen ab.

Diese eigentlich sehr eindeutige Regelung wird jedoch seit Ratseinzug der Fraktion pro Köln im Jahr 2004 konsequent ignoriert. Das heißt, der damalige Oberbürgermeister Fritz Schramma und leider auch der jetzige Oberbürgermeister Roters und die etablierten Ratsfraktionen halten sich noch nicht einmal an die von ihnen selbst aufgestellten Spielregeln, nur um unsere unbequeme Oppositionsfraktion ausgrenzen und in ihren demokratischen Mitwirkungsrechten beschneiden zu können. Das ist ein Skandal, der bereits seit 2004 andauert.

Diese Vorgehensweise behindert die Arbeit hier im Rat, was zu teilweise chaotischen Arbeitsabläufen führt. Deswegen muss dieser Zustand umgehend beendet werden. Das zeigt aber auch, dass den etablierten Parteien und den jeweiligen Oberbürgermeistern die Arbeit der Fraktion pro Köln von Anfang an ein Dorn im Auge war, was von einer entlarvenden Missachtung der demokratischen Willensbekundung von 20 000 Kölnerinnen und Kölnern zeugt, die ihre Stimme für pro Köln abgegeben haben. Wir sind ja nicht hier, nur weil wir es so gerne wollten, sondern weil 20 000 Kölnerinnen und Kölner mit ihrer Stimme dafür

gesorgt haben, dass wir als ihre Vertreter hier im Rat anwesend sein und uns äußern können, dass wir die Ansichten, die die Bürgerbewegung pro Köln vertritt, hier einbringen und uns auch als politische Minderheit beteiligen können. Nicht umsonst gibt es in jedem Parlament, sowohl auf Landes- als auf Bundesebene und natürlich auch auf kommunaler Ebene, Mitwirkungsrechte für politische Minderheiten. Wir leben ja in einer Demokratie, wo die Mitwirkungsrechte geachtet – so sollte es zumindest sein – und nicht mit Füßen getreten werden.

In der Vergangenheit kam es aufgrund mangelnder Vorbereitung der Sitzungen des Rates immer wieder vor, dass insbesondere der Oberbürgermeister mit einer ordnungsgemäßen Leitung der Ratssitzung sichtlich überfordert war.

(Beifall bei pro Köln)

Wir haben das auch heute wieder mehrfach feststellen können. Auch ließ der Oberbürgermeister bei der Verhängung von Ordnungsmaßnahmen im Zuge teils chaotischer Sitzungsverläufe die Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes sträflich vermissen. Die kritischen Aussprachen über solche Ordnungsmaßnahmen mussten daraufhin im Plenum vor Publikum erfolgen und konnten nicht - da gebe ich den Kollegen gerne recht -, wie eigentlich in der Geschäftsordnung vorgesehen, in den Fraktionsvorsitzendenbesprechungen erörtert werden, weil diese ja seit dem Ratseinzug von pro Köln nicht mehr einberufen werden.

Es ist schon eine Chuzpe, uns hier vorzuwerfen, wir diskutierten Entscheidungen des Oberbürgermeisters unerlaubterweise im Plenum, wenn gleichzeitig das Gremium, das eigentlich dafür vorgesehen ist, seit 2004 nicht mehr einberufen wird. Dieser Missstand behindert uns alle in unserer Arbeit hier. Deshalb muss dieser Missstand beendet werden. Eine regelmäßige Durchführung der Fraktionsvorsitzendenbesprechungen ist dringend notwendig.

Es reicht eben nicht, die offiziellen Fraktionsvorsitzendenbesprechungen durch inoffizielle Klüngerunden der angepassten Fraktionen zu ersetzen, wie der Bezirksbürgermeister von Ehrenfeld dreist den Medien erklärte, als pro Köln in Fraktionsstärke in die Bezirksvertretung einzog. Er hat gesagt, er halte sich da an das Beispiel von OB Schramma, es gebe fortan keine Fraktionsvorsitzendenbesprechungen mehr,

sondern lediglich Freundeskreise, in denen alles besprochen werde, zu denen pro Köln aber nicht eingeladen ist. Das ist natürlich eine Verhöhnung parlamentarischer Spielregeln.

(Beifall bei pro Köln)

Die Damen und Herren Ratspolitiker der Altparteien hier in diesem Gremium sind freilich schlau genug, das nicht derart offen zu erklären, wie es Josef Wirges in Ehrenfeld getan hat; denn sie wissen sehr genau, dass dieses undemokratische Vorgehen zumindest ein Geschmäckle hat, wenn nicht sogar rechtswidrig ist, weil das gegen die Geschäftsordnung des Rates verstößt.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Markus Wiener (pro Köln): Einen Moment bitte noch. Es ist ja auch den anderen Kollegen immer wieder großzügig eine kleine Überschreitung ihrer Redezeit gewährt worden. Ich denke, im Sinne der Gleichbehandlung werden Sie sie mir auch gestatten.

Dieses Vorgehen ist also unter Umständen rechtswidrig. Das gilt es genau zu prüfen. Für den Fall, dass der Rat unseren Antrag ablehnt, möchte ich doch abschließend an Sie appellieren: Geben Sie dem Stadtrat etwas mehr demokratische Mitwirkungsrechte zurück! Damit würden sich sicherlich auch die Arbeitsfähigkeit und das Arbeitsklima in diesem Gremium verbessern, und das wäre im Sinne aller Beteiligten. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dazu eine Wortmeldung vom Herrn Stadtdirektor. Bitte, Herr Kahlen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wiener, Sie irren, wenn Sie der Auffassung sind, dass sich Rat und Verwaltung rechtswidrig verhalten.

(Markus Wiener [pro Köln]: Eventuell!)

- Sie irren doch ! - Sie haben eben zum Beispiel die Frage angesprochen, wie sich der Rat bei einem Ausschluss von einem Ratsmitglied bei

gröblicher Verletzung der Ordnung verhält. Die Geschäftsordnung sieht hierfür zwei Alternativen vor. Die erste Alternative ist, dass der Rat in der Sitzung darüber befundet und der Ausschluss noch in der Sitzung vollzogen wird. Das, was Sie angesprochen haben, ist die zweite Alternative, die vorsieht, dass der Rat über eine größere Zahl von Folgeausschlüssen in einer Folgesitzung beschließen kann. Die Variante, die Sie angesprochen haben, ist in der Geschäftsordnung in § 30 Abs. 2 festgelegt und legitimiert die Ratsmitglieder zur Erörterung und zur Beschlussfassung.

Natürlich hat es Fraktionsvorsitzendenbesprechungen gegeben. Sie werden sich erinnern, dass wir vor etwa drei oder vier Wochen eingeladen hatten zu der Frage: Probleme bei den Rampenbauwerken an der Zoobrücke, sowohl rechtsrheinisch wie auch linksrheinisch. Wir haben dazu innerhalb einer Dreiviertelstunde eingeladen, und es sind auch alle Fraktionen vertreten gewesen, auch die Ihre.

(Zuruf: Hört! Hört!)

Ich darf Ihnen auch in Erinnerung rufen, dass wir zum Beispiel nach dem tragischen Unglück am Waidmarkt vor der öffentlichen Versammlung in der Kölner Messe am Freitag, den 6. März, eine Fraktionsvorsitzendenbesprechung für 18 Uhr anberaumt hatten, an der auch Herr Uckermann teilgenommen hat. Das nur als Hinweis, dass solche Fraktionsvorsitzendenbesprechungen natürlich stattfinden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön für die Klarstellung, Herr Stadtdirektor. – Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Das, was der Herr Stadtdirektor gesagt hat, ist natürlich sachlich nicht komplett richtig. In der Tat ist bei zwei außergewöhnlichen Ereignissen, nämlich bei einem sehr tragischen Unglück und bei einer sehr gefährlichen Situation an der Zoobrücke, eine solche Sitzung einberufen worden, wobei mir von der Form her nicht ganz klar war, dass es sich dabei um eine Fraktionsvorsitzendenbesprechung handelte; denn dort waren ja auch Einzelmandatsträger anwesend. Aus der Geschäftsordnung ist klar ersichtlich, dass nur die Vertreter der Fraktionen zu einer solchen Sitzung eingeladen werden. Also bin ich davon ausgegangen, dass es sich hier eher um Informationsgespräche für alle im

Rat vertretenen Fraktionen und die Einzelmandatsträger gehandelt hat. Ich finde es begrüßenswert, dass so etwas in außergewöhnlichen Situationen durchgeführt wird. Nur – und das wissen Sie ganz genau, Herr Stadtdirektor –, Sinn und Zweck der Fraktionsvorsitzendenbesprechung ist – ich habe gerade aus der Geschäftsordnung zitiert – die Vorbereitung der regulären Ratssitzung.

Unsere Schwesterpartei pro NRW ist in vielen Parlamenten hier im Land in Fraktionsstärke vertreten. Da ist es gang und gäbe und völlig üblich, dass vor jeder Ratssitzung eine Fraktionsvorsitzendenbesprechung stattfindet, in der die Arbeit koordiniert wird. Dadurch werden chaotische Sitzungsverläufe verhindert, was die Ratssitzung für alle Seiten etwas entspannter macht. Das wird hier nicht gemacht, weil man eine maximale Ausgrenzung handhaben und die maximale Stigmatisierung der Pro-Köln-Fraktion durchhalten will. Ich muss sagen: Respekt! Sechs Jahre sind eine lange Zeit. Wir hatten eigentlich gehofft, dass es unter OB Roters zu einer Normalisierung kommen wird. Wir haben uns leider getäuscht. An uns liegt es nicht. Sie wissen, woran es liegt. Es liegt unter anderem an diesen Ausgrenzungsmechanismen, mit der Sie gegen Ihre eigene Geschäftsordnung verstoßen. Das ist des Pudels Kern. Wir werden an diesem Thema natürlich weiter dranbleiben.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Stadtdirektor, Sie haben eben die sehr informativen Sitzungen angesprochen und auch erwähnt, innerhalb welcher Ladungsfristen sie stattfanden. Sie haben hier die Sitzung am Karnevalsfreitag im Büro von Herrn Roters als Beispiel angeführt. Welche Ladungsfristen gab es da? Wir reden hier nicht von Stunden, die einer solchen Einladung vorausgingen, sondern von Minuten. In diesem Fall blieben uns drei Minuten, um im Rathaus zu erscheinen. Das ist keine Erfindung von mir. Ich habe mehrmals zurückgefragt, ob die Uhrzeit stimmt. Und das nennen Sie demokratische Gleichberechtigung.

Selbstverständlich geht es hier um ein aktuelles Sachthema. Es gibt – unser Fraktionsgeschäftsführer hat es angesprochen – in jedem Parlament eine solche Einrichtung. Wenn das alles so unverbindlich wäre, wie Sie

das hier darstellen, warum steht das dann in der Gemeindeverfassung? Sie wollen doch immer so verfassungstreu sein. Warum verhalten Sie sich dann nicht so?

(Beifall bei pro Köln)

Sie geben hier immer den Demokraten. Zu einer Demokratie gehört ein Rechtsstaat. Es gibt sicherlich sehr viele Anträge, auch von unserer Seite; da haben Sie recht. Dass der eine oder andere hier eingebracht wird, ist aber auch dem Umstand geschuldet, dass die Verwaltung konsequent die Zusammenarbeit mit uns unterbindet. Die Verwaltung hat aber auch mit uns zusammenzuarbeiten. Sie hat auch uns die Auskünfte zu geben. Wenn wir sie nicht bekommen, dann stellen wir die Fragen eben hier im Rat vor Publikum, auch wenn die Sitzung dadurch länger dauert.

Sie haben sich wohl gedacht, wenn wir die auslagern - deswegen haben wir ja auch keine Büros im Rathaus bekommen, was schon an sich ein starkes Stück ist - in ein sanierungsbedürftiges Haus wie das in der Markmannsgasse, erledigt sich das von selbst. Schauen Sie sich doch einmal unsere Büros an. Sie haben überall herumgetönt, wir hätten nur gebrauchte Möbel bekommen. Dagegen sagen wir nichts. Keine andere Fraktion würde sich dort hinsetzen. All das ertragen wir. Da werden Sie von uns kein Wort der Klage hören. Das Einzige, was wir wollen, ist, vernünftig mitarbeiten zu können.

Wenn Herr Roters in einer solchen Sitzung auf uns zukommen und sagen würde: Mit dem und dem Antrag hätte ich ein Problem, würden wir ihm entgegenkommen. Oder wenn er sagen würde: In der letzten Sitzung hat es die und die Redewendung gegeben, die mir nicht gefallen hat, dann wird man sich mit Sicherheit einigen können. Das ist überhaupt keine Frage. Aber Herr Roters verstößt nach unserer Ansicht gegen die Kommunalverfassung dieses Landes. Und wir wollen, dass das abgestellt wird. – Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich lege Wert auf die Feststellung, dass der Oberbürgermeister sich an Recht und Gesetz

hält und dass bisherige Kritik von Ihnen, hier wären Mitgliedschaftsrechte von Ihnen verletzt worden, in keinem Punkt der Realität standhalten.

(Zuruf von Jörg Uckermann [pro Köln])

Sie haben mehrfach auch mit gerichtlicher Hilfe versucht, diese Feststellung treffen zu lassen. Es gibt keine einzige. Ich lege Wert darauf. Ihre Mitgliedschaftsrechte sind nicht verletzt.

(Markus Wiener [pro Köln]: Die Fraktionsfinanzierung haben wir uns vor Gericht erstreiten müssen! Herr Stadtdirektor, Sie lügen!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Wiener, Sie haben nicht das Wort. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich möchte noch einmal das unterstreichen, was unser Geschäftsführer hier sagt. Entschuldigen Sie einmal, wenn Sie sich einfachste - -

(Ralph Sterck [FDP]: Frau Bürgermeisterin, Sie können das nicht zulassen, dass der Stadtdirektor hier so angegangen wird!)

- Ja, wo denn sonst? Dafür ist eine Fraktionsvorsitzendenbesprechung eben da. Da geht so etwas. Da ist es nicht öffentlich. In der Fraktionsvorsitzendenbesprechung haben Sie beispielsweise auch die Möglichkeit, Dinge anzusprechen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Genau das kann man da im Vorfeld tun.

Es stimmt: Sie sagen die Unwahrheit. Wir mussten uns vor Verwaltungsgerichten minimale Rechte erkämpfen, die normalerweise selbstverständlich sind. Sie sagen die Unwahrheit, Herr Kahlen.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 3.1.10 auf:

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Opernquartiersanierung: Mut zum Kostendeckel“ AN/1513/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Titel unseres Antrags lautet: „Opernquartiersanierung: Mut zum Kostendeckel“. Wir haben in der Dezembersitzung letzten Jahres zu nächtlicher Stunde den Beschluss gefasst – er wurde vom Oberbürgermeister und seiner rot-grünen Koalition durchgeboxt -, dass es einen Neubau des Schauspielhauses beziehungsweise eine Sanierung des Opernhauses geben soll. Dagegen hat sich die Kölner Bürgerschaft mit einem Bürgerbegehren gewehrt.

- Können Sie dafür sorgen, dass hier Ruhe eintritt, oder darf man das auch nicht mehr kritisieren?

(Der Redner bezieht sich auf die Unterhaltung von Henk van Benthem [CDU] - Henk van Benthem [CDU]: Ich rede mit wem ich will und wann ich will!)

- Also er redet, wann er will. Ist das jetzt normal, dass sich Ratsmitglieder so benehmen? Verstehen Sie das etwa unter Demokratie? Ich führe jetzt trotzdem weiter aus.

(Reinhard Houben [FDP]: Es ist einfach falsch, was Sie vortragen!)

- Sie können sich ja gleich zu Wort melden, Herr Houben. Um Sie ging es jetzt gar nicht.

Diesem Bürgerbegehren ist der Kölner Stadtrat im April beigetreten. Das heißt, wir haben uns an sich das Ergebnis dieses Bürgerbegehrens zu Eigen gemacht und gesagt: Wir verzichten auf einen Neubau, wir fangen mit der Sanierung an, auch gegen den Widerstand der Stadtverwaltung.

Jetzt hat eine Schätzung im August ergeben, dass die Sanierung doch teurer sein wird als der Neubau. Das kann ja nicht sein. Deshalb sagen wir klipp und klar: Hier muss Klarheit herrschen. Wir verlangen, dass hier der Mut aufgebracht wird, die Kosten zu deckeln. Wir schlagen vor, den Kostendeckel für die Sanierung des Schauspielhauses auf 279 Millionen Euro zu setzen. Das muss die Grenze sein, bis zu der die Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden dürfen. Es kann nicht sein, dass die Verwaltung auf einmal Schätzungen vornehmen lässt, wohl in der Hoffnung, dass der Rat seine damalige

Entscheidung nochmals revidiert. Die Bürger Kölns haben es so gewollt, und der Rat ist dem beigetreten. Ich bitte Sie, hier für Klarheit zu sorgen. Ich bitte darum, dass wir hier jetzt einen Kostendeckel beschließen. – Danke schön.

(Beifall pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.11 auf:

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Köln an Thilo Sarrazin nach § 34 GO NW“ AN/1547/2010

Bitte, Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt sind in der veröffentlichten Meinung Kölns leider Mangelware. Das ist mit eines der fragwürdigsten Verdienste des Kölner Ehrenbürgers, Alfred Neven DuMont, dessen Presseimperium für eine stickige mediale Käseglocke über der Stadt sorgt, und in dessen Mief Klüngel und Korruption so gut gedeihen. Welch anderer Schlag von Ehrenbürger wäre da doch der wegen seiner Meinung gefeuerte ehemalige Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin! Sarrazin stünde nicht für Meinungsreglementierung und Meinungseinfalt, sondern für das Recht auf eine freie Meinung,

(Beifall pro Köln)

gerade auch bei kontroversen Themen und gerade auch für Querdenker und politische Minderheiten; denn Meinungsfreiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden, seine Meinung auch gegen den Willen der Mehrheit und des Zeitgeistes äußern zu dürfen.

Für diese Werte und urdemokratische Tugenden steht Thilo Sarrazin. Er hat für frischen Wind in der deutschen Integrationsdebatte gesorgt und vieles Engstirnige ein gutes Stück zurückgedrängt.

(Beifall pro Köln)

Dank Sarrazin wird über viele bisher tabuisierte Themenfelder nun nicht nur in den bundesdeutschen Medien freier berichtet und diskutiert; nein, auch in Köln kann seitdem freier

gesprochen werden, was die Mitglieder der Bürgerbewegung pro Köln täglich positiv zu spüren bekommen. Das aufgrund seiner Meinungsäußerungen gefeuerte Bundesbankvorstandsmitglied Thilo Sarrazin hat also in den letzten Monaten unter hohem persönlichen Einsatz für die Meinungsfreiheit wichtige Breschen in das Dickicht der politischen Korrektheit geschlagen.

In der öffentlichen Debatte in Bezug auf die Einwanderungsproblematik, die drohende Islamisierung Deutschlands und den gesellschaftlich demografischen Niedergang der Bevölkerung sind nun Gott sei Dank einige Tabus gefallen. Gerade auch in Köln war dies bitter notwendig. Die Islamisierung ganzer Stadtteile schreitet ungebremst voran und wird in Ehrenfeld in Gestalt der DITIB-Großmoschee gerade in Stein gemeißelt.

Zahlreiche soziale Brennpunktviertel in Köln leiden unter hohen Quoten integrationsunwilliger Migranten gepaart mit starker Arbeitslosigkeit und überdurchschnittlich vielen Sozialtransferempfängern. Die ethnische Ghettoisierung und gesellschaftliche Verslumung einzelner Straßenzüge hat bereits begonnen. Die etablierten Parteien, im Verbund mit einem mächtigen örtlichen Medienkonzern, weigern sich jedoch, über diese Probleme ernsthaft zu diskutieren. Hier sind die bundesweiten Verdienste von Thilo Sarrazin um die Meinungsfreiheit und die öffentliche Debattenkultur gar nicht hoch genug einzuschätzen.

(Beifall pro Köln)

Dank seiner Popularität und seines hohen Bekanntheitsgrades hat Sarrazin es geschafft, zu diesen Themen eine lebhaftere öffentliche Debatte anzustoßen, die auch auf den Kölner Straßen und in den Kölner Eckkneipen und Wohnstuben eifrig geführt wird, trotz der sonst bei diesen Fragen praktizierten politisch-medialen Käseglocke über der Stadt. Gerade deshalb hätte die Übertragung der Ehrenbürgerwürde an Thilo Sarrazin einen solchen Reiz, sozusagen als Ausgleich für die unangemessene und peinliche Erhebung von Alfred Neven DuMont in den Rang eines Kölner Ehrenbürgers.

(Beifall pro Köln)

Diesen von Sarrazin jetzt angestoßenen Neuanfang im öffentlichen Diskurs gilt es künftig fortzusetzen und den Auslöser dieser Wende angemessen zu würdigen. Die Fraktion pro Köln

beantragt deshalb die Ehrenbürgerwürde der Stadt Köln für Thilo Sarrazin. Dieser mutige Mann hat sie im Gegensatz zu manchen seiner Vorgänger wahrlich verdient. – Danke.

(Beifall pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.6:

3.1.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Nein zur Primarschule, nein zur Einheitsschule, ja zur nachhaltigen Bildung, ja zum gegliederten Schulsystem!“

Wer ist für diesen Antrag? – Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.7:

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Planungsmängel durch fehlerhafte Verwaltungsinformationen bei dem Bebauungsplanverfahren mit dem Arbeitstitel „Äußere Kanalstraße/Ittisstraße“

Wer ist für diesen Antrag? – Pro Köln. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.8:

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Neue Sitzordnung für den Rat“ AN/1449/2010

Wer ist für diesen Antrag? – Pro Köln. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist der Antrag unter 3.1.8 abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.9:

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Regelmäßige Durchführung der Fraktionsvorsitzendenbesprechung“ AN/1451/2010

Wer ist für diesen Antrag? – Pro Köln. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist der Antrag unter 3.1.9 abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.10:

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Opernquartiersanierung: Mut zum Kostendeckel“ AN/1513/2010

Wer ist für diesen Antrag? – Pro Köln. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist der Antrag unter 3.1.10 ebenfalls abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.11:

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Köln an Thilo Sarrazin nach § 34 GO NW“ AN/1547/2010

Wer ist für diesen Antrag? – Pro Köln. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.12 auf:

3.1.12 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Sanierung und Nutzung des Ratsschiffs 'MS Stadt Köln'“ AN/1620/2010

Zusatz- bzw. Änderungsantrag der CDU-Fraktion AN/1664/2010

Erster Redner ist Herr Böllinger.

Werner Böllinger (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich persönlich bedaure sehr, dass das stark sanierungsbedürftige Ratsschiff „Motorschiff Stadt Köln“ bereits seit mehreren Jahren im Niehler Hafen liegt. Wenn nicht schnellstens etwas geschieht, ist zu befürchten, dass das denkmalgeschützte Schiff unwiderruflich verloren geht. Das darf nicht sein. Denn die „MS Stadt Köln“ ist sowohl von zeitgeschichtlicher als auch von technikgeschichtlicher Bedeutung. Insoweit wären wir gut beraten, nicht nur Bauten zu erhalten, sondern auch die uns anvertrauten Kleinode vergangener Zeiten.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr richtig!)

Dieses Schiff wurde im Jahre 1938 in sehr kurzer Bauzeit, nämlich innerhalb von knapp drei Monaten – das muss man sich heute einmal vorstellen – fertiggestellt. Es sollte ursprünglich zu der im Jahre 1940 in Köln geplanten Internationalen Verkehrsausstellung eingesetzt

werden. Dazu ist es wegen der Kriegereignisse des Zweiten Weltkrieges dann nicht mehr gekommen.

Die „MS Stadt Köln“ hatte bereits damals eine Ausstattung, die, wie es in einer zeitgenössischen Zeitschrift heißt, den höchsten Ansprüchen ihrer Zeit genügte. Diese Ausstattung ist weitgehend noch heute in ihrem Originalzustand erhalten beziehungsweise originalgetreu nachgebaut worden.

Zu den Gästen auf diesem Schiff gehörten über die Jahre hinweg unter anderen Königin Elisabeth II., Konrad Adenauer, die beiden amerikanischen Präsidenten Eisenhower und Kennedy, Charles de Gaulle und auch eine Popgröße wie Michael Jackson.

Neben der erheblichen geschichtlichen Bedeutung als Repräsentationsschiff der Stadt Köln ist die „MS Stadt Köln“ aber auch ein herausragendes Beispiel und historisches Zeugnis für die sehr weit entwickelte Schiffsbautechnik jener Zeit. Auch hierzu will ich Ihnen einige Daten nennen: Dieses Schiff verfügt über zwei Sechszylinder-Viertaktmotoren von Klöckner-Humboldt-Deutz mit jeweils 375 PS, die es dem Schiff auch wegen seiner Leichtbauweise ermöglichen, sehr schnell auf dem Rhein zu fahren, nämlich immerhin mit etwa 24 Stundenkilometern mit dem Strom beziehungsweise mit etwa 13 Stundenkilometern gegen den Strom. Die „MS Stadt Köln“ war früher eines der schnellsten Schiffe auf dem Rhein. Wenn es heute noch fahren könnte – die Betriebserlaubnis ist inzwischen erloschen –, wäre es auch heute noch eines der schnellsten Schiffe auf dem Rhein.

Interessant für Technik-Freaks ist vor allen Dingen, wie es zu den Fahrkommandos und der Steuerung kommt. Wenn man wie ich Gelegenheit hatte, sich das im Original anzuschauen, weiß man, dass dies durch Befehle im Ruderhaus im Oberdeck erfolgt, und zwar mittels sogenannter Maschinentelegrafen und einer Sprechanlage, die dann den Maschinisten im Maschinenraum in die Lage versetzt, die Maschinen zu bedienen. Das gibt es natürlich bei den heutigen modernen Schiffen nicht.

Mit dem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und FDP möchten wir die Verwaltung bitten, eine denkmalgerechte Lösung für das Ratsschiff zu finden. Jedes Gebäude mit einer vergleichbaren historischen Bedeutung würde als Denkmal für die Nachwelt erhalten. Dabei ist uns bewusst,

dass die schwierige Finanzsituation der Stadt Köln es nicht zulässt, städtische Mittel hierfür einzusetzen. Es muss daher zwingend eine haushaltsneutrale Lösung gefunden werden.

Die Chancen hierfür stehen durchaus nicht schlecht. Die Verwaltung wird daher gebeten, die vorliegenden Interessenbekundungen ergebnisoffen und ohne vorzeitige Festlegungen zu prüfen. Dabei ist es an den Interessenten, Aussagen zu Finanzierungsaufwand und späterer Verwendung zu treffen, die anschließend von der Verwaltung geprüft werden und in die Entscheidung einfließen müssen.

Wir lehnen den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab, weil dieser Antrag den Prozess zur Kostenermittlung in dem bei der Verwaltung üblichen Verfahren nur behindern würde. Er wäre damit kontraproduktiv. Wir setzen vielmehr auf die Kreativität und die Bereitschaft zur Eigenleistung bei den potenziellen Interessenten. Denn nur wenn man die Sanierungskosten und die späteren Betriebskosten im Blick behält, wird es zu einem Weiterbetrieb des Motorschiffs kommen können. Ich will in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die HGK nur im Rahmen einer Grenzkostenberechnung in der Lage war, dieses Schiff für etwa fünf Stunden Nutzungsdauer zu einem Preis von etwa 5 000 Euro bereitzustellen. Wenn man das Schiff nur zu diesen Kosten weiter betreiben kann, ist das Projekt von vornherein zum Scheitern verurteilt. Deswegen kann ich nur empfehlen, jegliche Kreativität zu nutzen und sowohl die Investitions-/Sanierungskosten als auch die Betriebskosten durch hohe Eigenleistungen im Griff zu halten.

Wir sollten jetzt die Chance nutzen, dieses bedeutende Schiff dauerhaft zu erhalten. Ich bitte daher um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Böllinger. – Herr Bürgermeister Wolf, bitte.

Manfred Wolf (FDP): Sehr geehrte Frau Kollegin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das denkmalgeschützte Gefährt ist ein Juwel, da sind sich alle einig, die mal an Bord gewesen sind.

So überschrieb der *Kölner Stadt-Anzeiger* am 12. Oktober 2008 einen Artikel über die „MS Stadt Köln“.

In unserem heutigen Antrag geht es um die Sanierung und die Erhaltung des ehemaligen Repräsentationsschiffes der Kölner Oberbürgermeister. Das denkmalgeschützte Schiff wurde - Herr Böllinger hat es schon gesagt - 1938 zu Wasser gelassen. Viele Prominente waren dort an Bord und haben das Panorama unserer Kölner Altstadt vom Wasser aus bewundern können.

Die „MS Stadt Köln“ ist kein gewöhnliches Schiff. Dieses Schiff hat eine wechselvolle Geschichte, die eng mit der jüngeren Vergangenheit der Stadt verknüpft ist. Das fahrende Motorschiff dokumentiert durch den Hintergrund seiner Entstehung, seine Funktion als Ratsschiff sowie die Auswirkungen unterschiedlicher Zeitgeschehnisse auf das Anschaulichste sowohl das lokalhistorische als auch das zeitbedingt wechselnde Anspruchsdenken der jeweiligen Eigner.

Meine Damen und Herren, die „MS Stadt Köln“ stellt wegen der noch vollständig erhaltenen und durchweg funktionstüchtigen technischen Einrichtungen ein seltenes Zeugnis für die hochentwickelte Schiffsbaukunst der Vorkriegszeit dar. Dieses Juwel gilt es vor allem vor dem Zerfall zu bewahren. Daher ist es unsere Aufgabe und unsere Pflicht, ein entsprechendes Lösungsmodell zur Sanierung zu finden, damit allen Kölnerinnen und Kölnern dieses bedeutende Dokument der Zeit- und der Technikgeschichte erhalten bleibt und adäquat genutzt werden kann.

Über Jahrhunderte, ja, fast Jahrtausende lebte und florierte unsere Stadt Köln durch die Präsenz seiner Schiffe auf dem Rhein. Lassen Sie uns gemeinsam auch weiterhin symbolisch mit der „MS Stadt Köln“ auf unserem Rhein präsent sein.

(Beifall bei der FDP)

Auch wir lehnen den Zusatzantrag der CDU ab, weil wir es für nicht sinnvoll erachten, jetzt schon einen Namen zu nennen. Wir plädieren ebenso wie Herr Böllinger dafür, ergebnisoffen zu prüfen. Wir wissen, dass der von Ihnen genannte Verein ein sehr gutes Konzept hat. Aber auch andere Leute haben gute Ideen. Die wollen wir gegeneinander abwägen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Bürgermeister Wolf. – Herr Bürgermeister Bartsch, bitte.

Hans-Werner Bartsch (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schade, dass Sie sich schon entschieden haben, sich gegen den von uns gestellten Änderungsantrag zu wenden; denn er gibt eigentlich konkret das wieder, was auch Sie alle wollen, nämlich schnell zu einem Ziel zu kommen.

Die Gründe, warum wir uns heute über dieses Schiff, die MS Stadt Köln unterhalten, teilen wir natürlich. Insofern werden wir Ihrem Antrag letztendlich zustimmen. Gleichwohl halten wir Ihren Antrag in der Sache nicht für konkret genug gefasst. Wenn Sie hier einen Prüfauftrag stellen und in der Begründung Namen nennen, an denen man sich orientieren kann, dann ist das für uns okay. Konkreter wird der Antrag aber, wenn wir sie vor die Klammer ziehen und sie im Beschluß gleich benennen.

(Martin Börschel [SPD]: Nein! Sie legen sich ja fest, Herr Bartsch! Das ist der Unterschied!)

- Nein, ich lege mich überhaupt nicht fest. Ich habe geschrieben: „KAMC und weitere mögliche Interessenten“.

(Michael Zimmermann [SPD]: Das steht aber bei uns auch!)

- Ja, deswegen ist das genau das Gleiche.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, warum stellen Sie dann den Antrag?)

- Weil Sie von Bewertung gesprochen haben, während ich darauf hingewiesen habe, dass wir jetzt in konkrete Verhandlungen eintreten können, um die Sanierung zu ermöglichen.

Sie müssen eines wissen: 2008 hat Fritz Schramma schon einmal dem damaligen Kämmerer und der HGK den Auftrag gegeben, ein Konzept zu entwickeln, um dieses Problemschiff wieder zu einem Ratsschiff zu machen.

(Martin Börschel [SPD]: Ein sehr „erfolgreicher“ Auftrag!)

- Wahrscheinlich ist er daran gescheitert, dass man für die Sanierung dieses Schiffes mit sehr

hohen Kosten gerechnet hat und solche Summen damals nicht händeln konnte.

Wir sind der Auffassung: Mittlerweile gibt es geänderte Rahmenbedingungen. Sie werden ja nicht nur mit den Vertretern von KAMC gesprochen haben, sondern wahrscheinlich auch mit dem Interessenten, der daraus ein Disco-Schiff machen möchte. Es gibt also unterschiedliche Interessenten auf dem Markt.

(Martin Börschel [SPD]: Es gibt auch das Interesse, einen Verein zu gründen!)

- Ja, klar, aber ob der von vornherein diese Summen bereitstellen kann? Sie haben von dem Verein „Phoenix“ gesprochen. Die Aussagen von „Phoenix“ gehen aber in eine ganz andere Richtung.

Deswegen sind wir der Auffassung, dass man den Antrag so konkret wie möglich formulieren muss. Das haben Sie nicht getan. Deswegen wird er auch nicht zu dem Ziel führen, das wir alle erreichen möchten, nämlich möglichst schnell dieses Schiff an einer prominenten Stelle in Köln zu platzieren, damit alle Kölner die Möglichkeit haben, es zu besuchen.

Ich kann Sie nur noch einmal bitten, sich in der Sache umzuorientieren. Ich lade Sie jedenfalls herzlich ein, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Bürgermeister Bartsch. – Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Bartsch, ich will noch einmal einiges klarstellen:

Wir sind uns, glaube ich, weitgehend einig, dass die „MS Stadt Köln“ ein zu Recht denkmalgeschütztes Objekt ist, das erhalten werden muss - dazu haben meine Vorredner schon die entsprechenden Ausführungen gemacht -, und dass es höchste Zeit ist, etwas zu tun. Wir sind uns sicherlich auch darin einig, dass der Sanierung dann auch eine Nutzung des Schiffes durch die breite Öffentlichkeit folgen soll. Angedacht ist beispielsweise ein Restaurant oder eine Location, wo man sich treffen kann. Ich

denke, darüber besteht überhaupt kein Streit. Um zu diesem Ziel zu kommen, ist es notwendig, dass wir ein transparentes, ein faires und ein seriöses Verfahren durchführen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Von diesen drei Kriterien ist der gemeinsame Antrag der drei Antragsteller geprägt.

Herr Bartsch, eines ist doch klar: Sie sind nicht zum Ziel gekommen. Ihr Oberbürgermeister

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Er war auch Ihr Oberbürgermeister!)

- ich habe ihn nicht gewählt – hat ja versucht – er hat das sicherlich mit Ihrer Fraktion abgesprochen –, etwas zu unternehmen. Ich habe mir noch einmal die Pressemitteilung vom 2. Oktober 2008 ausgedruckt. Darin heißt es:

Der Stadtkämmerer ... erhielt den Auftrag, gemeinsam mit der HGK AG ein Konzept zu erarbeiten, das Möglichkeiten der Refinanzierung und die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Schiffes beinhaltet.

An anderer Stelle lautet eine Aussage des damaligen OB, er sei zuversichtlich, dass schnell eine Lösung gefunden wird. – Das heißt, offenbar gab es einen Lösungsansatz, der aber dann gescheitert ist. Sie müssen zunächst einmal konstatieren, dass Sie da nicht sehr weit gekommen sind. Wenn man aber selbst mit diesem Versuch gescheitert ist, dann sollte man an einen neuen Anlauf nicht beckmesserisch herangehen, was Sie aber jetzt tun.

Es gibt mehrere Interessenten, die die Bereitschaft erklärt haben, das Schiff zu sanieren und einer öffentlichen Nutzung zuzuführen. Aber das muss sich natürlich auch für diese Interessenten rechnen. Unser Antrag sieht vor – das ist der seriöse Vorgehensplan –, die Verwaltung jetzt exakt zu beauftragen, mit diesen Interessenten zu sprechen, ihre jeweiligen Geschäftsmodelle zu prüfen und uns dann das Ergebnis zur Bewertung vorzulegen. Das heißt konkret: Dem zuständigen Liegenschaftsausschuss wird eine Synopse der zwei, drei oder vielleicht sogar – das Vorhaben hat sich ja mittlerweile herumgesprochen – vier Interessenten mit ihren jeweiligen Modellen vorgelegt. Dann haben wir hoffentlich die Chance, eine abschließende Entscheidung zu treffen. Ich gehe davon aus – die Zeichen stehen gut –, dass sich dabei ein Modell

herauskristallisiert, das tatsächlich tragfähig ist. Und nur darum geht es.

Das kann aber heute noch keiner beurteilen. Es wäre absolut willkürlich, sich nur auf einen Interessenten zu konzentrieren, der ein vielleicht auf den ersten Blick sehr sympathisches Geschäftsmodell verfolgt. Das wäre nicht seriös. Deshalb ist der Weg, den die drei Fraktionen in ihrem gemeinsamen Antrag vorschlagen, der einzig gangbare. Wenn Sie daran ein konstruktives Interesse haben, dann stimmen Sie dem zu. Je breiter diese Entscheidung getragen wird, desto mehr Drive hat die Verwaltung, in die Gänge zu kommen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Frank. – Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Absicht, die „MS Stadt Köln“ wieder in Fahrt zu bringen, kann gar nicht hoch genug gelobt werden. Es wäre überaus wünschenswert, wenn dieses Schiff den Menschen in dieser Stadt und den vielen Gästen, die in unsere Region kommen, wieder zur Verfügung gestellt werden könnte. Daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen.

Allerdings bin ich in beiden hier vorliegenden Anträgen über folgenden Satz gestolpert: „Es soll eine haushaltsneutrale Lösung gefunden werden.“ Da muss man aufhorchen. Denn es heißt ja auch immer wieder: Es soll für den Rest der Woche schönes Wetter sein; es sollten alle Akteure in der Politik darauf verzichten, zu lügen; es sollte sich jeder billig und gerecht verhalten gegenüber seinen Mitmenschen. Nur, das tut im wirklichen Leben nicht immer jeder. Diese Anträge lassen, so wie sie hier eingebracht worden sind, eine Hintertür offen, nämlich dafür, dass die Verwaltung uns mitteilen kann, dummerweise habe sich kein Betreiber gefunden, der auch als Investor auftritt, deshalb müsse nun ein Verein oder Ähnliches gegründet werden, wofür die stadtnahen Unternehmen herangezogen werden müssten, ein bisschen Geld in die Vereinskasse einzuzahlen, aber dadurch würde Bewegung in die Angelegenheit kommen und das Schiff zunächst einmal wiederhergestellt werden können, und danach könne man ja immer noch schauen, wie es sich weiter nutzen lässt.

Dann habe ich hier im Raum die Formulierung vernommen, die „MS Stadt Köln“ könnte ein Art Ratsschiff werden, also im weiteren Sinne ein Gefährt für die kommenden Lustreisen der politischen Klasse in dieser Stadt. Das wäre ein verheerendes Symbol. Sie wissen, dass die Öffentlichkeit bei allem und jedem, was der Rat der Stadt Köln unternimmt, das ein wenig in diese Richtung interpretiert werden könnte, sehr sorgfältig aufmerkt und alle Welt ganz genau hinschaut, was Sie da machen. Denn wenn es um Lustreisen und Vergnügungen geht, die die Öffentlichkeit bezahlen muss, hat die Kölner politische Klasse inzwischen sogar überregional einen gewissen Ruf erlangt, und dieser Ruf ist wahrlich nicht der beste.

Seien Sie deshalb gewarnt und stimmen Sie bitte folgendem Änderungsantrag zu, den ich hiermit für die Fraktion pro Köln stelle. Der Änderungsantrag lautet: Der Satz: „Es soll eine haushaltsneutrale Lösung gefunden werden“ wird ersetzt durch die Formulierung: Die Lösung muss haushaltsneutral sein. - Damit ist die Hintertür, die Ihre bisher gewählte Formulierung beinhaltet, geschlossen. Damit hätten wir wirklich die Option, gemeinsam für diesen Vorstoß zu stimmen und vielleicht am Ende tatsächlich einen Investor zu finden, der das Schiff wieder in Gang setzt, es dann auch betreibt und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

(Beifall von pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich rufe den Änderungsantrag von pro Köln zu 3.1.12 zur Abstimmung auf. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist pro Köln. Wer enthält sich? – Keiner. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Änderungsantrag der CDU ab. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist die Fraktion der CDU. Enthaltungen? – Pro Köln enthält sich. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt stimmen wir über den Antrag von SPD, Grünen und FDP ab. Wer ist gegen diesen Antrag? – Niemand. Wer enthält sich? – Pro Köln enthält sich. Dann ist der Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.13 auf:

3.1.13 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Bauliche Großprojekte“ AN/1631/2010

Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da der Antrag im Wesentlichen selbsterklärend ist, kann ich es, auch angesichts der Uhrzeit, relativ kurz machen. Wir haben gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen anlässlich der Kostenentwicklung beim Kulturzentrum am Neumarkt diesen Antrag gestellt.

In der Vergangenheit haben viele Bauprojekte in Köln und darüber hinaus gezeigt, dass die geplanten Kosten nicht eingehalten werden konnten. Wir haben das beim Vorhaben Opernquartier feststellen müssen, das ja verschiedene Kostenstadien durchlaufen hat. Wir haben das, wie eben schon angedeutet, beim Kulturzentrum am Neumarkt erlebt. Wir haben das immer wieder aus sehr individuellen Gründen bei der Nord-Süd-Stadtbahn erlebt und bei etlichen anderen Vorhaben auch.

Ich will hier ganz ausdrücklich sagen: Es handelt sich zunächst einmal weder um ein kulturspezifisches noch um ein kölnspezifisches Problem. Die Liste der Bauprojekte quer durch die Republik, die wirklich teilweise ganz exorbitante Kostenentwicklungen, ja, Kostenexplosionen verzeichnen, ist leider Gottes sehr beeindruckend. Denken Sie an die ICE-Strecke Köln-Frankfurt, denken Sie an die Kostenentwicklung bei „Stuttgart 21“, denken Sie an die Elbphilharmonie in Hamburg. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Das heißt – ich sage es noch einmal -: Das Problem ist weder kultur- noch kölnspezifisch.

Aber ein Eindruck lässt sich zumindest nicht von vornherein widerlegen, und dieser tut besonders weh, weil wir alle miteinander einen tiefen und größer werdenden Vertrauensverlust in der Bevölkerung erleiden, nämlich dass es die gefühlte Gleichung gibt: öffentliches Bauprojekt gleich Kostenexplosion. Das ist das entscheidende Problem. Die Menschen in Köln und weit darüber hinaus nehmen uns längst nicht mehr ab, dass die öffentliche Hand größere Bauprojekte kostenbewusst, planungsbewusst und sicherheitsbewusst vornehmen kann. Eine solche Situation, die ja nicht zwingend ist, aber sich eben, jedenfalls nach erstem Anschein, aufdrängt und nicht widerlegen lässt, führt eben dazu, dass das Vertrauen auch in eine solche Institution wie Stadtverwaltung oder Rat der Stadt Köln, übrigens quer durch alle Parteien und alle

Personen in der Verwaltungsspitze, unterminiert wird.

Deswegen haben wir diese letzte, sehr unerfreuliche Entwicklung beim Kulturzentrum am Neumarkt nur zum äußeren Anlass genommen, uns hier einer dezidierten Prüfung zu stellen. Wir wollen die Verwaltung auffordern, möglicherweise unter Hinzuziehung externer Berater eine wirklich genaue und detaillierte Schwachstellenanalyse durchzuführen und die Ursachen für Verspätungen und Kostensteigerungen konkret zu benennen. Wir bitten und beauftragen auch das Rechnungsprüfungsamt, hier eine Rolle einzunehmen, die als Unterstützungsleistung dem Rat gegenüber gerecht wird. Wir können und wollen es uns nicht weiter leisten, diese Schwachstellenanalyse offenkundig nicht detailliert genug zu machen.

Die Schwachstellenanalyse selbst ist allerdings nur ein erster Schritt. Die Stadtverwaltung ist aufgefordert, auch durch diesen Antrag, aus den gewonnenen Erkenntnissen konzeptionelle Schlussfolgerungen zu ziehen, sich genau zu überlegen: Was heißt denn das, und wie müssen wir sowohl in der Planungsphase, in der Durchführungsphase als auch im Controlling neue Korsettstangen einziehen? Das gilt erst recht angesichts der Tatsache, dass wir in Köln ja noch weitere größere Projekte vorhaben. Denken Sie an die Neubau des Historischen Archivs, denken Sie an das Museum der jüdischen Kultur oder auch an die vielen Schul- oder Straßenbauten.

Ebenso ist ein umfassendes Kostencontrolling erforderlich; das habe ich gerade schon angedeutet. Die Stadt kann es sich nicht länger leisten, dass man ihr vorwerfen kann, sie habe ein sorgloses Planungsverhalten, sondern sie muss, wie private Bauherren auch, wirklich baukostenverlässlich und nachvollziehbar ermitteln und sicherstellen, dass diese Kosten dann im Bauverlauf auch eingehalten werden.

Wir möchten mit diesem Antrag einen ersten Startschuss dazu leisten. Wir sind uns vollkommen bewusst, dass das noch nicht das Ende der Fahnenstange ist. Es muss unser großes gemeinsames Ziel sein, dass das Ergebnis Kostensteigerungen die Ausnahme ist und nicht mehr die Regel. Deswegen hoffe ich auf Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Börschel. – Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Mitten in den Sommerferien – das passiert ja häufig im Sommer – wurden die Fraktionen von schlechten Nachrichten in Form einer Dringlichkeitsentscheidung der Verwaltung überrascht. Alle wissen: Weitere 11,7 Millionen Euro wurden gebraucht, um das Kulturzentrum am Neumarkt fertigzustellen. Grund: Kostenerhöhungen durch Bauzeitverzögerungen und Planungs- und Leistungsveränderungen.

Überraschend ereilte uns diese Dringlichkeitsentscheidung auch deshalb, weil wir im Kulturausschuss mehrmals nachgefragt haben, ob die Bauzeitverzögerungen, die ja allgemein bekannt waren, finanzielle Konsequenzen nach sich zögen. Im Kulturausschuss wurde dies immer wieder verneint. Lediglich der Eröffnungstermin 22. Oktober wurde diskutiert.

Allen ist bekannt: Der Neubau des Kulturzentrums am Neumarkt / Museum Schnütgen war in seiner Abwicklung von vielen Schwierigkeiten begleitet. Bereits 2008 – auch daran erinnere ich schmerzlich – mussten über 6 Millionen Euro für das Projekt zugeschossen werden, nämlich für Einrichtung und Umzug. Jetzt im Sommer kamen noch einmal 11,7 Millionen Euro hinzu.

Das Ganze steht beispielhaft für etwas, das überhaupt nicht sein darf. Auch da sind wir uns, denke ich, einig. Hohe Kosten im Kulturbereich haben wir allemal. Wir diskutieren über die Sanierungskosten von Schauspiel und Oper. Jetzt kommen an anderer Stelle plötzlich 11,7 Millionen Euro dazu. Keiner versteht mehr, was die Kultur in Köln eigentlich so möchte. Meines Erachtens ist das ein Schlag ins Wasser der Kultur.

Wir alle wissen, es geht hier nicht nur um die Kosten für kulturelle Bauten, sondern allgemein darum, dass die Kosten für große Projekte in städtischer Trägerschaft nicht explodieren dürfen. Für uns heißt das: Wir müssen – Herr Börschel hat es bereits angesprochen – bezogen auf das Kulturzentrum am Neumarkt den Fehlerquellen wirklich auf den Grund gehen. Wir müssen bei künftigen Projekten Kostenklarheit und -wahrheit haben. Wir müssen seriöse Planungssicherheit bei städtischen Bauprojekten haben. Denn auch für uns Politiker ist die

verlässliche Umsetzung unserer Beschlüsse wichtig; sonst können wir Politiker nicht handeln. Herr Börschel hat angedeutet, dass das Vertrauen in eine kostenverlässliche Umsetzung nicht nur bei uns, sondern auch in der Stadtgesellschaft gesunken ist.

Bezogen auf das Kulturzentrum am Neumarkt muss deswegen – auch das wurde erwähnt – unbedingt das Rechnungsprüfungsamt eingeschaltet werden, um Licht in diese komplexe Angelegenheit zu bringen. Wir müssen und wollen genau wissen, was die einzelnen Gewerke am Ende gekostet haben und welche Gründe es für die Kostensteigerungen gegeben hat. Gleichzeitig ist zu klären, wie eventuelle Ersatzansprüche durchgesetzt werden können.

Diese nachträgliche kritische Schwachstellenanalyse der Projektorganisation und des Projektablaufes ist zwingend erforderlich; denn nur wenn wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, werden wir auch im Hinblick auf die folgenden großen Projekte bessere Kostenanalysen erhalten und sicher sein können, dass ein besseres Controlling gemacht wird. Deswegen wollen wir, dass die Erkenntnisse aus der Schwachstellenanalyse bewertet und konzeptionell aufbereitet werden. Die effizientere Abwicklung künftiger Bauprojekte muss garantiert sein, egal, ob es sich um Bauprojekte im kulturellen Bereich oder in anderen Bereichen handelt. Risiken für künftige kulturelle Großprojekte müssen minimiert werden. Deswegen ist – ich betone das noch einmal – ein verstärktes Kostencontrolling bei städtischen Baumaßnahmen zu installieren, einschließlich der Offenlage und der Kontrolle der Leistungsverzeichnisse. Nur so kann die unheilvolle Gleichsetzung von öffentlichen Bauprojekten und Kostenexplosion durchbrochen werden.

Es geht in unserem Antrag auch um Verlässlichkeit und Transparenz, um zukünftig eine effiziente und kostenstabile Abwicklung von baulichen Großprojekten sicherzustellen, damit eine Elbphilharmonie am Rhein oder andere Alpträume in Form von kostenträchtigen DEs nachhaltig verhindert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Frau von Bülow. – Bitte, Herr Görzel.

Volker Görzel (FDP): Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag – das ist zu konzedieren – weist absolut in die richtige Richtung. Kollegin von Bülow hat gerade angesprochen, dass ihr die Sommerferien durch die Nachricht bezüglich des Kulturzentrums am Neumarkt verhagelt wurden. Die Fraktionskollegin Moritz hat hier vor einigen Wochen bekundet, ihr seien die letzten Sommerferien durch die Baukostenexplosion bei der Sanierung - damals noch beim Neubau - des Opernquartiers verhagelt worden.

Trotzdem müssen wir aufpassen, dass dieser Antrag hier nicht zu einem Alibi-Antrag wird. Im Text des Antrages ist sehr wohl von Großprojekten die Rede. Wir müssen darauf achten, dass Großprojekte in Köln nicht unter die Räder geraten. Wir müssen auch ein Augenmerk darauf richten, dass Großprojekte nicht allein aus Kostengesichtspunkten in ein schlechtes Licht geraten. Wir müssen den Mut zu Großprojekten haben. Aber wir müssen ein Instrumentarium schaffen, um derartige Großprojekte auch umsetzen zu können.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Bürgerinitiative und der Sanierung hier in Köln und den Erfahrungen aus Stuttgart mit dem dortigen Großprojekt S21 müssen wir uns als Politiker nicht nur der Kostenfrage, sondern auch die Legimitationsfrage zuwenden. Wir müssen uns auch fragen, wie wir die Verantwortung übernehmen. Aber der Reihe nach:

Wir alle wissen sehr genau, dass die Verträge, die mit den Architekten und den Ausführenden abgeschlossen werden, ergänzungsbedürftig sind. Wir müssen in den Verträgen Kostendeckel verankern. Wir müssen in den Verträgen das Verhältnis von Leistung, sprich: Geld, und Gegenleistung klar definieren. Es kann nicht angehen, dass nachträglich Wünsche formuliert werden, die dann in zweifelhaften Beschlussfolgen durch die Beschlussorgane geprügelt werden. Wir brauchen ein klar definiertes Pflichtenheft in den entsprechenden Verträgen. All dies ist bislang nicht der Fall.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch klar die Frage stellen, an welcher Stelle die Verwaltung in der Vergangenheit die Verantwortung getragen hat, und müssen zukünftig ein Haftungsregime für den Fall aufbauen, dass die Verwaltung an dieser Stelle versagt. All dies muss geprüft werden.

Ab einem bestimmten Punkt müssen die Planungen abgeschlossen sein, damit nicht Wünsche, von wem auch immer geäußert und mit welcher Berechtigung auch immer, nachträglich in das Projekt einfließen können. Kalkulationen – Kollegin von Bülow hat es dargelegt – müssen klar definiert werden. Es kann nicht sein, dass Fachausschüsse nicht mehr involviert sind, wie es zum Beispiel beim Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft in Zusammenhang mit dem Themenkomplex Kulturzentrum am Neumarkt zum Schluss der Fall war. All diese Punkte werden hoffentlich aufgrund dieses Antrags aufgedeckt werden, damit im Nachgang entsprechende Änderungen umgesetzt werden können.

Wir müssen allerdings darauf achten, dass, wenn wir Entscheidungen für solche Großprojekte getroffen haben, seien es Kulturprojekte, Städtebauprojekte, Verkehrsprojekte oder Bildungsprojekte, diese Projekte dann auch entsprechend unserer Entscheidung in klarer Weise durchgeführt werden. Wir sollten uns klarmachen, dass ein Hin- und Hereiern aus parteitaktischen oder verwaltungsinternen Gründen für den Bürger draußen auf der Straße das falsche Signal ist. Wenn wir eine Entscheidung getroffen haben, und zwar nicht nur aus Kostengesichtspunkten, dann haben wir als politisch Verantwortliche die Aufgabe, zur Verwaltung und zu den ihr gegebenen Aufträgen zu stehen. Es steht uns nicht gut an, plötzlich irgendjemandem nach dem Mund zu reden. Manchmal sind Kurshalten und Worthalten auch Mittel, um Verlässlichkeit und Führung in einer Stadtgesellschaft zu zeigen. Gerade die Ereignisse in Köln und andernorts zeigen: Ja, wir brauchen große Projekte, wir brauchen Kostenkontrolle, wir brauchen Qualitätskontrolle, aber wir brauchen auch verlässliche Politiker, wir brauchen eine verlässliche Verwaltung, und wir brauchen Haftung für den Fall, dass etwas schiefgeht.

Der Antrag, den die Grünen und die Sozialdemokraten gestellt haben, gibt uns nun die Gelegenheit, all diese Aspekte mit einfließen zu lassen. Wir werden zu gegebener Zeit eine sehr kritische Bewertung durchführen. Vor diesem Hintergrund wird meine Fraktion dem Antrag zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Görzel. – Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! All das, was in dem Antrag aufgelistet ist, finde ich richtig. Deshalb werden wir diesem Antrag auch zustimmen.

Zunächst ein Wort zu Ihnen, Frau von Bülow. Es gab ja den Unterausschuss Museumsbauten. Ihre Fraktion war dort mit Herr Sörries vertreten. All das, was Sie hier eben gesagt haben, kann man in den Protokollen dieses Ausschusses nachlesen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Ausweislich des Protokolls der Sitzung im Mai letzten Jahres wurde schon damals darauf hingewiesen, dass es 480 Nachträge mit einem Kostenvolumen von 10,2 Millionen Euro gibt. Damals hätte man nachfragen müssen. Hätte man diesen Unterausschuss nicht aufgelöst, der ja auch als Kontrollgremium gedient hat, wären diese Fragen längst beantwortet worden. Es reicht nicht, davon zu sprechen, hier müsse mehr Transparenz geschaffen werden. Transparenz war da. Die Grünen waren nicht in allen Sitzungen anwesend. An drei Ausschusssitzungen, in denen darüber diskutiert worden ist, haben sie nicht teilgenommen beziehungsweise mussten Sie leider gehen. So war das.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Was für Sitzungen denn?)

- Das war Herr Sörries von den Grünen. Das ist hier im Protokoll des Unterausschusses vermerkt. Das können Sie nachlesen, Herr Frank. So war das. Deswegen empfehle ich, nicht nur die Krokodilstränen laufen zu lassen.

Ich will aber noch eines sagen: Wie ich mittlerweile feststellen musste, kann man den Aussagen der Verwaltung eigentlich nicht glauben. Als ich damals darauf hingewiesen habe, der Kostenrahmen würde gesprengt werden – lesen Sie die Protokolle –, wurde vonseiten der Verwaltung gesagt: Wir sind im Rahmen des Gesamtvolumens. - Das wurde mit circa 61 Millionen Euro beziffert.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Die haben uns belogen!)

- So weit will ich jetzt nicht gehen. Aber vielleicht war die Kenntnis der Verwaltung nicht ganz so weit fortgeschritten, um das ganze Ausmaß zu erkennen. Deswegen gebe ich zu bedenken,

dass es möglicherweise nicht ausreicht, das hier nur intern aufzuarbeiten.

Es wird nicht das letzte Mal sein, dass die Politik mit der Sachlage konfrontiert wird, dass alle Entscheidungen getroffen worden sind, die Aufträge vergeben und durchgeführt wurden, und wir am Ende als politisch Verantwortliche einfach hinnehmen müssen, dass das Ganze leider teurer geworden ist als ursprünglich geplant. - In diesem Fall müssen noch 10 Millionen Euro zusätzlich bezahlt werden.

Aber dass Sie, Frau von Bülow, wie Sie hier vorgetragen haben, davon völlig überrascht worden sind, kann ich nicht nachvollziehen. In dem entsprechenden Gremium saß eine Person Ihres Vertrauens, nämlich Herr Sörries. Wenn er die dort gegebenen Informationen nicht an Sie weitergegeben hat, dann sollten Sie sich nicht nachträglich hier im Rat darüber beschweren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Klipper. – Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag. Wer ist für diesen Dringlichkeitsantrag? – Die SPD, die Fraktion der Grünen, die FDP, die Linke, die CDU, pro Köln und Herr Hoffmann. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Veranstaltung des NS-Dokumentationszentrums am 4. November 2010“ AN/1608/2010

Bitte, Herr Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Verwaltung, ich nehme gerne den Satz von Herrn Klipper auf: Man kann der Verwaltung nicht glauben. - Traurig, traurig!

Die Beantwortung unserer Anfrage ist wieder einmal hochgradig peinlich. Anders kann ich das nicht ausdrücken. Es wäre ja noch harmlos,

wenn sie so ausgefallen wäre, wie Herr Streitberger auf eine Frage von Frau dos Santos zu Punkt 3.1.1 geantwortet hat, nämlich einsilbig. Wenn man Ihre Antwort einfach nur einsilbig nennen könnte, also Ja oder Nein, wäre das harmlos. Aber Ihre Antwort führt an der Sache vorbei.

Ich komme zur Frage 1, in der wir gefragt haben: Wie hoch sind die Kosten? – Hätten wir vielleicht eher fragen sollen: Wie viel Euro sind dafür ausgegeben worden? Wenn das unbedingt sein muss, dann stelle ich jetzt die Frage: Wie viel Euro sind für diese Veranstaltung ausgegeben worden?

Denjenigen, die nicht wissen, worum es in unserer Anfrage ging, sei gesagt: Es geht um eine Veranstaltung gegen die Bürgerbewegung pro Köln im Rahmen einer Veranstaltung des NS-Dokumentationszentrums. Denjenigen, die nicht wissen, was ein NS-Dokumentationszentrum macht, sei gesagt: Wie der Name schon sagt, soll es sich mit der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit frage ich Sie: Können Sie mir vielleicht verraten, was die Bürgerbewegung pro Köln mit dem Nationalsozialismus beziehungsweise mit der Zeit des Nationalsozialismus zu tun haben soll?

(Beifall bei pro Köln)

Ich sehe da ganz klar eine Relativierung. Ich habe einmal gelernt, dass es strafbar ist, diese furchtbare Zeit und die Gräueltaten, die in dieser Zeit begangen worden sind, zu relativieren. Wenn man jetzt eine demokratische Bürgerbewegung, wie es die Bürgerbewegung pro Köln ist, im Rahmen einer Veranstaltung eines solchen Zentrums behandelt, dann ist das eine Relativierung und grenzt an einen Straftatbestand, und das Ganze geht auch noch auf Kosten des Kölner Steuerzahlers.

Meine erste Frage lautet deshalb ganz klar: Wie viel Euro hat der „Spaß“ gekostet?

In Ihrer Antwort darauf war von den „üblichen Honorarsätzen“ die Rede. - Wie ist eine solche Antwort zu verstehen? Honorarsätze kenne ich im Zusammenhang mit Rednern, Vorträgen und dergleichen. Aber hier sind doch auch Druckkosten, Portokosten, Raumkosten etc. angefallen. Wir wollen exakt aufgelistet haben, was das Ganze gekostet hat. Die Antwort, es seien die üblichen Honorarsätze gezahlt worden, reicht uns nicht aus.

Unsere nächste Frage war: Wer trägt die Kosten für diese Veranstaltung? – Eine saubere Antwort von Ihrer Seite: Die Kosten trägt die Stadt Köln. Das heißt also: der Steuerzahler.

Leider sitzen jetzt immer weniger Vertreter der Verwaltung auf dem Podium; das lag vielleicht an meinen Vorrednern.

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Man kann Nachfragen stellen, aber keine Reden halten!)

- Herr Ludwig. Das lag nicht an unseren vielen Anträgen. Wenn ich an den letzten Antrag erinnern darf - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sie haben jetzt zwei Fragen gestellt.

(Markus Wiener [pro Köln]: Eine!)

- Zwei Fragen haben Sie gestellt.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Vollkommen richtig. Aber ich habe leider noch einige mehr. Wenn unsere Anfrage richtig beantwortet worden wäre - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bei zwei Fragen ist Schluss.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Frau Bürgermeisterin, wo steht das? Wenn unsere Anfrage richtig beantwortet wäre - -

(Henk van Benthem [CDU]: Das steht ganz einfach in der Geschäftsordnung! Man muss lesen können: Das Schwarze sind die Buchstaben!)

Na gut, dann beantworten Sie jetzt diese beiden Fragen, aber bitte richtig.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kosten der Veranstaltung liegen wirklich im Rahmen des Üblichen - deswegen haben wir sie hier nicht ausdrücklich aufgeführt - und sind sehr bescheiden. Ich sage es Ihnen: Es sind exakt 300 Euro.

(Zuruf von Bernd M. Schöppe [pro Köln])

- Die zweite Frage - das haben Sie doch selber festgestellt - ist klar beantwortet. Die Kosten trägt die Stadt Köln.

(Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Nein, das war nicht meine Frage!)

- Doch. Die Kosten - das habe ich beantwortet - -

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Professor Quander, vielen Dank. Das steht ja auch schon hier. Ich habe lobend erwähnt, dass da mal eine Frage korrekt beantwortet worden ist.

Das war aber nicht meine zweite Frage. Meine zweite Frage - -

(Das Mikrofon wird ausgeschaltet)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Die Frage ist jetzt von Herrn Beigeordneten Quander beantwortet worden.

(Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Frau Scho, ich habe dazu gar keine Frage gestellt! Hallo?)

- Sie sind auch gar nicht mehr dran.

(Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Frau Scho, dann verraten Sie mir bitte, wieso ich überhaupt hier stehen muss! - Gegenruf von Henk van Benthem [CDU]: Dann setzen Sie sich doch!)

- Sie brauchen nicht zu stehen. Sie haben zwei Fragen gestellt, und diese beiden Fragen sind vom Beigeordneten Quander beantwortet worden.

(Bernd M. Schöppe [pro Köln]: Nein, die zweite Frage ist nicht beantwortet worden!)

Ich rufe jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf, nämlich:

4.3 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Belebung des Opernquartier - Anhebung der Aufenthaltsqualität“ AN/1626/2010

Antwort der Verwaltung vom 14.09.2010 3903/2010

Der Kollege Zimmermann ist leider erkrankt. Deswegen brauchen wir diese Anfrage heute

nicht zu behandeln. Wir wünschen dem Kollegen gute Besserung.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Planungs- und Sachstand Heliosgelände“ AN/1629/2010

Hierfür gilt dasselbe.

Jetzt übernimmt der Oberbürgermeister wieder das Ruder.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 6. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 28.08.2008 hier: Seniorenvertretung und Arbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik 2214/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer enthält sich? - Damit ist sie so angenommen.

Ich rufe auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Änderung der Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln 1687/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion pro Köln. Ansonsten ist sie angenommen.

Wir kommen zu:

7 Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten

genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2010 3369/2010

Hier geht es um die Kenntnisnahme.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

10.2 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2010 0180/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diesen Wirtschaftsplan? - Das sind die FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke ist der Wirtschaftsplan so angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Abführung an den städtischen Haushalt für 2010 0196/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ebenfalls keine Wortmeldungen.

Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Wir kommen zu:

10.5 Namensgebung für die Städtische Förderschule Sprache, Marienplatz 2, 50676 Köln 2224/2010

Diese Vorlage steht zur Abstimmung wie im Schulausschuss beschlossen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke so angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Neufestsetzung der Eintrittspreise für die Erwachsenenpuppensitzung, für Erwachsene in der Kinderpuppensitzung und Erwachsenenvorstellungen 2267/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer Enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese Beschlussvorlage so angenommen.

Jetzt kommen wir zu:

10.7 Solarenergie auf städtischen Dächern 2460/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion AN/1657/2010

Dazu gibt es eine Wortmeldung. Frau Gordes, bitte.

Birgit Gordes (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen diese Vorlage sehr.

In unserem Änderungsantrag haben wir nur beim ersten Spiegelstrich ein Zeitlimit eingefügt.

Der zweite und der dritte Spiegelstrich bleiben unverändert.

Was wir nicht wollen, ist der durch den vierten Spiegelstrich verursachte unnötige Verwaltungsaufwand in Form einer halbjährlichen Berichtspflicht. Im Rahmen des Energieberichts wird ohnehin berichtet. Wir können uns nicht auf der einen Seite aus Kostengründen eine schlanke Verwaltung wünschen und auf der anderen Seite die Verwaltung mit immer neuen Aufgaben, Auflistungen, Aufstellungen und Nachweisen beschäftigen und sie damit im Endeffekt von effizienter Arbeit abhalten. Entbürokratisierung kann an dieser Stelle keine Einbahnstraße sein, sondern muss dann auch im umgekehrten Falle gelten, also nicht nur in die eine Richtung.

Dieser Grundsatz sollte uns hier auch in Zukunft bei allen unseren Anträgen begleiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieser Beschlussvorschlag entstammt letzten Endes einer Beschwerde, die im Beschwerdeausschuss verhandelt worden ist. Ich möchte dazu Folgendes sagen: Wir haben der Verwaltung bzw. der Gebäudewirtschaft so deutlich gemacht, dass dort Nachholbedarf besteht, dass wir es nicht für nötig halten, hier einen Termin aufzunehmen, wie es die CDU gewünscht hat. Es reicht aus, zu sagen, dass diese Liste erstellt wird und auch entsprechend bewertet werden soll.

Des Weiteren möchte ich etwas zu dem Punkt „überflüssige Arbeit der Verwaltung“ sagen. Meine Damen und Herren, im Beschwerdeausschuss war dieser Antrag gekommen, nachdem die Gebäudewirtschaft neun Jahre lang, sagen wir einmal, nur sehr mäßig gearbeitet hat - zumindest in diesem Bereich. Das hat dazu geführt, dass der Beschwerdeausschuss selbstverständlich der Ansicht war, dass nicht nur sehr schnell gearbeitet werden muss, sondern auch den Fachausschüssen darüber Bericht erstattet werden muss.

Frau Gordes, da die Daten dann sowieso vorliegen, schlägt es nichts, wenn das von der Verwaltung dann in die Ausschüsse eingebracht wird.

Deshalb schlagen wir weiter vor, wie Beschwerdeausschuss abzustimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das war ja auch einstimmig!)

- Richtig, das war im Beschwerdeausschuss einstimmig.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister, ich habe nur eine Verständnisfrage. Stimmen wir jetzt ab, wie der Beschwerdeausschuss beschlossen hat?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ja!)

- Dann hätte ich gerne noch gewusst, wie der Bauausschuss beschlossen hat. Auf der Vorlage steht nämlich: Ergebnis mündlich. Wir müssen also zunächst feststellen, nach welchem Beschluss wir dann abstimmen. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Bosbach direkt dazu, bitte. Ich kann es auch sagen. Aber machen Sie es, Herr Bosbach.

Wolfgang Bosbach (SPD): Der Bauausschuss hat mehrheitlich den Beschluss des Beschwerdeausschusses eins zu eins übernommen.

(Birgit Gordes [CDU]: Nein, das stimmt so nicht!)

- Doch, er hat mehrheitlich den Beschluss übernommen - gegen die Stimmen der CDU; das ist richtig. Aber wir haben mehrheitlich so beschlossen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Bürgerbewegung pro Köln ist wichtig, dass in dieser Solarsatzung auch darauf geachtet wird, dass möglichst Anlagen mit positiver Energiebilanz verwendet werden. Es gibt immer noch Solaranlagen, die eine negative Energiebilanz haben. Das ist natürlich nicht im Sinne des Erfinders.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. - Doch, noch einmal Frau Kirchmeyer.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister, der Form halber müssten wir dann abstimmen wie Bauausschuss; denn wenn ich mich recht an meine jahrelange Tätigkeit im Beschwerdeausschuss erinnere, ist der Beschwerdeausschuss ein empfehlendes Gremium und kein beschlussfassendes Gremium.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das Beschlussorgan ist der Rat. Die Ausschüsse können uns nur Empfehlungen geben; wir sind daran nicht gebunden. Das kann auch der Beschwerdeausschuss tun.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt. Im Beschlussvorschlag geht es um das Thema Solarenergie - wie Beschwerdeausschuss. Dazu liegt ein Änderungsantrag der CDU vor.

Da dieser Antrag der weitergehende ist, stimmen wir zunächst über den Änderungsantrag der CDU ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag der CDU? - Das sind die CDU und die FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Beschlussvorschlag - wie Beschwerdeausschuss, Anlage 2. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die Fraktion Die Linke, die CDU, die FDP, die Fraktion pro Köln und Herr Hoffmann - also einstimmig; das hätten wir kürzer haben können.

Wir kommen zu:

10.8 Erfahrungsbericht zum ersten Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Melaten 2494/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Konjunkturpaket II - Investitionsschwerpunkt Bildung Herausnahme von Maßnahmen und Umschichtungen von Fördermitteln 2678/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Koelnmesse GmbH

**hier: Änderung des
Gesellschaftsvertrages
2768/2010**

Wir stimmen ab wie im Finanzausschuss vorgeschlagen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist er so angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Bedarfsfeststellung für den Abschluss einer Bereitstellungsvereinbarung zur Lieferung von Kinderspielgeräten, Ersatzteilen und Zubehör
3037/2010**

Ich gehe davon aus, dass dazu keine Wortmeldung vorliegt.

Dann lasse ich auch darüber abstimmen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Dann kommen wir zu:

**10.12 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2008/2009 in analoger Anwendung bei Finanzstelle 5100-0603-0-1001, Kindergartenprogramm (sonstige Maßnahmen)
hier: Errichtung eines zweiten Flucht- und Rettungsweges und sonstiger Brandschutzmaßnahmen in der Kindertagesstätte Wittener Str. 10 in 51065 Köln
3116/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein.

Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Dann kommen wir zu:

**10.13 Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen für die Erneuerung/ Umgestaltung der Severinstraße im Abschnitt von St. Katharinen Kartäuserwall/Severinswall
3134/2010**

Diesen Tagesordnungspunkt behandeln wir gemeinsam mit:

**4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „KAG-Beiträge Severinstraße“
AN/0552/2010**

Dazu hat sich Herr Möring gemeldet. Bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein Satz vorweg: Die CDU möchte eine Entlastung der belasteten Anlieger an der Severinstraße; anders als offensichtlich Frau Tull, die vorhin angekündigt hat: Geschenke können wir uns nicht leisten, auch wenn sie wünschenswert sind - und da ging es nur um einige Cent bei den Parkgebühren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber es war überdies nicht sinnvoll! Das war das Wichtige!)

- Die Aussage war ja allgemeiner.

Wir haben diese Position bereits im Frühjahr 2009 in einem Antrag unserer BV-Fraktion im Stadtbezirk 1 dokumentiert, mit dem die Verwaltung gebeten werden sollte, soweit rechtlich möglich, nach Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn die Hausbesitzer in der Severinstraße von den Beiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz für die Neugestaltung der Straße zu befreien.

Im Herbst 2009, also ein knappes halbes Jahr später, hat die Verwaltung nach ausführlicher Prüfung dieses Antrages festgestellt - ich zitiere -:

Die angeregte Befreiung von der Abgabe kann wegen der eindeutigen Rechtslage nicht erfolgen.

Dann wird auf § 8 Kommunalabgabengesetz usw. verwiesen; das spare ich mir hier. - Weiter heißt es dort:

Ein Verzicht darauf wäre rechtswidrig.

Zitiert werden in diesem Zusammenhang die Urteile des Oberverwaltungsgerichts von 1991 und 1990 in zwei verschiedenen Fällen. - Das war im September 2009.

Im Februar 2010 hat der Stadtdirektor in einer Veranstaltung im Gürzenich zu diesem Thema gesagt - es ging um die KAG-Satzung -:

Der Oberbürgermeister hat gestern im Stadtvorstand entschieden, dass diese Vorlage zurückgezogen wird.

Er hat dann ausgeführt:

Es kann nicht sein, dass wir von Ihnen zusätzliche Beiträge erheben, aber gleichzeitig Sie unterstützen müssen, damit zum Beispiel Gewerbetreibende die entsprechenden Einnahmerückgänge irgendwie kompensieren können. Die Vorlage wird nicht kommen.

Wir haben das schon damals kritisiert, und zwar vor dem Hintergrund einer, vorsichtig ausgedrückt, fragwürdigen Verfahrensweise, die unserer Auffassung nach nicht der richtige Weg zur Entlastung der Severinstraßenanlieger sein konnte.

Dann haben wir diesen Punkt in einer Anfrage thematisiert. Diese Anfrage hat anschließend wieder ein halbes Jahr - mit Aufschüben - den Rat beschäftigt oder auch nicht beschäftigt, bis dann die Verwaltung diese Bestimmung aus der 207. Sitzung herausgenommen hat und jetzt eine eigene Vorlage bringt.

Mit dieser eigenen Vorlage haben wir allerdings noch mehr Probleme als vorher. Ich könnte natürlich sagen: Wenn die BV-Fraktion der CDU einen Antrag stellt, die Verwaltung sagt, das gehe rechtlich nicht, und kurze Zeit später der Stadtdirektor kommt und sagt, er könne das aber, könnte man daraus den Schluss ziehen, dass man der CDU-Fraktion einen solchen Erfolg nicht gönnte. - Hier scheint es sich aber eher um eine Kommunikationspanne oder etwas Ähnliches zu handeln.

Jetzt liegt uns eine Vorlage vor, die aus drei Punkten besteht.

Punkt 1:

Der Rat beschließt, auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach § 8 KAG NRW ... zu verzichten ...

Zu diesem Punkt ist an dieser Stelle wenig zu sagen; denn das ist unser Ziel.

Punkt 2:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die der Stadt entgangenen Beiträge als Forderung in den Schadensersatzprozess gegenüber den

Verursachern des Großschadensfalles Waidmarkt einzubringen.

Meine Damen und Herren, wenn Schadensersatz eingeklagt wird, dann muss der Verursacher des Schadens feststehen. Wenn wir auf Beiträge nach KAG verzichten, dann ist der Schadensurheber - wenn man diesen Begriff denn gebrauchen will - der Rat mit einem solchen Beschluss, aber nicht derjenige, der das Unglück verursacht hat.

Bevor also die Verwaltung, sofern dies heute beschlossen wird, tatsächlich einen Schadensersatzprozess in diesem Bereich anstrebt, wäre meine dringende Bitte, das rechtlich zu prüfen. Das halte ich für erforderlich, bevor wir dort hohe Gerichtsgebühren oder Anwaltsgebühren bezahlen müssen und dann noch mehr Geld zum Fenster hinauswerfen müssen.

Punkt 3:

Der Rat nimmt die Beschlussvorlage zugleich als Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion ... zur Kenntnis.

Dem ist bei weitem nicht so. Wir haben heute eine Tischvorlage bekommen, in der noch einmal erläutert wird, wie die Verwaltung zu dieser Vorlage kommt. Dazu gehört bemerkenswerterweise auch - was inzwischen wohl allgemein bekannt ist -, dass die Fachverwaltung diese Vorlage nicht mitgetragen hat und sie deswegen vom Dezernat VI in das Dezernat I gewandert ist und ein neues Deckblatt bekommen hat.

Wir haben hier als Begründung erläutert bekommen, dass es möglich sei, einen Ausnahmetatbestand zu schaffen; man könne auf Beiträge nach KAG verzichten, weil dort eine Sollvorschrift bestehe.

Außerdem wird auf ein OVG-Urteil aus dem Jahr 2002 verwiesen. Dieses Urteil hat der Stadtdirektor mir heute Morgen freundlicherweise auch zukommen lassen.

Wie wir immer gesagt haben und wie auch im Verkehrsausschuss bereits von der Verwaltung vorgetragen worden ist, deckt das unseren Fall aber nicht. Das ist auch genau unser Problem. Diese KAG-Regelung erlaubt Ausnahmetatbestände im Einzelfall - zum Beispiel, wenn ein wirtschaftlicher Vorteil nicht gegeben ist oder Ähnliches mehr, aber grundsätzlich immer nur als Einzelfall. Wir reden hier aber über eine Pauschallösung.

Es ist keine juristische Korinthenkackerei, wenn wir dies hier so detailliert ausführen; denn wir haben in der Vergangenheit in der Frage der rechtlichen Bewertung von Beschlüssen bereits Schiffbruch erlitten und wollen das nicht gerne noch einmal.

Das Urteil, das in der Vorlage als Begründung angeführt wird, enthält Aussagen, die ich kurz zitieren möchte, um zu zeigen, wie atypisch es ist bzw., um es andersherum auszudrücken, wie wenig es geeignet ist, hier eine Begründung zu liefern.

Darin heißt es nämlich ganz einfach - verkürzt wiedergegeben -, ein Verzicht setze voraus, dass von demjenigen, der nicht zur Zahlung herangezogen werden solle, eine wirtschaftliche Gegenleistung erbracht werde. Das ist in unserem Fall nicht gegeben.

Ein Verzicht setzt auch voraus, dass es sich um eine Einzelfallentscheidung handelt; denn die Sollvorschrift bedeutet, dass man das zwar in einem atypischen Einzelfall machen kann, aber nicht pauschal.

Wir wollen eine Entlastung erreichen, die rechtssicher ist. Eine Entlastung, die rechtssicher ist, scheint uns bei dieser Vorlage aber nicht gegeben zu sein.

Gleichwohl werden wir, nachdem wir schon ein halbes Jahr - einschließlich des BV-1-Antrags sogar ein Jahr - an diesem Thema herumdoktern, trotz dieser Bedenken heute dieser Vorlage zustimmen - aber nicht, ohne die Verwaltung nachdrücklich aufzufordern, mit der Kommunalaufsicht abzuklären, ob dieser Beschluss rechtlich haltbar ist. Wenn ja, sind wir beruhigt. Wenn nein, müssen wir über einen anderen Weg nachdenken.

Es wird darauf hingewiesen, dass wir erst 2013 Beiträge erheben wollen. Es gibt also Zeit genug, um einen solchen Beschluss gegebenenfalls zu korrigieren. In der Form, in der das jetzt vorgelegt wird, haben wir aber nach wie vor unsere erheblichen Zweifel.

Ich schließe noch einmal mit der ganz klaren Aussage: Wir wollen diese Entlastung. Wir wollen sie aber auf eine Weise, die uns ein gutes Gewissen beschert, dass wir es auch korrekt gemacht haben. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. - Dann gibt es Redewünsche von Frau Kirchmeyer und Herrn Uckermann.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht normalerweise nach Größe der Fraktionen!)

- Entschuldigung.

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Ich habe nur eine Nachfrage dazu!)

- Eine Nachfrage? Bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben im Verkehrsausschuss lange über dieses Thema diskutiert. Dort waren wir uns, glaube ich, alle einig darüber, dass wir hier eine Entlastung wollen. Wir müssen uns natürlich sehr davor hüten, eine Entlastung zu beschließen, die unter juristischen Vorbehalten steht.

Im Verkehrsausschuss hatten wir auch darum gebeten, noch eine rechtssichere Vorlage einzubringen. Wir haben keine neue Vorlage bekommen; wir haben eine Stellungnahme bekommen. Zu dieser Stellungnahme würde ich gerne noch zwei Fragen stellen.

Erstens. Im vierten Absatz der Stellungnahme - Anlage 3 - heißt es, die Vorschrift erlaube ein Abweichen. Dort wird ein Oberverwaltungsgerichtsurteil vom 19. März 2002 herangezogen, dessen Nummer auch genannt wird. Damit kann ich nichts anfangen. Ich hätte gerne in wenigen Sätzen gehört, was für ein Fall das gewesen ist und wie er ausgegangen ist.

Zweitens. Ganz unten in dieser Stellungnahme steht - das hat Karsten Möring auch schon angesprochen -, dass man die der Stadt entgangenen Beiträge als Forderung in den Schadensersatzprozess gegenüber den Verursachern des Großschadensfalles Waidmarkt einbringen will. Das wurde auch im Verkehrsausschuss diskutiert. Ich halte das für sehr fragwürdig; denn man kann auch argumentieren, dass wir die Severinstraße in jedem Fall, also unabhängig von dem Schadensfall, hätten neu gestalten müssen. Deswegen habe ich immer noch meine juristischen Bedenken. Ich bitte die Verwaltung, zu versuchen, sie weitestgehend auszuräumen.

Sonst müssten wir uns auch auf das zurückziehen, was Karsten Möring schon gesagt hat: dass das Ganze mit der Kommunalaufsicht abzustimmen ist, damit wir uns hier auf eine rechtssichere Beschlusslage beziehen können. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Jetzt kommen wir wieder zur ordentlichen Reihenfolge zurück. Frau dos Santos Herrmann, bitte. Entschuldigung; ich habe Ihre Wortmeldung eben nicht gesehen.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Kein Problem. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Möring, Sie haben eben nach dem Leitsatz argumentiert: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. - Das können wir bei diesem Thema selbstverständlich nicht tun. Wir müssen ein klares Signal aussenden: Wollen wir den Menschen an der Unglücksstelle und an der Severinstraße helfen, oder wollen wir ihnen nicht helfen? Wollen wir ihnen Unterstützung zukommen lassen, oder wollen wir das nicht?

Offensichtlich wollen Sie das nicht so klar.

(Winrich Granitzka [CDU]: So ein Unsinn! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Immer das Gleiche!)

Die Stellungnahme der Verwaltung zu der Vorlage ist, wie ich finde, deutlich und klar.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir können uns noch an eine Stellungnahme der Verwaltung erinnern, die uns jetzt ein paar Hundert Millionen Euro kostet!)

Ich habe heute hier mit Ihnen eine Entscheidung zu treffen, bei der es darum geht, ob wir den betroffenen Menschen in der Severinstraße helfen wollen oder nicht. Die Verwaltung hat eine Vorlage vorlegt. Sie hat sie noch einmal juristisch bewertet und uns eine Stellungnahme gegeben, die klar zu dem Schluss kommt, dass es geht. In diesem Zusammenhang verweist sie auf ein Urteil aus dem Jahr 2002; Herr Möring hat es gerade selber zitiert.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wie heißt denn der Leitsatz?)

- Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Das ist der CDU-Leitsatz - aber nicht meiner. Das ist nicht mein Leitsatz.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Lesen Sie einmal den Leitsatz des Urteils vor!)

Ich habe zu bewerten und zu entscheiden, ob wir das machen können oder ob wir das nicht machen können.

Unter Abwägung aller Sachverhalte, die mir dargelegt wurden, kann ich das verantworten und kann meine Fraktion das verantworten. Wir werden der Vorlage der Stadtverwaltung zustimmen und das deutliche Signal setzen - bei uns gibt es da kein Lavieren und kein „Vielleicht und vielleicht auch nicht“ -, dass wir die Unterstützung der Menschen an der Unglücksstelle wollen. Deswegen beschließen wir heute diese Vorlage. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man hat ja das Gefühl, hier sei ein Gremium von Rechtsgelehrten, die sich in Rechtsexegese breitmachen. Hier haben wir es mit einem politischen Problem zu tun. Wir sind ein politisches Gremium und müssen unseren gesunden Menschenverstand anstrengen, um zu sagen, ob etwas plausibel ist oder nicht. Der Oberbürgermeister und die Kommunalaufsicht sind dafür da - -

(Winrich Granitzka [CDU]: Den gesunden Menschenverstand hätten wir besser früher schon einmal eingesetzt!)

- Hätten wir da alle unseren gesunden Menschenverstand angestrengt, wären wir wahrscheinlich auch besser gefahren.

Meine Damen und Herren, im Februar 2010 war ich Zuhörer bei einer Bürgerversammlung, bei der Herr Streitberger den Menschen aus der Severinstraße vorgestellt hat, wie diese Straße in Zukunft aussehen soll. Er hat das wie üblich sehr breit gemacht. Ganz am Ende dieser Veranstaltung kam er auch darauf zu sprechen, dass die Bürgerinnen und Bürger an den Kosten dieses Straßenumbaus beteiligt werden. Als Zuhörer saß ich mitten unter ihnen und konnte ganz genau mitkriegen, was los war: Fassungslosigkeit, Unverständnis, blanke Wut und Entsetzen; man war sprachlos. Das klang für die Leute wie Hohn in ihren Ohren.

Heute geht es darum, dass wir auch dem Rechnung tragen. Herr Möring, es geht nicht darum, ob Sie guten Gewissens schlafen können. Wir haben es hier mit Menschen zu tun, denen man mehr als zehn Jahre ihres Lebens gestohlen hat, deren Gebäudewerte sinken, deren Einnahmen drastisch zurückgegangen sind und die Dreck und Lärm Tag und Nacht über eine ewige Zeit ertragen mussten.

(Karsten Möring [CDU]: Was meinen Sie denn, warum wir diesen Antrag gestellt haben, Frau Moritz?)

- Sie sind jetzt still. Sie hatten Ihren Auftritt. Jetzt bin ich dran.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ein bisschen höflicher, bitte!)

- Ja, so ist das. - Herr Möring, Sie können mich fragen, ob ich Ihnen eine Frage beantworte. Dann mache ich das. Aber jetzt bin ich gerade einmal im Schwung. Jetzt mache ich auch weiter.

Diese Menschen haben dann auch noch die Schiefelage der Kirche St. Johann Baptist erleben müssen. Damit kam auch noch die Angst vor Katastrophen dazu. Es gab Risse in den Häusern. Bei vielen Menschen herrschte große Angst.

Das Ganze gipfelte am 3. März 2009 in dem fürchterlichen Unglück, das für Köln ein einschneidendes Ereignis war. Für die Menschen entlang der ganzen U-Bahn-Trasse war es traumatisch. Für die Menschen in der Severinstraße führte es darüber hinaus noch über Monate zu zusätzlichen Entbehrungen, Umleitungen, Warten, Nichterreichbarkeit usw. - Herr Möring, wenn Ihnen droht, dass Sie in zehn Jahren vielleicht zwei Minuten an der Ampel auf der Rheinuferstraße warten müssen, werden Sie ja schon nervös.

Nun sagt uns die Verwaltung nach ausführlicher Prüfung - und zwar von Juristen und nicht von Laienjuristen -, dass es nach ihrer Meinung möglich ist, die Leute von diesen Beiträgen zu entlasten. Das kommt dort gut an. Es entspricht im Übrigen einem Beschluss der Bezirksvertretung, die auch sehr nah an den Leuten ist.

Jetzt kommen alle unsere klugen Leute und haben etwas daran zu meckern. Es kann ja sogar sein, dass Sie recht haben. Vielleicht kommt es wirklich dazu, dass wir vor Gericht unterliegen. Ich finde aber, dass es sich lohnt, dafür zu streiten.

(Zuruf von Christtraut Kirchmeyer [FDP])

- Frau Kirchmeyer, wenn Sie im weiteren Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau von „Kosten ersparen“ reden, ist das lächerlich. Sie würden ja noch heute bis zur Arnoldshöhe im Maulwurfstil weitergraben. Sprechen Sie mir bitte nicht von „Kosten ersparen“.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Möring, Sie sehen, wie das ist, wenn mich einer unterbricht. Dann komme ich vom Hölzchen aufs Stöckchen.

Was ich damit sagen will, ist Folgendes: Ich finde, dass wir es riskieren sollten. Eigentlich habe ich den Optimismus, dass auch ein Gericht vielleicht nach Gerechtigkeit urteilt - und gerecht wäre das für die Leute in der Severinstraße allemal. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Moritz. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss doch feststellen, dass die letzte Viertelstunde an Verlogenheit nicht mehr zu überbieten war. Wenn ich sehe, wer sich alles noch zu Wort gemeldet hat, nur weil sich die Bürgerbewegung pro Köln gemeldet hat, und wer hier seinen Show-Auftritt haben will, dann frage ich mich: Geht es Ihnen hier nur um eine Art erweiterte Pressekonferenz, oder geht es Ihnen um die Menschen?

Nach dem, was dort passiert ist - dort sind Leute Opfer einer verfehlten Städteplanung und eines Dilettantismus geworden -, machen sich die vermeintlichen Mittäter heute ein nettes Leben, weil sie schön in den Ruhestand geschickt worden sind. Davon redet heute niemand mehr.

Im Übrigen müsste man sich doch darüber einig sein, dass die Sache hier vollkommen zu spät kommt.

Gerade ist gesagt worden, dass Herr Möring nicht schlafen kann. Ich habe den Eindruck, dass er schon beim Sprechen einschläft. Von daher mache ich mir da keine Sorgen.

(Beifall bei pro Köln)

Wann waren Sie eigentlich das letzte Mal auf der Severinstraße? Man bekommt natürlich einen Schock, wenn man das alles sieht.

Darum ist ganz klar: Die Bürgerbewegung pro Köln stimmt hier vollkommen zu und bedauert, dass es so lange gedauert hat. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bevor der Stadtdirektor auf die Fragen von Frau Kirchmeyer erwidert, gebe ich Herrn Wolf das Wort, der noch eine Frage stellen möchte.

Manfred Wolf (FDP): Herr Oberbürgermeister! Herr Stadtdirektor, ich bin kein Jurist. Trotzdem wüsste ich gerne Folgendes: Sie zitieren hier ja § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW. Hat sich die Meinung der Kommentatoren dahin gehend geändert, dass es dann, wenn in einem Gesetz „soll“ steht, „muss“ heißt? Sonst stünde in dem Gesetz „kann“.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie alle das Ziel haben, eine Entlastung der von diesem tragischen Unglücksfall betroffenen Menschen zu erreichen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Sie haben es begriffen!)

Bitte gestatten Sie mir, zu Beginn auf einen Passus der Vorlage hinzuweisen. Auf Seite 4 oben heißt es dort: Es gibt

keine einschlägige Rechtsprechung oder juristische Literatur. Der Judikatur lässt sich jedoch zumindest so viel entnehmen, dass Ausnahmen von der Regel zulässig sind. In allen bekannten Entscheidungen handelte es sich um Fälle von weit geringerer Tragweite hinsichtlich der Beurteilung eines wirtschaftlichen Vorteils für die Anlieger aufgrund der Baumaßnahme.

Das ist genau unser Problem. Deshalb habe ich auch Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen, die sich im Zusammenhang mit den

Fragen und dem Antrag der Bezirksvertretung zunächst auf die Rechtsprechung bezogen haben, die in der Tat immer Einzelfälle im Kopf hat.

Wir haben hier das Phänomen - das möchte ich an den Anfang stellen -, dass wir es mit einem U-Bahn-Projekt zu tun haben, das je nach örtlicher Situation im Jahre 2003 bzw. 2004 begonnen hat und das nach meiner Erinnerung im Dezember 2010 fertiggestellt werden sollte.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: So ist es!)

Nach diesem furchtbaren Unglück werden öffentlich zurzeit Eröffnungstermine diskutiert, die bei 2016 - das sind die Optimisten - oder 2017 - das sind die Pessimisten - liegen.

Sagen Sie mir bitte, ob es seit dem Beginn der U-Bahn-Bauten in Köln im Jahre 1968 eine Straße in dieser Stadt gegeben hat, die deutlich über zehn Jahre - möglicherweise 15 Jahre - unter den Folgen der U-Bahn und des damit zusammenhängenden Unglücks gestanden hat. Wir haben hier eine absolute Ausnahmesituation. Ich gehe auch noch weiter. Nennen Sie mir bitte ein Bahnprojekt in der Bundesrepublik, das in dieser Länge Auswirkungen auf einzelne Anwohner oder Anwohnergruppen hatte. Wir haben hier in der Tat eine Situation, die mit keiner anderen Situation vorher vergleichbar ist.

(Beifall von Michael Zimmermann [SPD])

Das ist im Ergebnis der Grund, weshalb wir uns in der Tat unterschiedlich unterhalten. Es gibt in der Rechtsprechung und in der Literatur keine derartige Fernwirkung eines Unglücks mit dieser jahrelangen Belastung. Frau Moritz hat es eben noch einmal deutlich gesagt: Es geht hin zu weniger Kunden, weniger Einnahmen, weniger Werten - ich spreche bewusst auch von den Buchwerten der Grundstücke - und letztlich auch weniger Ansehen; Stichwort: Stigmatisierung. Wir nennen das Unglück Waidmarkt. Für uns ist das klar. In der bundesweiten Öffentlichkeit gibt es den Begriff Waidmarkt nicht. In der Bundesrepublik läuft das Ganze unter Severinstraße - Einsturz mit Toten in der Severinstraße.

Deshalb haben wir hier einen Maßstab, der sich zugegebenermaßen nicht in der Literatur und auch nicht in der Rechtsprechung wiederfindet. Das ist im Ergebnis auch der Grund gewesen, warum wir innerhalb der Verwaltung diskutiert haben.

Ich habe hohen Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen, die hier dafür Sorge tragen, dass das Erschließungssystem und das Refinanzierungssystem tatsächlich für alle in dieser Stadt gleich behandelt werden. Sie haben meinen vollen Respekt.

Ich glaube aber, dass wir Ihnen in dieser Vorlage deutlich gemacht haben, dass die bisherigen Maßstäbe für eine interessengerechte Lösung nicht ausreichen. Ich sage es ganz deutlich: Die Frage des Vorteils ist hier anders zu beurteilen als bei anderen U-Bahn-Baustellen in dieser Stadt - auch wenn natürlich schon vorher geplant gewesen ist, diese Verbesserungsmaßnahmen vorzunehmen. Aber wann realisiert sich der Vorteil denn? Die Werte dieser Grundstücke sind aus meiner Sicht langfristig betroffen.

Zu Ihren Fragen im Einzelnen:

Herr Bürgermeister Wolf, Sie haben völlig recht; § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG lautet:

Bei den dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen sollen Beiträge erhoben werden, soweit nicht das Baugesetzbuch anzuwenden ist.

Es handelt sich also um eine Sollvorschrift.

Frau Kirchmeyer, Sie haben nach dem Urteil gefragt, das wir zitiert haben. In diesem Urteil von 2002 wird ein früheres Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster zitiert. Dort heißt es:

Dieses „Sollen“ ist in der Regel einem „Müssen“ gleichzusetzen; den Gemeinden steht dementsprechend nur ein sehr enger Ermessensspielraum zu.

Jetzt kommt der entscheidende Satz:

Die Vorschrift erlaubt aber - wie jede Sollvorschrift - ein Abweichen vom Regelfall dann, wenn besondere, als atypisch anzusehende Umstände dies rechtfertigen.

Ich wiederhole:

wenn besondere, als atypisch anzusehende Umstände dies rechtfertigen.

Ich glaube, Sie werden mir zustimmen, dass es hier genau diese besonderen, als atypisch anzusehenden Umstände gibt - in einer Dimension, die uns veranlasst, nicht nur den

Einzelfall zu sehen. Sie werden feststellen, dass in der Vorlage extra steht:

Die Alternative beinhaltet die Durchführung der Beitragserhebung nach der ursprünglich vertretenen Rechtsmeinung.

Individuell belegten finanziellen Notlagen kann bei einer Beitragserhebung durch Einräumung einer Zahlungserleichterung oder (unter gesetzlich eng gefassten Grenzen) durch einen Billigkeitserlass im Einzelfall Rechnung getragen werden.

Wir haben aber nun einmal die Situation, dass die Severinstraße durch ihre Dysfunktion, durch ihre gestörte Funktion langfristig - um nicht zu sagen: viel länger als geplant - unter dem Unglück leidet. Das ist im Ergebnis der Grund, weshalb wir nicht auf individuelle Regelungen gehen, wie das im Beitragsrecht normalerweise festzuhalten ist. Hier glauben wir, für diesen Abschnitt der Straße diese generalisierende Lösung treffen zu können.

Frau Kirchmeyer, Sie haben mich nach dem Leitsatz gefragt. Es ging darum, dass eine Eigentümerin Grundstücke verkauft hatte, um zusätzliche Erschließungsmaßnahmen in Form von Parkplätzen zu ermöglichen. Die Stadt hat sich damals verpflichtet, sie dann von Beitragszahlungen freizustellen. Man hat erklärt, die Gegenleistung sei im Ergebnis auch deutlich zu sehen: Sie habe ihr Grundstück verkauft, um dort Parkplätze einrichten zu können.

Herr Möring, wir wollen hier in der Tat auch nicht den Steuerzahler als Ersatz für die entgangenen Beiträge heranziehen. Ich weiß, dass das in einem solchen Verfahren, das wir noch nicht in Umrissen erkennen können, weil der oder die Verursacher in der Tat noch nicht feststehen, natürlich schwierig ist. Wir nehmen es aber in den Programmpunkt Schadensersatzforderungen auf und verpflichten uns, dass wir wegen der entsprechenden Wertminderung der Grundstücke und wegen des eben nicht eingetretenen Vorteils durch die Straßenbaumaßnahme dies von den Verursachern oder dem Verursacher refinanziert haben wollen.

Wir wollen erreichen, dass hierfür nicht der Steuerzahler zahlt, sondern dass wir tatsächlich einen oder mehrere Schadensverursacher für diesen Einnahmeverlust haftbar machen. Das ist im Ergebnis für uns zumindest der Auftrag, es in

einen noch rechtshängig zu machenden Schadensersatzprozess mit einzuführen.

Deshalb ist unter dem Strich Folgendes festzustellen: Ich sehe bis heute bei der Dimension des Schadens für die Eigentümer und mittelbar natürlich auch für die Nutzer dieser Straße in dem südlichen Abschnitt keine wirkliche Alternative, mit der man diesen Ausgleich tatsächlich hinbekommt, um ihren Interessen Platz und Raum zu geben.

Herr Möring, ich wüsste wirklich keine andere Alternative, als auf diesen Schaden für alle auch mit einer Regelung für alle zu antworten. Wenn es eine andere Lösung gegeben hätte, hätten wir sie geprüft. Gehen Sie bitte davon aus, dass wir es versucht haben. Es ist uns keine bessere Möglichkeit eingefallen.

Letzter Punkt: Ich habe mit der Bezirksregierung gesprochen, weil ich gehört habe, dass sich möglicherweise Vertreter der Presse auch für die Haltung der Bezirksregierung interessieren. Die Bezirksregierung hat mir bestätigt, dass diese Fragen prioritär Sache der Kommune selber sind. Ich stehe auch dazu. Wir alle - Sie als gewählter Rat - stehen für kommunale Selbstverwaltung. Wir können uns nicht von rechtlichen Beurteilungen der Aufsicht abhängig machen, wenn wir selber glauben, rechtmäßige Lösungen präsentieren zu können.

Deshalb können wir einen Beschluss, den Sie jetzt fassen, nicht unter eine schwebende Unwirksamkeit stellen, wobei jeder den Beschluss anders versteht: Die einen sagen, er stehe im Beschlussbuch, und die anderen meinen, er dürfe nur umgesetzt werden, wenn ein Okay-Testat der Bezirksregierung vorliege.

Ich kann nur sagen: Kommunale Selbstverwaltung heißt auch, Farbe zu bekennen und selber zu Entscheidungen zu stehen.

(Beifall von Martin Börschel [SPD] und Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Bitte entscheiden Sie jetzt. Das ist die Rechtsklarheit, die wir brauchen. Wenn Sie eine Alternative haben, präsentieren Sie sie bitte. Der reine Hinweis auf die Bezirksregierung scheint mir aber nicht ausreichend zu sein.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Stadtdirektor. - Gibt es weitere Fragen dazu? - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Stadtdirektor, ich habe keine weiteren Fragen dazu. Sie haben das jetzt hier in der Öffentlichkeit noch einmal sehr nachdrücklich erklärt. Ich gehe davon aus, dass diese Verwaltung nach Recht und Gesetz handelt - jedenfalls soweit sie das abschätzen kann.

Deshalb werden wir dieser Vorlage zustimmen - wenn auch unter Zurückstellung von Bedenken; aber Sie haben es eben erklärt.

Frau Moritz, weil Sie unterstellt haben, dass wir das nicht wollten, darf ich Sie bitten, noch einmal zu recherchieren, wer denn den ersten Antrag in der Bezirksvertretung gestellt hat. Es ist die CDU-Fraktion gewesen, die genau das beantragt hat.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, diese Dinge hier deutlich zu nennen.

Ich sage jetzt an Frau dos Santos Herrmann gewandt: Wir werden Ihnen Ihre verleumderischen Unverschämtheiten nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Das sage ich Ihnen. Herr Möring hat am Anfang seiner Rede und am Ende seiner Rede zusammenfassend gesagt, dass wir genau dieses gemeinsame Ziel haben. Herr Stadtdirektor hat es eben noch einmal deutlich gemacht; er hat verstanden, dass wir uns in dem Ziel einig sind. Wir wollen nur auch sicherstellen, dass es eine Rechtssicherheit gibt.

Wenn Sie an diesem Mikrofon ganz bewusst erklären, wir wollten das nicht, dann ist das eine Verleumdung. Und wenn Sie die Gesprächskultur zwischen unseren demokratischen Parteien stören wollen, werden wir eine Antwort darauf wissen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal Frau Kirchmeyer.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich auch dagegen verwehren, mich hier anschuldigen zu lassen, nur weil ich einige Bemerkungen gemacht habe. Eben habe ich

schon in meinem ersten Satz deutlich gesagt, dass wir alle für die Entlastung der Menschen auf der Severinstraße sind - aus verständlichen Gründen. Ich finde es nicht sehr gut, dass das dann umgedreht wird und behauptet wird, wir wollten das nicht. Ich habe auch gesagt, dass wir dieser Vorlage zustimmen. Es muss möglich sein, in solchen Fällen auch juristische Bedenken anzumelden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Daher können wir jetzt zur Abstimmung über diesen Beschlussvorschlag kommen. Gibt es Stimmen gegen die Annahme dieses Beschlussvorschlages? - Gibt es Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Damit ist er einstimmig angenommen. - Ich bedanke mich ganz herzlich.

Gleichzeitig ist damit auch die Anfrage 4.1 erledigt.

Wir kommen zu:

**10.14 Bedarfsfeststellung über die
Beförderung von behinderten Kindern
in städt. integrativen
Kindertageseinrichtungen
3359/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer gegen den Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Keiner. Wer Enthaltungen? - Ebenfalls keiner. Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.15. Businessplan Industrie
5431/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der
SPD-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
AN/1648/2010**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag der
FDP-Fraktion
AN/1667/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Schultz, bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir haben getauscht!)

- Sie haben getauscht. Herr Frank beginnt.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Das seit der vorletzten Wahlperiode tagende Branchenforum Industrie hat sich in zahlreichen Beratungen damit befasst, einen Businessplan zu erarbeiten. Den führenden Vertretern der Industrie- und Handelskammer sowie einzelnen Persönlichkeiten aus Industrieunternehmen ist es gelungen, ihre Brancheninteressen in einem kompakten Papier zu bündeln. Das begrüßen wir erst einmal, weil es meines Erachtens selbstverständlich ist, dass eine relevante Branche in Köln sich auch hinsichtlich ihrer weiteren Zukunft artikulieren soll.

Vor wenigen Tagen hat die Stadtverwaltung das Heft „Strukturwandel der Kölner Wirtschaft im Entwicklungsvergleich 1999 bis 2008“ herausgegeben. Darin finden sich - untermauert von statistischen Untersuchungen - eine Reihe relevanter Aussagen.

Die Kernaussage ist sicherlich, dass die Tertiarisierung im Sinne einer Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfte von der Industrie zu den Dienstleistungen in den vergangenen Jahrzehnten die hoch entwickelten Volkswirtschaften allesamt geprägt hat - auch die deutsche Volkswirtschaft, auch die rheinische Region und auch Köln.

Beschleunigt wird dieser Strukturwandel durch den verschärften internationalen Wettbewerb. Dem Konkurrenzdruck der aufstrebenden Schwellenländer begegnen die entwickelten Volkswirtschaften, indem sie sich auf jene Produktionsbereiche spezialisieren, in denen sie den Wettbewerbern überlegen sind. Daher konzentrieren sich deutsche Firmen, insbesondere Industriefirmen, im Inland häufig auf anspruchsvolle Aufgaben wie Forschung und Entwicklung und verlagern einfache Fertigungsprozesse vermehrt ins Ausland.

Dieser Strukturwandel wird auch an den Beschäftigtenzahlen deutlich, die über diesen Zeitraum eindeutig belegen, dass der Produktionssektor in Köln im verarbeitenden Gewerbe von 1999 bis 2008 um die 28 000 Arbeitsplätze verloren hat, während der Dienstleistungssektor in der gleichen Zeit einen Zuwachs von weit über 30 000 Arbeitsplätzen zu verzeichnen hat.

Wenn sich eine solche Situation abzeichnet, ist es verständlich und auch notwendig, dass eine Branche wie die Industrie ihren Platz innerhalb der Region und innerhalb Kölns sucht. Wir als Rat - das gilt aber auch für die Verwaltung selbst - haben dann die Aufgabe, zu schauen, welche Handlungsoptionen wir haben und welche Möglichkeiten, die Situation mit zu beeinflussen, es für uns gibt, um eine auskömmliche ökonomische Geschäftsgrundlage für die einzelnen Branchen, also auch für die Industrie, zu schaffen.

Dazu liefert dieses Papier sicherlich einen Beitrag. Wir verstehen es aber auch als Angebot der Öffnung für einen öffentlichen Fachdialog mit allen Akteuren, sowohl den politischen Akteuren als auch den ökonomischen Akteuren, die über die Industrie hinausgehen.

Dabei müssen wir auch aktuelle Planungen und Untersuchungen der Verwaltung mit einbeziehen, die wir hier auch in Auftrag gegeben haben. Ich nenne an dieser Stelle das Handlungskonzept Strategisches Flächenmanagement, die Untersuchung zur Nutzungsstruktur der Gewerbeflächen, die Fortschreibung des Gesamtverkehrskonzeptes, das Regionale Logistikkonzept, das Entwicklungskonzept für den Deutzer Hafen und die Frage, welche Bedeutung der Wissenschaftssektor hat, der sich ja in der Kölner Wissenschaftsrunde zusammengefunden hat.

Deshalb schlagen wir in unserem Änderungsantrag vor, zu den Handlungsfeldern Flächenpolitik, Verkehrsinfrastruktur, Innovationstransfer, Qualifizierung und Marketing fachöffentliche Foren zu organisieren, und zwar mit den jeweils relevanten Akteuren aus Verwaltung, Politik und den diversen Branchen, also der Wirtschaft insgesamt, natürlich auch unter Einbezug der Stadtwerke. Wir halten es nämlich für notwendig, eine solche Diskussion auf eine breitere Grundlage zu stellen und dabei auch vor dem Hintergrund der Aktivitäten, die bereits erfolgen, zu Ergebnissen zu kommen.

Das ist unser Vorschlag. Das heißt, dass dieser Änderungsantrag den Beschlusstext der Verwaltung ersetzt. Das bedeutet - weil es diverse Nachfragen gab, sage ich es hier -: Heute beschließen wir nicht einen Businessplan Industrie, sondern der hier als Vorschlag vorliegende Businessplan ist die Diskussionsgrundlage für diese Foren.

Deshalb bedarf es heute - dieser Hinweis ist an die Kollegen der FDP gerichtet - auch keiner Änderungsanträge zu Textstellen in diesem Businessplan. Alles das ist Aufgabe der Foren, die sich damit auseinandersetzen sollen. Dort wird es darum gehen, inwieweit daraus Handlungsempfehlungen folgen, die dann auch für die städtische Politik Relevanz haben.

Heute wollen wir dieses Verfahren - das im Übrigen auch von der IHK ausdrücklich begrüßt wird - auf den Weg bringen, um die Diskussion über den Stellenwert moderner Industrieproduktion hier in Köln und in der Region dann tatsächlich auf eine entsprechende Grundlage zu stellen.

Meines Erachtens müssten eigentlich alle der Meinung sein, dass wir eine solche fachöffentliche Diskussion organisieren sollten, und diesem Antrag zustimmen. Jedenfalls werbe ich dafür.

Es kam auch die Frage auf, ob dabei zum Beispiel auch die kommunalen Unternehmen mit einbezogen würden. Ja, natürlich. Die kommunalen Unternehmen, die auch im Produktionssektor tätig sind - zum Beispiel HGK und RheinEnergie -, gehören selbstverständlich zum Kreis der Akteure, die in solche Foren einbezogen werden.

Ich denke, dass wir mit diesem Vorschlag eine Möglichkeit haben, uns tatsächlich in stärkerem Maße der zukünftigen Industriepolitik zu widmen, und bitte Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Frank. - Wir kommen dann zu Herrn Schultz. Bitte schön.

Alfred Schultz (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Businessplan Industrie ist ein wirklich mühsam errungener Kompromiss zwischen Vertretern von Stadt, Industrie, Deutschem Gewerkschaftsbund, Arbeitgebern und IHK.

Nicht eingebunden in den Prozess war die breite Fachöffentlichkeit. Ein solches Konzept, das nach unserer Vorstellung als wichtiger Baustein und wichtige Orientierung für den Industriestandort Köln dienen soll, benötigt jedoch ein höchstmögliches Maß an

Verbindlichkeit und Zustimmung bei allen Akteuren.

Wollen wir den Industrie- und Wirtschaftsstandort Köln optimal weiterentwickeln, ein gut funktionierendes Flächenmanagement entwickeln und auch die Verkehrsträger sowie die Verkehrsinfrastruktur - als besonders herausragendes Beispiel sei für den Knoten Köln die Erweiterung der Hohenzollernbrücke genannt - hier in der Dommetropole effektiv und zielführend bestmöglich aufeinander abgestimmt entwickeln, muss der Businessplan Industrie unseres Erachtens breiter aufgestellt werden, als er es bisher ist.

Dazu dient unser gemeinsam mit den Grünen gestellter Änderungs- bzw. Zusatzantrag.

Das Branchenforum Industrie hat sich einmal mehr bewährt und gute Vorarbeit geleistet, die nunmehr in fachöffentlichen Workshops abgerundet werden soll.

Die Bedeutung Kölns als Industriestandort soll durch dieses Vorgehen hervorgehoben werden.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, Ziele für eine moderne und nachhaltige industrielle Infrastruktur aufzuzeigen.

Umwelt- und ressourcenorientierte Veränderungen sind dafür natürlich unbedingt erforderlich.

Wir wollen beispielsweise die Unternehmen des Anlagen- und Maschinenbaus dabei unterstützen, ihr Profil hin zu nachhaltigen Technologien zu schärfen, und so die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche langfristig stärken.

Gemeinsam mit der chemischen Industrie sollen die ökonomischen Chancen für einen ressourcenschonenden Wandel aufgezeigt werden.

Einen besonderen Schwerpunkt wollen wir auf die Entwicklung verbrauchseffizienter Fahrzeugkomponenten und auf Elektroantriebssysteme legen.

Jede industrielle Produktion benötigt produktionsnahe Dienstleistungen. Daher wollen wir die industriellen Strukturen mit den Dienstleistungsangeboten aus den Bereichen Engineering, IT und Design, aber auch Rechtsberatung, Finanzierung und Versicherung bis hin zur Logistik in die gezielten Förderungsmaßnahmen mit einbeziehen.

Dazu gehört natürlich auch die Verbindung mit den stadtteigenen Gesellschaften.

Diese beispielhafte Aufzählung zeigt: Wir brauchen eine noch breitere fachöffentliche Diskussion über das Konzept, um die Akzeptanz und damit die spätere Umsetzung des Businessplanes zu erhöhen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, unserem Änderungs- bzw. Zusatzantrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Schultz. - Jetzt erhält Herr Houben das Wort, um den Änderungsantrag der FDP zu erläutern.

Reinhard Houben (FDP): Ich möchte auch insgesamt dazu reden, Herr Oberbürgermeister. Das darf ich doch?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie dürfen auch zur Sache sprechen.

Reinhard Houben (FDP): Das ist nett; danke schön. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eine richtige Lobby haben Industrie und Wirtschaft in Köln offensichtlich nicht; denn es ist schon beachtlich, wie mit diesem Papier umgegangen wird. Wir haben also 2002 - das ist ja gerade erst acht Jahre her - beschlossen, einen solchen Kreis einzuladen. Die Damen und Herren haben aktiv gearbeitet. Dabei ist ein Papier zustande gekommen, das wir heute eigentlich verabschieden könnten. Nachdem das Urpapier erstellt worden war, hat nämlich noch ein Konsens zwischen allen Beteiligten stattgefunden; in der Abschlussrunde sind die einzelnen Punkte natürlich noch einmal zwischen IHK, Industrie, Gewerkschaften und Verwaltung abgestimmt worden.

Hier bekommen wir jetzt einen Antrag vorgelegt. Erst war es ein Änderungsantrag, dann war es ein Zusatzantrag. Weder SPD noch Grüne konnten gestern im Wirtschaftsausschuss genau konkretisieren, was für ein Antrag es denn nun eigentlich ist. Vielen Dank für Ihre Klarstellung, Herr Frank; jetzt wissen wir auch, worüber wir abstimmen sollen.

Warum wurde uns dieser Antrag vorgelegt, meine Damen und Herren? Weil in diesem Businessplan Industrie eine Position zum Godorfer Hafen eingenommen wird, über die zwischen Sozialdemokraten und Grünen natürlich kein Konsens besteht.

Deswegen halten wir es für ehrlicher, im ersten Schritt diesen kritischen Punkt, nämlich die Frage des Godorfer Hafens, aus diesem Papier herauszunehmen. Dann könnten wir den Rest wirklich zu einem Beschluss erheben, und dann könnten alle damit arbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist das, was die IHK, die Industrie und zumindest Teile des Rates offensichtlich möchten.

Deswegen haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Nehmen Sie das kritische Thema Godorfer Hafen aus diesem Papier heraus. Wir beschließen es, und wir können sofort damit arbeiten.

Ich möchte das kurz begründen. Zum Thema Godorfer Hafen haben wir ja schon häufiger etwas gesagt. Wir haben wirtschaftliche Bedenken, wir haben ökologische Bedenken, und wir haben juristische Bedenken.

Weil es heute aktuell verteilt worden ist, möchte ich, was die juristischen Fragen angeht, gerne auch aus *Rathaus Ratlos* zitieren. Die Gerichte haben gesagt, dass dort derzeit nicht gebaut werden kann und dass der Planfeststellungsbeschluss nicht erlassen werden kann, dass also im Moment am Godorfer Hafen nichts passieren darf.

Ich bedanke mich besonders bei Herrn Frank, der für diesen Artikel zuständig war. Herr Frank, warum sagen Sie denn nicht, wie Ihre Position zum Godorfer Hafen ist?

Lassen Sie uns hier eine klare Entscheidung treffen. Nehmen wir den Godorfer Hafen heraus. Das tut uns ja nicht weh. Dadurch wird der Godorfer Hafen weder verhindert noch befördert. Die anderen Dinge, die sinnvoll sind, könnten wir dann sofort angehen.

Ich weiß nämlich nicht, was wir mit einem Dialog in fachöffentlichen Workshops überhaupt erreichen können. Herr Frank, leider waren Sie bei der Sitzung des Wirtschaftsausschusses nicht komplett anwesend. Dort hat die Verwaltung festgestellt, dass sie a) für diese Workshops gar kein Geld hat - ich stelle fest,

dass Herr Streitberger mir nicht widerspricht - und dass sie b) im Moment auch keine Idee hat, wie sie in bestimmten Bereichen überhaupt Gesprächspartner finden soll; denn zum Beispiel der BUND hat schon am Anfang des Verfahrens dieses ersten Papiers erklärt, dabei wolle er nicht mitmachen.

Außerdem ist es natürlich vollkommen unrealistisch, zu erwarten, dass wir bis zum Ende des ersten Quartals 2011 entsprechende Ergebnisse vorgelegt bekommen. Ein Papier, an dem wir acht Jahre gearbeitet haben, wollen wir jetzt in sieben Monaten in breiten fachöffentlichen Workshops so weit diskutieren, dass wir dann im April nächsten Jahres in der Lage sind, darüber zu entscheiden? Meine Damen und Herren, das glauben Sie doch selbst nicht.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie uns also ehrlich sein. Lassen Sie uns das Thema Godorfer Hafen zumindest in diesem Zusammenhang einfach aus dem Papier herausnehmen. Dadurch wird er genauso wenig verhindert, wie er befördert wird, wenn es darin stehen bleibt; das ist im Moment juristisch und politisch eine Hängepartie. Dann hätten wir aber ein klares Ergebnis und würden die Verwaltung nicht mit irgendwelchen Kinkerlitzchen beschäftigen, die sie nach eigener Aussage sowieso nicht schafft, geschweige denn im vorgegebenen Zeitrahmen.

Sagen wir also wirklich einmal ein Pro für die Wirtschaft in Köln, ein Pro für die Industrie, mit klaren Vorgaben, damit die Damen und Herren entsprechend arbeiten können. Das ist viel besser als irgendeine Vertagung in ein weiteres Gremium. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Houben. - Wir kommen jetzt zu Herrn Gey. Bitte schön.

Herbert Gey (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist immer schwierig, als Vierter zu einem solchen Thema zu reden, wenn alle schon ihre Meinung kundgetan haben. Gleichwohl erscheint mir die Diskussion von den bisherigen Rednern ziemlich verlogen geführt worden zu sein; ich muss das einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Hier haben sich kompetente Leute - die Stadtspitze mit Dezernenten und Wirtschaftsförderern sowie die IHK, der DGB, der Arbeitgeberverband und beteiligte Firmen - im Branchenforum Industrie zusammengetan und in langer Arbeit ein Papier entwickelt, das schon in sich einen Konsens darstellt.

Dieses Papier wurde im Mai 2010 bei der Sitzung des Branchenforums Industrie vorgestellt. Wir waren alle ganz begeistert. An verschiedenen Gesichtern konnte man aber schon erkennen, dass das nichts wird. Einige Akteure haben auch offen ihre Bedenken geäußert.

So ist es dann auch gekommen. Die erste Lesung im Wirtschaftsausschuss im Juni dieses Jahres führte zur Verschiebung. Das hat sich bis gestern so fortgesetzt.

Gestern kam dann per E-Mail ein Änderungsantrag von Rot-Grün, der auch ziemlich dubios ist. Darin wird nämlich im Grunde verschleiert, was gewollt ist. Hier werden Dinge vorgegeben, um zu verhindern, dass bestimmte in der Koalitionsvereinbarung getroffene Vereinbarungen umgesetzt werden können. Dazu zähle ich beispielsweise den Godorfer Hafen.

Der FDP mache ich das Kompliment, dass sie wenigstens ehrlich ist und es expressis verbis sagt.

Nach dem Antrag der Rot-Grünen soll das Ganze aber einfach in eine fachöffentliche Diskussion gestellt werden. „Wenn man nicht mehr weiterweiß, gründet man 'nen Arbeitskreis“, lautet ein bekannter Spruch. Dann macht man also eine fachöffentliche Diskussion zu fünf Themen.

Wer ist denn fachöffentlich? Bin ich fachöffentlich?

(Jochen Ott [SPD]: Na ja, es geht so!)

- Jochen, vielleicht kannst du mir das bestätigen. Dann komme ich dazu.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Gey, das wird noch geprüft!)

Das kann aber doch nicht wahr sein. Hier wird dem Grunde nach eine Beerdigung erster Klasse eingeleitet, meine Damen und Herren. Hier wird das Thema doch verschoben.

(Beifall bei der CDU)

Es kann nicht sein, dass wir fünf öffentliche Symposien veranstalten - wofür wir gar kein Geld haben; das hat der Dezernent gestern im Wirtschaftsausschuss gesagt - und bis zum Ende des ersten Quartals nächsten Jahres zu einem Ergebnis kommen. Da haben wir fünf Hauptsymposien mit zehn Unterarbeitskreisen. Das kennen wir doch. Dann sind wir im Jahre 2012. Das ist eine Beerdigung erster Klasse.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Meine persönliche Meinung dazu ist, dass wir dem Branchenforum Industrie vorzuschlagen sollten, sich aufzulösen; denn das ist in der Tat kein Hinweis für die Kölner Industrie, dass wir als Politik dahinterstehen.

Herr Frank, Sie haben das schöne Papier der Stadtverwaltung angesprochen. Es ist in der Tat sehr gut. In diesem Papier sind mehrere Dinge enthalten, positive wie negative. Darin finden sich sehr positive Aussagen zur Industrie, aber auch sehr negative. Sie haben es bereits erwähnt; ich will das nicht wiederholen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nur noch auf einen Punkt eingehen. Sie haben die 30 000 zusätzlichen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich erwähnt. Dabei handelt es sich allerdings im Wesentlichen um Dienstleister, die der Industrie zuarbeiten. Neben der Industrie gibt es noch Zulieferer und Subunternehmer, die von der Industrie leben. Wir haben also auch eine Vielzahl mittelständischer Gewerbetreibender, die von der großen Industrie leben.

Wir müssen Zeichen setzen und der Industrie sagen: Wir wollen euch. - Wir brauchen den Industriestandort Köln. Der Industriestandort Köln ist auch für internationale Firmen ein sehr interessanter Standort. Ich erinnere nur an die Firma Sany.

Ich darf hier den verloren gegangenen Wirtschaftsdezernenten zitieren, der jetzt Finanzminister von Nordrhein-Westfalen ist.

(Martin Börschel [SPD]: Damit ist er ja nicht richtig verloren!)

Er hat dieses Papier als ein positives Ergebnis einer kompetenten und konsensfähigen Diskussion dargestellt.

Hier wird jetzt so getan, als müssten wir das Papier erst einmal auseinanderpflücken und die Welt neu erfinden. Meine Damen und Herren,

das wird dem Anspruch der Industrie nicht gerecht.

Ich kann nur an Sie appellieren, dieses Papier ohne die Zusatzanträge in der Form, in der es vorliegt, heute zu akzeptieren, und Sie um Zustimmung bitten.

Wir von der CDU lehnen sowohl den Zusatzantrag von SPD und Grünen als auch den - ich hätte fast gesagt: bescheuerten; das sage ich aber nicht - Antrag der FDP ab.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Ich habe es ja nicht gesagt. - Ich denke also - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte zum Ende.

Herbert Gey (CDU): Ich bekomme den Hinweis, dass ich zum Ende kommen muss. - Ich denke, dass du mich verstanden hast, Ralph.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie diesem Papier so zu.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Gey. - Jetzt spricht noch Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist doch erstaunlich, wie lange wir jetzt hier diskutieren. Ich bin mir ganz sicher: Wenn die DuMont-Presse heute streiken würde, wäre die Sitzung schon vor fünf Stunden zu Ende gewesen.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, ich habe mir erlaubt, dieses Papier - immerhin sollte es ja noch vor den Sommerferien verabschiedet werden - einmal herumzureichen, weil ich mit dem Arbeitstitel „Businessplan“ nichts anfangen konnte. Ich bin da kein Experte und habe einmal herumgefragt. Alle, die es als Experten gelesen haben, haben gesagt: Unter einem Businessplan versteht man etwas anderes. Das ist eine betriebswirtschaftliche Kalkulation, meistens bei einer Betriebsneugründung, zur Erlangung von Fördergeldern und Ähnlichem. - Das hier vorliegende Papier ist hingegen eine sehr

interessante Prosasammlung, die Punkte enthält, über die man im Einzelnen reden kann.

Hier wurde eben noch einmal die Geschichte dargestellt. So lange befindet sich das Ganze schon in der Diskussion.

Als ich das gerade alles gehört habe, ist mir die Frage in den Sinn gekommen: Hatten wir nicht mal eine Agenda? Hatten wir nicht mal das Leitbild Köln 2010? Das war auch ein großer Prozess, der, glaube ich, Millionen gekostet hat. Damals sollte unter jede Verwaltungsvorlage der Stempel „ist leitbildgeeignet“ kommen. Ich habe seit meiner Mitarbeit in diesem Rat noch nie in einer Verwaltungsvorlage gelesen, dass sie nach dem Leitbild erstellt worden sei.

Jetzt bekommen wir dieses Papier vorgelegt. Bei aller Liebe! Man versucht ja, höflich zu bleiben. Mir fällt da aber beispielsweise der Wirtschaftsarbeitskreis der Jungen Union ein. Wenn die ein solches Papier erstellt hätten, könnte man ja sagen: Das ist wirklich interessant; es ist schön, dass man sich darüber Gedanken macht. - Man muss sich aber einmal vor Augen führen, welcher Aufwand hier getrieben wurde und welche Unverbindlichkeiten dahinterstecken - und dann ist man nicht in der Lage, das zu beschließen.

(Beifall bei pro Köln)

Man war noch nicht einmal bereit, sich im Stadtentwicklungsausschuss überhaupt mit dieser Sache zu befassen. Ich sehe hier beispielsweise die Beratungsfolge. Im Stadtentwicklungsausschuss, der ja nun wichtig ist, wenn es um ein Industriekonzept für eine Stadt wie Köln geht, ist das noch nicht einmal beraten worden. Dort hat man gesagt: Wir können dann im Rat darüber reden. - Das wollen wir jetzt auch tun.

Wir kritisieren also, dass dieses Papier Businessplan heißt, obwohl es keiner ist. Jeder in der Republik wird es missverstehen, wenn er das liest.

Darum stellen wir den Änderungsantrag, es bitte „Entwicklungskonzept Industrie pro Köln“ zu nennen.

(Beifall bei pro Köln)

Das wäre eigentlich der richtige Arbeitstitel. Damit Sie zustimmen können - ich versuche ja immer, den Konsens zu finden; hier war gerade so viel von Konsens die Rede -, bin ich aber gerne bereit, unseren Änderungsantrag so zu

fassen, dass es bitte „Entwicklungskonzept Industrie für die Stadt Köln“ heißen soll. Das sollte es nämlich tatsächlich auch sein.

Daran muss selbstverständlich auch der Stadtentwicklungsausschuss beteiligt werden. Schließlich muss er die Flächen zur Verfügung stellen.

Allerdings frage ich mich: Was heißt eigentlich Industrieförderung, wenn man gleichzeitig die Betriebe hier durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer vertreibt? Das passt bei mir überhaupt nicht zusammen. Diese Dinge schrecken ab, sowohl bei Neuinvestitionen als auch bei Betriebserweiterungen. Dadurch werden die Unternehmen ins Umland vertrieben, beispielsweise in den Rhein-Erft-Kreis, wo es preiswerter ist. Ich erinnere nur an die damalige Diskussion mit RTL, als Hürth gesagt hat: Wir haben so günstige Konditionen; kommt doch zu uns; das ist gar nicht weit weg.

Wir müssen hier unsere Hausaufgaben machen. Das muss auch in einem solchen Papier klar herüberkommen. Da kann es nicht sein, dass hier das Gespenst der Gewerbesteuer umgetrieben wird.

Herr Frank, Sie haben eben gesagt, Industrie sei nicht mehr so wichtig; Dienstleistung sei die Sache. Das mag ja alles sein. Aber eines ist auch klar: Mit einer Industrie, die sich darauf beschränkt, dass der eine dem anderen die Pizza verkauft, kommen wir nicht weiter. Hier muss auch noch ein bisschen etwas produziert werden, meine Damen und Herren - ob die Grünen das letzten Endes wollen oder nicht.

Wir sind in der Sache vollkommen indifferent. Da haben sich bestimmt einige viele Mühen gemacht. Wir hoffen nicht, dass diese Mühen letzten Endes vergebens sein werden.

Im Übrigen bin ich mir sicher: Das nächste Konzept kommt bestimmt. Dann wird wieder so ein großes Bohei darum gemacht. Viel Lärm um nichts! - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, ich möchte noch zwei

Bemerkungen zu der denkwürdigen Fehlinterpretation des Herrn Houben machen.

Erstens. Wenn Sie lesen können - und ich glaube, dass Sie das können -, dann stellen Sie fest, dass über unserem Antrag steht: „folgenden Änderungsantrag“. „Folgenden Änderungsantrag“ bedeutet, dass dieser Vorschlag den Verwaltungsvorschlag ersetzt. Das heißt: Wir unterschreiben heute nicht ein Positionspapier.

Zweitens. Wenn Sie dieses Positionspapier lesen - das ein völlig legitimes Positionspapier der Industriebranche ist und deshalb noch lange kein Papier der Verwaltung oder des Rates -, dann werden Sie feststellen, dass darin auch Diskussionsbedarf deutlich gemacht wird, und zwar nicht nur beim Godorfer Hafen, sondern auch bei der Frage der Flächenpolitik. Sie werden deutliche Differenzen zwischen dem Gutachten der Verwaltung und dem Positionspapier feststellen; ich will das jetzt nicht alles wiederholen. Sie werden auch feststellen, dass die Industrie- und Handelskammer von der auch von der FDP gewünschten Umwandlung des Deutzer Hafens nicht so viel hält, usw. usf.

Das heißt, dass dieses Papier spannend ist. Deshalb muss man öffentlich darüber diskutieren - möglichst mit Fachleuten. Es gibt sicherlich auch eine Reihe von Fachleuten, die etwas dazu sagen können.

Das heißt nicht, dass das Branchenforum Industrie deshalb eine unnütze Veranstaltung wäre. Im Gegenteil! Es ist ein regelmäßiges Forum, das als Schnittstelle dem Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Branche dient. Das ist ähnlich wie beim Medien- und IT-Rat. - So viel dazu. Aber man muss sich, wie gesagt, damit auseinandersetzen.

Letzter Punkt: Wir als Grüne brauchen nicht in jeder Ratssitzung ein Bekenntnis dazu abzugeben, dass wir gegen den Hafenausbau sind. Das weiß die ganze Stadt. Im Übrigen betreiben wir das länger als die FDP, nämlich seit 1988. Dieses Papier jetzt zum Gegenstand einer Hafenaueinsetzung zu machen - wobei wir noch nicht einmal über dieses Papier beschließen, sondern über ein Verfahren -, geht also völlig an der Sache vorbei. Ich vermute - aufgrund der Umfrageergebnisse kann man das auch verstehen -, dass das der Selbstprofilierung der FDP dient. Der Auseinandersetzung zugunsten der Hafengegner dient es aber nicht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Zur direkten Erwidern erhält Herr Houben noch einmal das Wort.

Reinhard Houben (FDP): Herr Frank, es ist natürlich immer schade, wenn man an einer Sitzung nicht komplett teilgenommen hat. Dann bekommt man eben manche Sachen nicht mit.

Ja, ich kann lesen.

(Zurufe: Oh!)

- Ein Gummipunkt! - Auf dem Papier, das gestern im Wirtschaftsausschuss verteilt worden ist, steht „Änderungs- bzw. Zusatzantrag“ und eben nicht „Ersetzungsantrag“. Ich habe Frau Reinhardt, Frau Thelen und Herrn Richter, der in Vertretung für Sie im Wirtschaftsausschuss war, gefragt, was das denn nun für ein Antrag sei. Darauf habe ich keine Antwort bekommen. Herr Streitberger und andere Kollegen aus dem Wirtschaftsausschuss können sich sicherlich daran erinnern.

Deswegen bleibt Folgendes festzuhalten, Herr Frank: Sie sind dort in der Formulierung - vielleicht auch unabsichtlich, aber eindeutig - unklar geblieben. Und Sie können uns das nun einmal nicht vorwerfen, wenn Sie unklar formulieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank, Herr Houben. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Zu dieser Beschlussvorlage liegen drei Änderungsanträge vor.

Wir beginnen mit dem Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Ralph Sterck [FDP]: Nein! Unser Antrag ist doch wohl der weitestgehende! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Das entscheidet der OB!)

- Wir fangen mit dem Zusatzantrag von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Änderungsantrag!)

- Änderungsantrag. - Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Fraktion Die Linke, die Grünen und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? - Bei

Enthaltung von FDP, Fraktion pro Köln und Herrn Hoffmann ist er angenommen.

Dann kommen wir zum Änderungsantrag der FDP. Wer ist für diesen Änderungsantrag der FDP? - Das sind die FDP, die Fraktion pro Köln und Herr Hoffmann. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltung der Grünen. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion pro Köln; Stichwort: Entwicklungskonzept Industrie. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist er abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag in der Fassung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linken, die Grünen, die CDU, die FDP und Herr Hoffmann. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist er so angenommen.

Wir kommen zu:

10.16 Bildungslandschaft Altstadt Nord, Planung und Realisierung 0508/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ja. Ich schaue mich einmal um. - Es beginnt Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister, ich möchte noch kurz auf die gestrige Sitzung des Finanzausschusses rekurrieren. Wir müssten die Vorlage ja abstimmen wie Schulausschuss - allerdings mit der Ergänzung, dass die Verwaltung darum gebeten wird, sicherzustellen, die Parkfläche im Übrigen als öffentliche Grünfläche zu widmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das war ein langwieriger Diskussionsprozess. Ich möchte mich bei allen Personen bedanken, die sich an diesem Diskussionsprozess beteiligt haben. Das waren sowohl die Schulpartei als auch die Bürgerinitiative, die sich sehr engagiert hat und die sich, würde ich einmal sagen, zu 80 Prozent durchgesetzt hat. Sie sind jetzt nicht ganz zufrieden. Es ist schade, dass es nicht zu

einem solchen Kompromiss gekommen ist, dass sie gesagt haben: Jawohl, das ist das, mit dem wir leben können. - Aber diese Vorlage ist ein Kompromiss, und diesem Kompromiss werden wir zustimmen.

Mein Vertreter in der Bezirksvertretung hat sich ebenfalls sehr engagiert. Bei ihm möchte ich mich auch bedanken.

Das Ganze ist für uns aber, wie gesagt, ein Kompromisspapier, dem wir zustimmen werden. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Ich habe noch eine Frage an Herrn Börschel. Ich habe gerade nicht genau verstanden, was Sie mit Ihrer Äußerung meinten. Soll jetzt abgestimmt werden wie Schulausschuss, und mit welcher Ergänzung, und woher kommt diese Ergänzung?

Martin Börschel (SPD): Frau Kollegin, diese Ergänzung kommt aus der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses, in der wir ergänzend zur Beschlussvorlage festgestellt haben, es solle sichergestellt werden - das betrifft ja durchaus die Sorge vieler sich örtlich Auskennender -, dass die Parkfläche im Übrigen, die nicht von der Planung berührt ist, dauerhaft als öffentliche Grünfläche gewidmet wird, damit dort alle Bedenken ausgeräumt werden können.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ist das nicht schon so, Herr Streitberger?)

- Es soll sichergestellt sein.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wenn es so ist, kann es ja nicht schaden. - Noch einmal Frau Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Ich habe jetzt das Protokoll - „Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Finanzausschusses vom 13.09.2010“ - vor mir liegen. Können Sie mir sagen, wo genau das steht?

Martin Börschel (SPD): Frau Kollegin Gebauer, das ist, wie Sie wissen, der Entwurf einer Niederschrift, der das Geäußerte nicht präzise wiedergibt. Deswegen sage ich es ja hier.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es jetzt noch weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über diese Beschlussvorlage zur Bildungslandschaft Altstadt Nord - wie Schulausschuss, ergänzend wie Finanzausschuss im Hinblick auf die Ausweisung der öffentlichen Grünfläche.

Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Beschlussvorlage so angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Nun kommen wir zu:

10.18 Luftschadstoffmessung am Rheinufer 1812/2010

Ich schaue mich um, ob es dazu Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Somit ist sie angenommen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Neufassung der „Richtlinie zur investiven Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit“ 2078/2010

Bitte schön, Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Grundsätzlich begrüßt die FDP-Fraktion die Neufassung der Richtlinie zur investiven Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Trotzdem ist uns etwas aufgefallen, was uns aufstößt und warum wir hier nicht zustimmen können.

Es geht darum, dass die Zuschüsse auf bis zu 70 Prozent angehoben werden. Das ist auch richtig; es geht in die richtige Richtung. Jedoch

bleibt die Gesamtsumme dieselbe. Das bedeutet: Wir schaffen zwar Anreize für die freien Träger, zu investieren; es werden aber nur ganz bestimmte und wenige Träger in diesen Genuss kommen.

Das ist uns zu wenig. Das kann es nicht sein. Damit gehen wir zwar in die richtige Richtung; aber die Umsetzung ist falsch. Deswegen lehnen wir diese Vorlage ab. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? - Wie angekündigt, stimmt die Fraktion der FDP dagegen. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist die Vorlage so angenommen.

Wir kommen zu:

**10.22 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung
Veranstaltungszentrum Köln
hier: Jahresabschluss 2007
3491/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine Wortmeldungen.

Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Dann ist sie einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

**10.23 Zusätzliche Ersatzmaßnahme im
Konjunkturpaket II
3443/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Nun kommen wir zu:

**10.24 Uraufführung der Kölner Oper
hier: Karlheinz Stockhausen „Sonntag“
aus „Licht“
3806/2010**

Dazu Herr Quander, bitte.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Vorlage kann heute zurückgezogen werden.

Wir hatten gestern im Finanzausschuss eine intensive Diskussion zu diesem Thema und gingen davon aus, dass heute eine Entscheidung fallen müsse, weil sonst weitere erhebliche Kosten im Zusammenhang mit dieser Produktion entstehen könnten, wenn sie denn am Ende abgesagt werden müsste. Der Grund dafür war, dass für heute ein Planungsgespräch in der Oper mit der katalanischen Theatergruppe „La Fura dels Baus“ vereinbart war, bei dem das Bühnenbild endgültig finalisiert werden sollte, um dann unmittelbar mit der Produktion anzufangen.

Es ist heute in der Oper gelungen, mit „La Fura dels Baus“ zum einen eine Einigung darüber zu erzielen, dass innerhalb der nächsten 14 Tage keine weiteren Kosten anfallen. Gestern hatten wir ja über eine mögliche Vertagung dieser Entscheidung zum Finanzausschuss am 27. September 2010 gesprochen. Dieser Vorschlag kam aus Ihren Reihen, um mehr Zeit für die Beratung zu haben. Bis dahin fallen also keine zusätzlichen Kosten an.

Gleichzeitig ist mit „La Fura dels Baus“ auch darüber gesprochen worden, inwieweit noch weitere Reduktionen möglich sind. Das scheint der Fall zu sein. Bei Karlheinz Stockhausen ist immer sehr viel Elektronik im Einsatz, sowohl akustische Elektronik als auch eine aufwendige Videotechnik. Nach dem heutigen Gespräch scheint es da deutliche Reduktionen geben zu können. Es zeichnet sich auch ab, dass im musikalischen Probenprozess noch weitere Reduktionen möglich sind.

Die Bühnen versuchen jetzt, die Kosten weiter zu minimieren, sodass ich auf alle Fälle davon ausgehe, dass die Deckungslücke deutlich geringer ausfällt, als es in der Vorlage steht, die Ihnen heute und gestern zugeleitet werden konnte. Daher gehe ich davon aus, dass entweder eine deutlich geringere Entnahme aus der Betriebsmittelrücklage erforderlich ist oder aber, wie ich hoffe, es möglicherweise sogar möglich ist, das Ganze aus den normalen Produktionskosten zu decken. Wenn der Restbetrag in einer überschaubaren Größenordnung von, sagen wir einmal, 100 000 Euro oder so liegt, müsste das eigentlich noch aus den normalen Produktionsmitteln zu decken sein.

Wir werden versuchen, Ihnen das spätestens bis zum nächsten Finanzausschuss zuzuleiten. Mein Bestreben ist natürlich, es schon beim nächsten Betriebsausschuss entweder als Mitteilung oder als Vorlage zu haben. - Vielen Dank.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Beigeordneter Professor Quander. - Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgesetzt.

Wir kommen zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 66382/02

Arbeitstitel: „Internationale Schule St. George's“ in Köln-Rondorf 4709/2009

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Plan zur Internationalen Schule St. George's liegt draußen aus. Es geht jetzt ja gar nicht mehr um die Schule selbst - sie steht bereits; das sage ich für alle, die es nicht wissen, weil sie dort nicht ortskundig sind -, sondern um eine Wohnbebauung, die daneben stattfinden soll. Insofern gilt bei dieser Vorlage: Das Ganze ist ein bisschen Tarnung. Man hat die sogenannte Salamiaktik angewandt. Auf diesem Weg ist das Ganze bisher so gewachsen, wie es jetzt dort steht.

Aber so, wie jetzt die weitere Wohnbebauung geplant ist und wie auch der derzeitige Stand in Rondorf ist, was die Infrastruktur und den Ausbau der angrenzenden Straßen anbelangt, können wir diesen Ausbau nur ablehnen. In diesem Sinne empfehle ich auch dem Rest des Rates, diese Vorlage abzulehnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen die Vorlage? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist sie so angenommen.

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67410/10 Arbeitstitel: Westlich Raderberger Straße in Köln-Raderberg 2368/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen den Beschlussvorschlag? - Das ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Die Fraktion pro Köln enthält sich. Damit ist er angenommen.

Tagesordnungspunkt

12.3 Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 77349/04

Arbeitstitel: „GE westlich Linder Kreuz“ in Köln-Porz-Lind, 1. Änderung 3015/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen den Vorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. So angenommen.

Tagesordnungspunkt

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 72439/06

Arbeitstitel: „Waldbadviertel Langendahlweg“ in Köln-Ostheim 3132/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Ich schaue mich um.

(Zurufe von pro Köln: Hier!)

- Ich musste schauen, ob noch jemand anders reden möchte. - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich bin doch überrascht, dass ich bei diesem Tagesordnungspunkt, der ja nun sehr wichtig für unsere Stadt ist, den Anfang machen darf. Darüber bin ich sehr verwundert; denn bei der

Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am vergangenen Donnerstag wurde von allen Seiten sehr ausgiebig darüber diskutiert.

(Michael Zimmermann [SPD]: Eben!)

- Ja, Moment; hier zitiere ich das Protokoll. Ich habe den Namen nicht präsent. Friedrichs? Wie heißt der SPD-Mann?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Zimmermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Zimmermann, gerade Sie haben doch gesagt, dass es im Rat diskutiert werden soll. Wenn ich dieses Protokoll, das wir heute als Tischvorlage erhalten haben, richtig lese, wurde dort eben noch einmal darauf hingewiesen, dass es im Rat diskutiert wird.

Ich habe dann gesagt - das ist in diesem Protokoll auch richtig wiedergegeben -, dass es im Rat erst zu später Stunde aufgerufen wird. Wenn die Öffentlichkeit schon gar nicht mehr da ist, dann kommen die richtigen Brocken; dann kommen die materiellen Dinge, bei denen es wirklich um etwas geht.

Hier scheint man sich aber schon einen abgeklüngelt zu haben. Ich sehe hier keinerlei Bemühungen, diese unheilvolle Entwicklung, die uns droht, aufzuhalten, meine Damen und Herren.

Ich kann mich auch daran erinnern, dass es im Stadtentwicklungsausschuss, bei dem mehr Zuschauer waren als hier, einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion gab.

Falls er jetzt nicht gestellt wird, erlaube ich mir für die Bürgerbewegung pro Köln, uns diesen Änderungsantrag zu eigen zu machen und ihn hier in den Rat einzubringen, Herr Oberbürgermeister.

Herr Sterck, Sie haben dann zwar gesagt - das habe ich gehört -, man könne sich seine Freunde nicht aussuchen. Das sind wir nicht. Aber wenn eine Sache für Köln gut ist, dann stimmen wir eben in einer inhaltlichen Sache zu. - Das ist der eine Punkt.

(Beifall bei pro Köln)

Konkret geht es um den sogenannten Millionacker. Dieser Zustand ist bestimmt sehr unbefriedigend. Es kann aber doch nicht sein, dass wir einen schlechten Zustand jetzt noch

weiter verschlechtern, nämlich mit einem Beschluss, jetzt eine Wohnbebauung draufzusetzen - komme, was wolle.

Im Stadtentwicklungsausschuss ist gesagt worden, dass selbst der Investor oder der Vorhabenträger, der dort bauen möchte, mit diesen Vorstellungen nicht zufrieden sei. Wir wurden dann beschwichtigt.

Vielleicht kann der Herr Dezernent seine dort abgegebene Stellungnahme noch einmal wiederholen. Ich gebe ehrlich zu, dass ich mir nicht sicher bin, ob ich sie richtig verstanden habe. Unsere gesamte Fraktion würde das gerne hören, weil es doch von juristischer Bedeutung ist. Dafür haben wir ja Fachleute. Ich gebe ehrlich zu, dass ich jetzt nicht explizit vorbereitet bin. Ich dachte, dass wir hier viele sinnvolle Stellungnahmen hören würden, zum Beispiel von Herrn Klipper. Die hatten das ja angekündigt. Jetzt ist die Öffentlichkeit nicht mehr da, oder die Presse schreibt nicht mehr mit; die sind schon zu Hause. Dann hat hier keiner mehr wirklich Lust, sich um die wichtigen Dinge zu kümmern.

Die Ablehnung unserer Fraktion möchte ich auch dahin gehend begründen, dass die zuständige Bezirksvertretung - dort vor Ort ist ja die Kompetenz vorhanden, was die Örtlichkeit und die sozialen Verhältnisse angeht - dieses Vorhaben einstimmig abgelehnt hat. Ich frage mich, wie weitere Gremien in der Stadt Köln so arrogant sein können, dass sie dieses Votum einfach wegwischen.

Ich frage mich auch, wo denn jetzt der Bezirksbürgermeister ist. Er könnte hier ja auch einmal etwas zu dieser Sache sagen.

Bevor ich mich gleich noch einmal zu Wort melde, hätte ich gerne die Ausführungen des Herrn Dezernenten gehört. Dann würde ich noch einige Fragen an ihn richten.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Streitberger, bitte.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uckermann, wir haben am Donnerstag im Stadtentwicklungsausschuss die Dinge in der Tat intensiv und auch lange diskutiert.

Ganz kurz auf den Punkt gebracht: Jetzt schließen wir ein Verfahren ab, das ungefähr drei Jahre gedauert hat und das auf einem Vertrag zwischen der Stadt Köln, der GAG und den Erbbaurechtsgebern für dieses Areal beruht. Wir erreichen damit unseren Bestandteil des Vertrages in diesem Verfahren.

Wir sind allerdings mit der GAG in Gesprächen darüber, ob möglicherweise inhaltliche Ausformungen in diesem Baugebiet zukünftig noch optimiert werden können. Das ist aber keine Frage der jetzigen Beschlusslage, sondern eine Frage, die anschließend auf der Grundlage des Bebauungsplanes vertrauensvoll mit der GAG erörtert werden wird.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Ist die Sache damit geklärt? - Sie haben noch eine Frage.

(Jörg Uckermann [pro Köln] begibt sich zum Rednerpult)

- Nein, Sie können es vom Platz aus machen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Herr Dezernent, im Stadtentwicklungsausschuss ist auch angesprochen worden, was offensichtlich ist: dass wir durch diese sehr einseitige Bebauung, durch diese sehr dichte Bebauung, durch diese hochgeschossige Bebauung dort eventuell einen Brennpunkt bekommen. Können Sie uns noch einmal konkret etwas dazu sagen - damit wir das auch in den Protokollen des Rates stehen haben -, wie Sie das gerade in Bezug auf die soziale Entwicklung in diesem zukünftigen Wohnquartier sehen?

Außerdem ist auch von anderer Seite die Gefahr angesprochen worden - so habe ich das noch im Ohr -, dass durch diesen plötzlichen Zuwachs an Bevölkerung das Gefüge in dem bestehenden Bereich enorm leidet. Das ist ein Punkt, der in der Bezirksvertretung Kalk angesprochen wurde. Dieser Punkt ist leider in dem Ausschuss nicht so behandelt worden, wie das sein sollte. Dort ist immer auf die Ratssitzung verwiesen worden. Deshalb bin ich, wie gesagt, immer noch sehr enttäuscht, dass hier so wenig Input vonseiten der Fraktionen kommt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Sterck, Sie hatten sich noch gemeldet.

Wollen Sie auch eine Frage an Herrn Streitberger stellen?

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister, ich stelle gerne Fragen an Herrn Streitberger. Mein Fragedurst ist hier aber erschöpft. Ich möchte zu dem Stellung nehmen, was gesagt worden ist.

Möglicherweise liegt es daran, dass der Herr, der vor mir gesprochen hat, bei der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses nur partiell - auch körperlich nur partiell - anwesend war, dass er jetzt meint, das Thema, das er dort mitbekommen hat, hier in den Rat tragen zu müssen.

Die Arbeit im Rat - das kann ich dem Kollegen vielleicht sagen - funktioniert nur, wenn wir in den Ausschüssen vorberaten und dann hier entsprechend abstimmen. Wenn wir alle Diskussionen im Rat noch einmal aufnehmen und fortsetzen, mag das zwar denen in die Hände spielen, die dieses Gremium gerne arbeitsunfähig machen wollen; es bringt uns aber weder für die Demokratie noch für den Rat der Stadt Köln weiter.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen verwahre ich mich auch dagegen, dass sich hier unserer Änderungsanträge bemächtigt wird. Damit machen wir uns die Finger nicht schmutzig. Wir haben unseren Antrag im Stadtentwicklungsausschuss gestellt, auch in der letzten Sitzung. Dort haben wir leider keine Mehrheit dafür gefunden.

Unser Abstimmungsverhalten ist damit klar. Ich brauche hier keine Nachhilfe von pro Köln. Mit unseren Änderungsanträgen haben wir unsere Ablehnung des Projekts - das ist in den Protokollen auch sehr schön wiedergegeben - im Stadtentwicklungsausschuss deutlich gemacht. Entsprechend werden wir heute auch hier abstimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt bekommt noch Herr Schöppe kurz das Wort. Danach kann Herr Streitberger vielleicht abschließend antworten.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Mir ist gerade etwas aufgefallen: Kampfmittelfunde. Es war eben von „arbeitsunfähig“ die Rede. Das ist man gewiss auch, wenn man mit so einem Kampfmittel zusammenstößt. Das ist doch recht abenteuerlich. Bei Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen etc. ist grundsätzlich eine Sicherheitsdetektion durchzuführen.

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

- Herr Houben, wenn Sie meinen, dass Sie kein Problem damit haben, dann können Sie das ja machen. Aber wir haben schon einige Katastrophen in dieser Stadt erlebt. Wenn wir irgendwo eine Möglichkeit haben, Katastrophen zu verhindern, dann sollten wir das tun.

In diesem Sinne kann ich nur von einem solchen Ansinnen abraten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Streitberger, bitte.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Uckermann, die Antworten auf die von Ihnen gestellten Fragen finden Sie in der Vorlage. Sie ist sehr umfangreich; das ist völlig klar. Ich will es aber auch gerne noch einmal sagen. Geplant sind 400 Geschosswohnungen und 250 Einfamilienhäuser. Das ist das Gebinde, über das wir reden.

Das Ganze ist aber, wie gesagt, schon im Verfahren mit den Bürgerinnen und Bürgern intensiv erörtert worden. Es hat auch kritische Stellungnahmen dazu gegeben; das ist völlig klar. Das ist aber auch nicht nur gestern und nicht nur in der vergangenen Woche, sondern mehrfach, so wie das im Verfahren vorgesehen ist, im Stadtentwicklungsausschuss und in der Bezirksvertretung erörtert worden, entsprechend begründet worden und beschlossen worden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion pro Köln vor. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist er abgelehnt.

Nun kommen wir zur Beschlussfassung über diese Vorlage - wie Stadtentwicklungsausschuss. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Herr Hoffmann enthält sich. Weitere Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Beschlussvorschlag so angenommen.

Wir kommen zu:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide

Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyley Straße in Köln-Holweide 2923/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist er so angenommen.

Damit haben wir die Satzungen hinter uns gelassen und kommen zu:

17 Wahlen

TOP 17.1 ist zurückgezogen worden.

Tagesordnungspunkt

17.2 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 3176/2010

Ich frage jetzt einmal umgekehrt. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Linken, die Grünen, die CDU, die FDP, pro Köln und Herr Hoffmann. Damit ist er angenommen. - Also machen wir es besser wieder andersherum.

Jetzt kommen wir zu:

17.3 Tiefgarage „An Farina“ in 50667 Köln hier: Entsendung eines städtischen Vertreters in den Verwaltungsbeirat 3346/2010

Wer gegen den Entsendungsvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 3425/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) hier: Neuwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der AVG AG AN/1625/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist gegen den Vorschlag? - Niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist er angenommen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 1 Satz 7 bis 10 GO NRW für den Ausschuss für Schule und Weiterbildung AN/1659/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Niemand. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist er so angenommen.

Wir kommen zu einem weiteren Antrag der Fraktion Die Linke, nämlich:

17.7 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln hier: Benennung persönlicher Stellvertreter für den Jugendhilfeausschuss AN/1660/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist gegen diesen Antrag? - Wer enthält sich? - Damit angenommen.

Dann kommen wir zu:

17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier: Benennung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Jugendhilfeausschuss AN/1663/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist er so angenommen.

Damit haben die Wahlen hinter uns gebracht. Herzlichen Dank für das zügige Verfahren!

Wir kommen zu:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Mitteilung über eine Kostenerhöhung bei den raumbildenden Ausbaugewerken an den Haltestellen Rathaus bis Marktstr. 2708/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist das so angenommen.

Tagesordnungspunkt

18.2 Mitteilung über Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 in analoger Anwendung bei den Maßnahmen Neubau Kulturzentrum am Neumarkt und Sanierung Band-Anbau Museum Schnütgen 2745/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Wie ich sehe, ist das nicht der Fall.

Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist das so angenommen.

Tagesordnungspunkt

**18.3 Erziehungshilfe an Schulen
2997/2010**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt

**18.4 Nachbesetzung von Aufsichtsräten u. a.
hier: Nachfolge für Herrn Dr. Norbert
Walter-Borjans und Frau Marlis
Bredehorst
3072/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Wer ist gegen den Vorschlag? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt

**18.5 Konjunkturprogramm II, Maßnahmen-
Nummer 50-144 SBK, Maßnahmen-
Nummern 5620-208-211, Sanierung
Kottenforststr. 1, 3, 4, 5 in 50969 Köln
3279/2010**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe, dass das nicht der Fall ist.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Tagesordnungspunkt

**18.6 Nachbesetzung des
Verwaltungsausschusses der Agentur
für Arbeit
3395/2010**

Hierzu sehe ich ebenfalls keine Wortmeldungen.

Wer ist gegen den Vorschlag? - Wer enthält sich? - Dann ist das ebenfalls so angenommen.

Damit haben wir das Ende des öffentlichen Teils unserer Sitzung erreicht.

(Schluss: 20.57 Uhr)